



Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

66. Jahr Heft 3

März 2013

[zum Inhaltsverzeichnis](#)



TITELTHEMA

Berufsorientierung

Freistellung vom Stresstest

Unter der Überschrift „Vergleichsarbeiten in der Kritik“ diskutierten Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer aus Hessen am 19. Februar – nach Redaktionsschluss dieser HLZ – auf Einladung der GEW Hessen über ihre Erfahrungen mit den Vergleichsarbeiten (VERA).

Im Mai 2013 sollen wieder alle Schülerinnen und Schüler der dritten Klassen in Hessen Lernstandserhebungen in Mathematik (am 7. und 8. Mai) und in Deutsch (am 14. und 16. Mai) schreiben, zum zehnten Mal seit Einführung der verpflichtenden Orientierungsarbeiten. Die Tests werden seit ihrer Einführung von Protesten begleitet, weil sie pädagogischen Prinzipien widersprechen und Kinder unnötig unter Stress setzen.

KMK-Beschluss zu VERA nutzen

Lehrkräfte schätzen die Vergleichsarbeiten als wenig hilfreich für die Diagnose der Lernentwicklung ein, da sie nicht am Lernstand des einzelnen Kindes ansetzen. Individuelle Förderung und Lernbegleitung des Kindes sind Grundlagen eines erfolgreichen Grundschulunterrichts. Die Kinder sollen möglichst angstfrei und ohne Beschämung lernen, um Lernfreude und Motivation zu erhalten und zu stärken. Inklusiver Unterricht im Sinne der UN-Konvention muss sich an diesen Kriterien ausrichten. Tests für alle zu einem vorgegebenen Zeitpunkt sind nach Überzeugung vieler Lehrerinnen und Lehrer deshalb nicht sinnvoll.

„Schädlich für die Inklusion“: Unter dieser Überschrift berichtete die

Frankfurter Rundschau vor einem Jahr am 30.5.2012 über den Protest einer Grundschule. Die GEW trug die Kritik der Lehrkräfte in Verhandlungen an die Kultusministerkonferenz (KMK) heran, nicht ohne Wirkung: Nach der Vereinbarung der KMK zur „Weiterentwicklung von VERA“ vom 8. März 2012 muss jetzt nur noch ein Fach obligatorisch getestet werden, so wie das in anderen Bundesländern schon jetzt der Fall ist. Weiter heißt es wörtlich (1): „In Ausnahmefällen kann es gute Gründe geben, einzelne Schulen oder Schulgruppen befristet von der Teilnahme an VERA-3 freizustellen.“

Die einzelnen Bundesländer sind aufgefordert, sich mit diesen Vereinbarungen auseinanderzusetzen und sie umzusetzen. Auf der Fachtagung „Vergleichsarbeiten in der Kritik“ machte die GEW den Vorschlag, sich in Gesamtkonferenzen und Schulkonferenzen mit dem Beschluss der KMK zu befassen. Ein Ergebnis der Diskussion könnte es sein, beim Kultusministerium die befristete Freistellung von VERA 3/2013 zu beantragen. Über die auf der Fachtagung erarbeitete Strategie zum gemeinsamen Umgang mit den diesjährigen Vergleichsarbeiten informiert die GEW durch einen Schulversand und auf ihrer Homepage (2).

Karin Hämmelmann, Susanne Hoth, Heike Rickert-Fischer, Vorstandsteam der Fachgruppe Grundschulen der GEW Hessen

(1) <http://www.kmk.org> > Suche: Weiterentwicklung VERA

(2) www.gew-hessen.de > Bildungsbereiche > Grundschule > Grundschulthemen



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Michael Heckert, Harald Knöfel

Titelthema:

Christoph Baumann, Ralf Becker, Harald Freiling

Illustrationen:

Dieter Tonn (S. 27)

Fotos:

T.von Au (Titel), Harald Freiling (S. 10, 11, 17, 21, 30), Aaron und Dan Löwenbein (S. 9, 13, 15), Klaus Petri (S. 28), Produktionsschule Am Abendstern (S. 18, 19)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Edith Hestert
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe und Termine
- 6 Meldungen
- 33 Recht: Begrenzte Dienstfähigkeit
- 34 Recht: Dienstrechtsreformgesetz
- 36 Aus der Landesgeschäftsstelle
- 37 Magazin

Titelthema: Berufsorientierung

- 8 Ein neuer Erlass
- 10 Im Gespräch:
GEW und Unternehmerverbände
- 13 XENOS gegen Diskriminierung
- 14 Betriebserkundungen
- 16 Interview: Prof. Andreas Walther
- 18 Produktionsschule in Gießen

Einzelbeiträge

- 7 Tarifrunde in Hessen geht weiter
- 20 Mehr Respekt: Diskussion über neue Bildungskonzepte
- 21 Mehr Sachlichkeit: Bildungsstandards und Kompetenzen
- 22 Klafki kompetenzorientiert?
- 23 Ausbildung: Ein Jahr HlBG-DV
- 24 Gesetzentwurf Praxissemester
- 26 Das AfL ist tot. Es lebe das Amt.
- 27 Freie Schulen contra Outputsteuerung
- 28 Glosse: Das Landesschulamt
- 30 Israel und Palästina
- 32 Verfassungsschutz: Unterrichtsmaterial gegen „Extremismus“

Arbeits- und Lebensweltorientierung

Der positive Trend auf dem Ausbildungsmarkt ist 2012 ins Stocken geraten. Das Ausbildungsplatzangebot sank – laut Bundesinstitut für Berufsbildung – bundesweit um 14.500 Plätze auf 584.500 (2,4 %). In einer Expertise für den DGB vom Dezember 2012 konstatiert der Bildungsforscher Professor Klaus Klemm: „Eine Halbierung der Quote junger Erwachsener, die keinen Berufsabschluss erwerben, ist nicht in Sicht: Die Integrierte Ausbildungsberichterstattung zählt auch 2011 noch 300.000 junge Erwachsene im ‚Übergangssystem‘.“

Frägt man nach den Ursachen, kommen – vor allem von Vertretern der Unternehmen – Klagen über mangelnde „Ausbildungsreife“. Damit verknüpft ist der Vorwurf an die Schule, nur unzureichend auf den Übergang in den Beruf vorzubereiten. Dieser Pauschalvorwurf kann zurückgewiesen werden: Es gibt keine empirisch nachweisbaren Belege für ein generell nachlassendes Qualifikationsniveau. Trotzdem: Die Herausforderungen aufgrund der technischen Entwicklungen und der Globalisierung der Wirtschaft haben die Anforderungen an die Auszubildenden qualitativ und quantitativ erheblich ausgeweitet. Doch welche Konsequenzen sind aus diesen Entwicklungen bildungspolitisch zu ziehen? Die CDU-FDP-Landesregierung hat auf der Basis ihres ideologisch begründeten, vorwissenschaftlichen „Begabungsbegriffs“ die äußere Ausdifferenzierung der Bildungsgänge und Schulformen der Mittelstufe vorangetrieben. Die zeitliche Verkürzung und die inhaltliche „Verschlankung“ von schulischer Bildung haben keine erkennbaren Fortschritte gebracht. Jetzt beginnt man zurückzurudern, wie die Rückkehr zu G9 zeigt. G8 und das Turboabitur sind Irrwege, genauso wie die „Stärkung“ der Hauptschule mit einem Abschluss bereits nach neun Jahren und die Einführung der Mittelstufenschule mit ihrer Konzentration auf die Kernfächer.

„Reife“ – das weiß nicht nur jeder Gärtner – hat auch etwas mit Zeit zu tun. Deshalb muss für die allgemeine schulische Bildung mehr Zeit zur Verfügung stehen! Doch vielen Jugendlichen, die den eigenen Bildungsstand durch eine längere Schulzeit heben wollen, wird unterstellt, sie drückten sich in „unnötigen Warteschleifen“ um eine Entscheidung. Stattdessen sollte man „die Orientierung Jugendlicher an weiterführendem Schulbesuch grundsätzlich

als realistisches und berechtigtes Interesse an der Erweiterung individueller Wahlmöglichkeiten anerkennen“, so die Empfehlung der Frankfurter Schulabgabebefragung 2012 (HLZ S.16).

Unbestritten müssen Arbeits- und Lebensweltorientierung integrale Bestandteile schulischer Bildung sein – quer durch alle Fächer. Wenig hilfreich ist es jedoch, den Schulen vorzuschreiben, bereits in Klasse 7 mit einer speziellen Berufsorientierung zu beginnen und sie auf formale Kompetenzfeststellungsverfahren festzulegen, so wie dies im soeben veröffentlichten Erlass des Hessischen Kultusministeriums zur Berufsorientierung geschieht (HLZ S. 8). Alle Erfahrungen zeigen, dass 12- bis 14-jährige Jugendliche am Beginn oder mitten in der Pubertät im Hinblick auf konkrete berufliche Interessen und Kompetenzen kaum zuverlässig einzustufen sind. Alle empirischen Befunde sprechen dafür, dass nicht eine möglichst frühe Berufsorientierung der Schlüssel zum Erfolg ist, sondern vielmehr eine langfristige, orientierende und unterstützende Begleitung Jugendlicher in ihrem Übergang in Arbeit und Beruf.

Um gerade benachteiligten Jugendlichen bessere Startchancen zu verschaffen, tritt die GEW für eine zehnjährige allgemeine Schulbildung für alle ein, für ein Unterstützungssystem zum Übergang von Schule in den Beruf mit qualifizierten Kräften in regulären Arbeitsverhältnissen, für eine Renaissance des Fachs Arbeitslehre und die dafür notwendige Lehrerbildung, für ein klar strukturiertes berufliches Schulwesen und – last not least – für eine Umsetzung des Rechts auf Ausbildung für die 16 Prozent der Jugendlichen, die derzeit keinen beruflichen Abschluss erreichen.

Christoph Baumann, Referat Schule im GEW-Landesvorstand

Ralf Becker, GEW-Landesfachgruppe Berufliche Schulen



GABY – Das Buch

„Die Dümmssten aus meiner Klasse sind Lehrer geworden!“

„Wann klingelt es endlich?“ – Das sollte der prickelnde Titel meines dritten und letzten (!) Schulbuches sein. „Endlich!“, sagen jetzt manche. Die einen aus Überdruß, die anderen in sehnsüchtiger Erwartung. Das Cover war bereits in Arbeit: Eine Lehrerin sitzt vor ihrer marodierenden Klasse und starrt sehnsüchtig auf die Wanduhr. Aber dann kam was dazwischen: Auf einer Fete outeten sich die neuen Nachbarn als Lehrer. Der Gastgeber, ein Uni-Dozent, lehnte sich zufrieden im Sessel zurück und lispelte: „Die Dümmssten auss meiner Klassse sssind Lehrer geworden!“ Einen schöneren Buchtitel kann man sich gar nicht wünschen! Sofort riss ich mir den Ausspruch unter den Nagel und gab ein neues Cover

in Auftrag. Ich hoffe, der Esel mit Aktentasche reizt – vor allem zum Kauf!

Wie immer habe ich versucht, Typisches zu erfassen. Ich freue mich, wenn Kollegen in München oder Freiburg fest davon überzeugt sind, ich würde ihren Schulleiter oder ihre Elternvertreterin kennen. Ich finde es geil, dass ein paar der Texte in Deutschbüchern erschienen sind und arme Schüler meine Stilmittel und meine Intentionen untersuchen müssen. Ich freue mich, wenn meine Glossen kopiert am Schwarzen Brett im Lehrerzimmer hängen, auch wenn geistiges Eigentum hier freverlich Verbreitung findet. Anscheinend gibt es viele Dinge, über die sich Lehrer und Lehrerinnen gleichermaßen ärgern oder beömmeln.

Das geht von aufwühlenden Schulinspektionen bis hin zu Sinnkrisen in den Sommerferien, von pathologischem Gesprächsverhalten im Lehrerzimmer bis hin zum gelassenen Umgang mit der Pubertät. Sie erfahren, was Ihre Schüler hinter Ihrem Rücken treiben, auf Klassenfahrten und im Internet. Vielleicht erweitern Sie dann endlich mal Ihre Medienkompetenz, um den lieben Kleinen und ihren Plagiaten gewachsen zu sein!

Nicht nur Lehrer leiden. Nein, auch Schulleitern geht es schlecht. Eine Psychiatrie-Patientin erschüttert mit ihrem Bericht aus dem Direktionszimmer.

Das Buch hält wertvolle Ratschläge für Sie parat: Wellness-Tipps fürs Klassenzimmer, der richtige Umgang mit Problemeltern, eindrucksvolle Kommunikationstechniken für Karrieristen. Sie lesen von meinem ersten professionellen Fotoshooting, davon, wie hart Karnevalisten im Berliner Schulalltag aufschlagen. Sie erfahren, was Gartenarbeit mit Schule zu tun hat, um welche Kolleginnen Sie lieber einen großen Bogen machen und was alles vor der Pensionierung zu beachten ist. Sie lesen, wie motivierend Leistungsprämien sich auswirken, wie junge Kollegen die älteren erdulden und umgekehrt. Sicher ist es neu für Sie, wie idyllisch Dorfschullehrer leben und arbeiten. Ich verrate Ihnen auch, auf welches wissen-

schaftliche Material ich mich gestützt habe. Der Preis des Buches (11,90 Euro) wird Sie vermutlich nicht so hundertprozentig begeistern, aber nach vielerlei Erfahrungen habe ich dieses Buch selber finanziert (Cover, Illustrationen, Layout, Seitenumbruch, Werbung, Flyer, Korrektoren und Coaches, Korruptionsgelder für Rezensenten, Feinschmeckermenüs für Lektoren) – und das Geld muss ja wieder reinkommen.

Denken Sie daran: Bald ist Weihnachten!

Gabriele Frydrych

„Wer das ‚System Schule‘ begreifen will, muss die Frydrych lesen. Sie beherrscht nicht nur das präzise Hinschauen und sieht den Humor in allem, sondern würzt das Ganze mit Selbstironie. Hinreißend!“ (Vito von Eichborn)

„Flott und frech zu sein, ist kein Privileg der Jugend. Mit ihren Glossen macht Gabriele Frydrych ihren Schülern Konkurrenz. Ein unterhaltsamer Einblick in den Schulalltag, der trotzdem nachdenklich macht.“ (Süddeutsche Zeitung)

„Wer sein Buch so frech betitelt, beweist fraglos Sinn für Selbstironie. Seit vielen Jahren unterrichtet Gabriele Frydrych in Berlin und schreibt pointierte Glossen über die Absurditäten des hauptstädtischen Schulalltags. Auch in ihrem neuen Buch ist niemand vor ihr sicher, seien es renitente Schüler, larmoyante Lehrer oder sture Bürokraten. Frydrychs humorvolle Beobachtungen bieten nicht nur pures Lesevergnügen, sondern eröffnen zugleich tiefe Einblicke in die harten schulischen Realitäten.“ (Berliner Morgenpost)

„Humor ist die hohe Schule des Schreibens, und die Rektorin dort heißt Gabriele Frydrych.“ (Forum Schule)

„Viele unserer Leser beginnen die Lektüre mit Gabriele Frydrychs Glosse und kopieren sie dann fürs Schwarze Brett im Lehrerzimmer.“ (HLZ)

Gabriele Frydrych: Die Dümmssten aus meiner Klasse sind Lehrer geworden! BoD GmbH, Norderstedt, ISBN 978-3-8482-4465-2, 172 Seiten, 11,90 Euro

Das eBook „Die Dümmssten aus meiner Klasse sind Lehrer geworden“ kostet 8,49 Euro (ISBN 9783848238019) und ist derzeit erhältlich bei Amazon, libri und Apple Bookstore. Andere Anbieter folgen.

Gabriele Frydrych

Die Dümmssten aus meiner Klasse sind Lehrer geworden!



Betr.: HLZ 12/2012 Hattie-Studie

Lachen oder weinen?

Soll ich über die Darstellung der Hattie-Studie in der HLZ 12/2012 lachen oder weinen, schweigen oder doch schreiben? Seit meinem Studium an der PH Wuppertal 1959 bis 1962 nehme ich direkt und indirekt Anteil an der deutschen Schule und ihrer erstaunlichen Konstanz über die Zeiten hinweg, und auch an den wechselnden pädagogischen „Moden“ aus der Wissenschaft oder aus den Ministerien. So habe ich schon länger von der Existenz der Hattie-Studie gehört, bis sie in der HLZ von Uli Steffens und Dieter Höfer dankenswerterweise im Umriss vorgestellt wurde.

Bekanntlich sind es in der Unterrichtsforschung nicht die untersuchten Variablen, die den Ausschlag geben, sondern die Rahmenbedingungen der Experimente und Projekte: Daher können etwa die Ergebnisse aus den USA nicht einfach als gültig auf die Schulverhältnisse in Singapur, Griechenland oder der BRD übertragen werden und umgekehrt. Erfreulicherweise werden in dem Beitrag aber die wichtigsten Rahmenbedingungen referiert, die einerseits für jeden Unterricht förderlich wären (erst recht, wenn man sich an Inklusion heranwagen will), andererseits aber nicht gut in den allgemeinen Schulalltag passen, nicht in problematische Schulbezirke, nicht in unsere Unterrichtstraditionen mit dem Denken und Organisieren in Gruppen und Schubladen.

Das Neue an den Ergebnissen der Studie ist nicht der Nachweis, dass ein guter Lehrunterricht durch „direkte Instruktion“ und „angeleitetes Lernen“ große Erfolge zeitigt. Das ist, wie die Autoren selbst sagen, ein pädagogischer Ladenhüter. Aber welche traumhaften Bedingungen von Unterricht werden da an den Horizont gemalt! Wie sehr widersprechen diese Bedingungen guten Unterrichts unserem gefISACKten Schulalltag!

Der Kampf um eine positive Lehrkraft-Schüler-Beziehung, um ein positives Klassen- und Unterrichtsklima und um einen ständigen gegenseitigen Austausch zwischen allen Beteiligten – uralte und nur selten zufriedenstellend gewonnen! Wann kann dies guten Gewissens vorausgesetzt oder gar verordnet werden? Wie steht es um die viel beschworene Zuwendung und Er-

mutigung, angefangen bei der pädagogischen Notengebung bis zur Betreuung derjenigen, die bei einer Evaluation schlecht abgeschnitten haben oder öfter schlecht abschneiden? Nach meinem Eindruck wird „seit PISA“ ziemlich oft durch Tempo und Druck „ermutigt“ und eine negative Leistungserwartung signalisiert, mit der man keine Bergsteigergruppe auf den Mont Blanc und keine Mannschaft in die Kreisliga brächte. Wie oft kann das Üben in der von der Schule angebotenen Hausaufgabenhilfe als individuelle Anleitung an Stelle bloßer Beaufsichtigung organisiert werden? Bleibt tatsächlich in der Unterrichtshektik Zeit für gründliche praktische Anwendung und Transfer? Dahinter steht das Konzept individueller, also nicht gruppenweiser Fortschritte und individueller Betreuung, wie es etwa dem Unterricht in Finnland nachgesagt wird, mit manchmal zwei Lehrkräften pro Klasse von etwa 15 Schülerinnen und Schülern! Individualisiertes Lernen, orientiert an der tatsächlich erreichten Kompetenz des je Einzelnen, widerspricht unserem „Ausschöpfen der Notenskala“, bei dem die Normalverteilung als Konzept Pate steht, das bekanntlich Versager braucht und produziert.

Bei einer Exkursion der GEW Gießen zur Grube Messel kam mir ein „schöner“ Merksatz in den Sinn: *Worin unterscheidet sich die deutsche Schule vom Dinosaurier? Sie mutiert und mutiert und es wird doch kein Vogel draus!* Ich behaupte aufgrund meiner vielen Jahre „mit“ unserer Schule, dass niemand die in dem Beitrag angeführten Bedingungen und Voraussetzungen guten Unterrichts herstellen will. Ich sehe keine gesellschaftlich einflussreiche und mächtige Gruppierung, die sich um ein entsprechendes Umkrempeln des Systems bemüht. Es sind eben nur Projekte und Modellschulen, die Bundespreise einheimen, der Regelfall soll offenbar anders aussehen. Somit entpuppen sich einige Hattie-Ergebnisse als frustrierende Hürde für Lehrkräfte, die sich mit ganz anderen Bedingungen und Voraussetzungen ablagen müssen. Es sei denn, man findet für sich oder zusammen mit einigen Kolleginnen und Kollegen eine „Lücke im System“, in die sich solche Faktoren guten Unterrichts einschmuggeln lassen – für sich persönlich und für die Kinder und Jugendlichen, denen man sich besonders verbunden fühlt.

Dr. Ulrich Hain, Gießen

Frauen in Teilzeitarbeit GEW-Fachseminar in Kassel

Die Personengruppe Frauen der GEW Hessen führt am 11. April 2013 von 15 bis 17 Uhr in der Willy-Brandt-Schule in Kassel ein Fachseminar zum Thema „Frauen in Teilzeitarbeit“ durch. Nach einem Kurzvortrag von *Kathrin Kummer*, Leiterin der Landesrechtsstelle der GEW, besteht die Gelegenheit zu Fragen rund um das Thema Teilzeitarbeit. Die Veranstaltung ist als Fortbildungsmaßnahme akkreditiert.

- *Anmeldung: GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069-971293-97, E-Mail: info@gew-hessen.de*

Junge GEW Hessen

Mitgliederversammlung in Frankfurt

Die Junge GEW Hessen, das sind alle Mitglieder unter 35 Jahren, lädt am 22. April 2013 von 10.30 Uhr bis 16.30 Uhr in die Landesgeschäftsstelle der GEW Hessen in Frankfurt ein (Zimmerweg 12). Das Treffen ist für alle Interessierten offen. Wir werden gemeinsam mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden *Karola Stötzel* über die Arbeit der Jungen GEW, insbesondere im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher, diskutieren. Außerdem werden neue Sprecherinnen und Sprecher gewählt.

- *Anmeldungen: bloesel@gew-hessen.de*

Im Ausland unterrichten?

Treffen in Frankfurt, Gießen und Kassel

Die Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer der GEW (AGAL) lädt alle Lehrkräfte, die an einer Arbeit im Ausland interessiert sind oder im Ausland waren und ihre Erfahrungen weitergeben möchten, zu folgenden Treffen ein:

- **Frankfurt:** Donnerstag, 21. März, 15 bis 17.30 Uhr, Bürgerhaus Bornheim, Arnsburger Str. 24
- **Gießen:** Donnerstag, 18. April, 15 bis 17.30 Uhr, Kongresshalle Gießen, Berliner Platz 2
- **Kassel:** Donnerstag, 16. Mai, 15 bis 17.30 Uhr, GEW-Geschäftsstelle, Friedrich-Engels-Straße 26

Christiane Berg (Hessisches Kultusministerium), *Paul Michel* (ehemaliger Rechtsberater der AGAL) und *Günther Fecht* (AGAL-Beauftragter Hessen) beantworten auch ganz konkrete Fragen.

- *Infos: ghfecht@yahoo.de, www.gew.de/AGAL.html*
- *Anmeldung: GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069-971293-93, info@gew-hessen.de*

X **Das neue Landesschulamt hat Arbeit aufgenommen**

Am 1. 1. 2013 nahm das „Landesschulamt und Lehrkräfteakademie“ (LSA) seine Arbeit auf – und ist seitdem vor allem mit sich selbst beschäftigt, zum Beispiel mit der einheitlichen Beschilderung seiner zahlreichen Amtssitze (zentral koordiniert vom Dezernat Z.5 Liegenschaften und Tagungsstätten) oder mit dem Sprachdilemma von zwei unterschiedlichen Artikeln in der Bezeichnung des Amtes, das man aber dank einer „Legaldefinition“ auch schlicht als „Landesschulamt“ bezeichnen darf. Dazu kamen Übergangsverfügungen, Organisationserlasse und Geschäftsordnungen. Die Auseinandersetzung um Abordnungen und Versetzungen an das LSA beschäftigte die Personalräte und störte sogar die Weihnachtsfeier im Kultusministerium.

Auf die Anweisung von Staatssekretär *Professor Ralph Alexander Lorz* (CDU), zur „Sicherstellung eines konsistenten Außenauftritts“ dürften Anfragen von „externen Stellen (z. B. Landtag, Presse, Bürger usw.)“ ausschließlich von „den federführenden Fachreferaten“ beantwortet werden, reagierten die Leiterinnen und Leiter der Staatlichen Schulämter mit der Forderung nach einem „Handlungsrahmen“ für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit, damit nicht der Eindruck entsteht, die Schulämter hätten „einen Maulkorb verpasst bekommen“.

Aufmerksamkeit erzeugte auch die mit vielfältigen Spekulationen im Vorfeld verbundene Ausschreibung der Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten des LSA. Gesucht wird eine Person mit zweitem juristischem Staatsexamen, die zudem eine „Affinität zu Fragen des Bildungswesens“ besitzen soll. „Kann die Landesregierung die Begriffe Pädagogik und Bildung eigentlich noch schreiben?“, kommentierte GEW-Landesvorsitzender *Jochen Nagel* die Ausschreibung.

Unter seinem zentralen Motto „Von der Schule her denken“ krepelte man dann aber im LSA doch bald die Ärmel hoch und präsentierte der erstaunten Lehrerschaft gleich als „ersten übergreifenden Auftakt“ ein Vorhaben zum Thema „Verstärkte Leseförderung an hessischen Schulen“, das „als Projekt angelegt und über das Dezernat I.2 gesteuert“ wird. Gut, dass endlich mal jemand dieses Thema aufgreift!

X **GEW-Mitgliederzahl steigt weiter**

Seit neun Jahren ist die Zahl der Mitglieder der GEW Hessen kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2012 standen den 1.209 Abgängen 1.680 Zugänge gegenüber. Der Nettosaldo von 471 bewirkte, dass Ende 2012 24.088 Mitglieder in der hessischen GEW organisiert waren. Das entspricht einem Plus von 2,0%.

Zur positiven Entwicklung trugen auch die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) bei. 440 traten im vergangenen Jahr in die GEW ein, das drittbeste Ergebnis seit 1989.

Im Gegensatz dazu war die Entwicklung der hessischen Parteien ausnahmslos negativ: FDP (-7,2%), Die Linke (-6,7%), CDU (-3,5%), SPD (-3,2%), Bündnis90/Die Grünen (-0,1%).

X **Bewerbungen für den Personalrätepreis 2013**

Der Deutsche Personalrätepreis, eine Initiative der Zeitschrift „Der Personalrat“ in Kooperation mit dem DGB-Bundesvorstand, wird in diesem Jahr bereits zum dritten Mal vergeben. Die Auszeichnung will die Arbeit von Personalräten öffentlich machen, ihre Arbeit wertschätzen und die Interessenvertreter motivieren, die Initiative zu ergreifen und sich kreativ und gestaltend für die Belange der Beschäftigten einzusetzen.

Unter dem Motto „Beispielhafte Personalratsarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden“ würdigt der Deutsche Personalrätepreis 2013 konkrete Projekte aus den Jahren 2011 bis 2013, unabhängig davon, ob sie von einzelnen Personalratsmitgliedern, kompletten Gremien oder auch dienststellenübergreifenden Kooperationen durchgeführt worden sind.

Die Kriterien für die Bewertung der einzelnen Arbeiten sind unter anderem die Umsetzbarkeit und Übertragbarkeit der durchgeführten Projekte sowie die konkreten Auswirkungen auf den Alltag in der Dienststelle.

Für die Teilnahme genügt eine Kurzbewerbung mit den wesentlichen Informationen zum Inhalt des konkreten Projektes. Bewerbungsschluss ist der 31. 5. 2013.

• *Informationen, Bewerbungsunterlagen und Kontaktadressen: www.dprp.de.*

X **Fair Childhood GEW-Treffen in Frankfurt**

Am Freitag, dem 26. April 2013, findet ein Workshop der GEW Hessen zur Unterstützung der GEW-Stiftung *fair childhood* statt. Ziel ist die Gründung eines regionalen Netzwerks. Weitere Infos in dieser HLZ auf Seite 31.

X **Irrwege von Bologna: Tagung am 13. April in Bonn**

Am Samstag, dem 13. April, findet in der Universität Bonn von 9.30 bis 18 Uhr eine Tagung der *Gesellschaft für Bildung und Wissen* zu den Folgen des Bologna-Prozesses statt. Die Veranstalter wollen „die Öffentlichkeit über dessen Folgen aufklären, nötige Korrekturen anmahnen und Alternativen aufzeigen“. Es referieren die Professoren *Kempen* (Köln), *Hartmann* (Darmstadt), *Nida-Rümelin* (München) und *Nürnberger* (Frankfurt). *Prof. Hans Peter Klein* (Frankfurt, HLZ S. 20) beleuchtet das „Chaos in der Lehrerbildung“.

• *Programm und Anmeldung: www.bildung-wissen.eu*

X **Treffen der AJuM Hessen im wortreich in Bad Hersfeld**

Regelmäßig treffen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW Hessen, um Bücher und Events rund ums Buch zu bewerten und sich auszutauschen, zuletzt im *wortreich* in Bad Hersfeld, einer bundesweit einzigartigen Ausstellung mit mehr als 90 Mitmach-Stationen rund um Sprache und Kommunikation. Rund um die Fantasiefigur Konrad, die sich sowohl an *Konrad Duden* als auch an *Konrad Zuse* orientiert, kann man reden, lauschen, Theater spielen, experimentieren, singen, in verschiedenen Sprachen, sogar in Tiersprachen kommunizieren...

Bei den anschließenden Rezensionenworkshops ging es entsprechend um Bilderbücher mit Gedichten und Sprachspielen und moderne Märchenadaptionen. Die Rezensionen erscheinen in der Datenbank *www.ajum.de*. „Wer nicht dabei war, hat etwas versäumt“, resümierte *Hanne Verloh*, Leiterin der Landesstelle Hessen der AJuM.

X Beer rechnet die GEW rechnet nach

Kaum war der Termin für die Landtagswahl fixiert, wollte Kultusministerin *Nicola Beer* (FDP) dem Vorwurf zuvorkommen, die Koalition von CDU und FDP habe ihr Wahlversprechen einer 105-prozentigen Lehrerzuweisung bis zum Ende der Legislaturperiode gebrochen. Bei einer Pressekonferenz verkündete sie Anfang Februar der staunenden Öffentlichkeit, dass „zum Beginn des kommenden Schuljahres 2013/2014 alle hessischen Schulen eine Unterrichtsversorgung von durchschnittlich 105 % erhalten“ werden.

Über die Grundunterrichtsversorgung hinaus, die zur Abdeckung der Stundentafel dient, stelle das Land Hessen insgesamt „rund 1.990 Lehrerstellen mehr“ zur Verfügung, wodurch eine Unterrichtsversorgung von 105 % im Landesdurchschnitt erreicht wird. Besonders bedacht würden rund 500 mittels eines Sozialindexes ermittelte Schulen. Tatsächlich gibt es jedoch nur gut 200 zusätzliche Stellen, die bereits mit dem Doppelhaushalt 2013/14 beschlossen wurden. Alle anderen Ressourcen, um das Wahlversprechen auf dem Papier zu retten, kommen aus dem Bestand: aus dem Auslaufen der Doppeljahrgänge in der gymnasialen Oberstufe mit rund 450 Stellen, aus dem Rückgang der Schülerzahlen oder aus Sonderprogrammen für bilinguale Zweige und Musikklassen.

Hessen setze „bundesweit neue Maßstäbe in den Bereichen Lehrerzuweisung und Unterrichtsqualität“, kommentierte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag *Günter Schork*. *Mario Döweling*, schulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, sprach von einem „deutlichen Mehr für alle hessischen Schulen“. *Mathias Wagner* (Die GRÜNEN) und *Heike Habermann* (SPD) kündigten eine gründliche Überprüfung an, „ob die 105 % nur durch Rechenricks erreicht“ würden. *Barbara Cárdenas* (Die LINKE) wies darauf hin, dass von den bereits vom Landtag beschlossenen 209 neuen Stellen „115 für den Ausbau der Ganztagschulen“ vorgesehen seien.

„Keine Schnellschüsse“, sondern eine seriöse Gegenrechnung versprach auch der Landesvorsitzende der GEW Hessen *Jochen Nagel* und kündigte eine Pressekonferenz an. Die HLZ wird berichten.

Gute Bildung braucht Gute Arbeitsbedingungen

Deshalb fordern wir:

6.5 % mehr Gehalt

in der Tarif- und Besoldungsrunde 2013 in Hessen

unbefristete Arbeitsverträge

statt Befristungsunwesen

Tarifvertrag zur Eingruppierung

der Lehrkräfte und sozialpädagogischen Fachkräfte

Pflichtstundenreduzierung

entsprechend Tarifabschluss 2009

Mach mit!

GEW Hessen

Tarifstreit in Hessen geht weiter

Insbesondere in Zeiten von Tarifein- und andersetzungen mangelt es der HLZ an Aktualität. Wenn diese Ausgabe der HLZ die Leserinnen und Leser erreicht, ist die dritte Runde der Tarifverhandlungen zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gerade vorüber. Einigung oder Streik? Das erfährt man auf den Internetseite der GEW (www.gew.de). Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist auch für die Tarifparteien in Hessen von Bedeutung. Trotz des Austritts des Landes aus der TdL ist es den Gewerkschaften gelungen, dass die Beschäftigten des Landes nicht von der Entwicklung in den an-

deren Bundesländern abgekoppelt wurden. Nach den ersten Verhandlungsrunden am 1. und 22. Februar rief auch die GEW Hessen die Beschäftigten in Schulen und Hochschulen zu Protestaktionen auf. Auch nach einem Abschluss für die anderen Bundesländer gehen die Verhandlungen in Hessen am 14. und 15. April weiter. Dabei sind der starke Anstieg der befristeten Arbeitsverträge und die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten für die GEW von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften auch die Übertragung der schon 2009 tariflich festgelegten Wochenarbeitszeit von vierzig Stunden auf den Beamtenbereich.



Berufsorientierung

Neuer Erlass: Mehr Aufgaben, gleich bleibende Ressourcen

Entgegen den Beteuerungen der Landesregierung, den Schulen mehr „Selbstständigkeit“ einzuräumen, wird das Netz der gesetzlichen Regelungen, Verordnungen, Erlasse und Verfügungen immer dichter. Obwohl bereits der „Praktikumserlass“ vom 17. 12. 2010 (Erlass über die Zusammenarbeit von Schule und Betrieb) weitgehende Regelungen und Vorschriften enthält, schiebt das Hessische Kultusministerium (HKM) jetzt einen weiteren Erlass nach: Im Amtsblatt 1/2013 wurde ein Erlass „zur Ausgestaltung der Berufs- und Studienorientierung in Schulen mit den Bildungsgängen Haupt- und Realschule sowie Schulen mit dem

Bildungsgang Förderschwerpunkt Lernen“ (B-O Erlass) veröffentlicht. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um eine Zusammenfassung der „OloV-Richtlinien“ (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen).

Der GEW-Landesvorstand und der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) haben sich im Vorfeld ausführlich mit dem Erlass befasst und dazu Stellungnahmen abgegeben. Die wesentlichen Kritikpunkte werden im Folgenden dargestellt.

Zeitfresser Kompetenzfeststellung

Die GEW begrüßt die Absicht des Erlasses, mit den OloV-Standards verbundene Ressourcen zu sichern, insbesondere die Anrechnungsstunden für OloV-Beauftragte, die zukünftig „Schulkoordinatoren Berufs- und Studienorientierung“ heißen sollen. Doch die verpflichtend zu erfüllenden Aufgaben wachsen: Kompetenzfeststellungen, Praxistage, Betriebspraktika und Betriebserkundungen, berufsbezogene Projektarbeit, Projekttag und Projektwochen, Bewerbungstrainings, Besuch von Berufs- und Ausbildungsmessen, Teilnahme an Schnuppertagen in der Berufsschule, Besuch von Veranstaltungen zur Berufsorientierung der Agentur für Arbeit und der Kooperationspartner, Entwicklung eines schulinternen Berufswahlcurriculums und so weiter. Deshalb muss man feststellen, dass die bisher vorhandenen Anrechnungsstunden und Qualifizierungsmaßnahmen bei weitem nicht ausreichen. Würde eine Schule alle im Erlass genannten Maßnahmen zur Berufsvorbereitung konsequent umsetzen, erforderte das sehr viel Zeit, die vom üblichen Unterrichtsangebot abgezogen werden müsste. Auch wenn man die Bedeutung des Prozesses der Berufsvorbereitung und Berufsorientierung nicht als gering einschätzt, ist doch daran zu erinnern, dass die Schule zuerst einen allgemeinen Bildungsauftrag hat. Eine fundierte Allgemeinbildung mit allen Facetten gesellschaftlicher und fachlicher Bildung ist unbestritten die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Lebensbewältigung und Berufswahl.

Um den Prozess der Berufsorientierung an den Schulen qualitativ anspruchsvoll auszubauen, muss auch die Ausbildung von Lehrkräften für das Fach Arbeitslehre neu belebt werden. Ungeklärt ist auch, wie der unumgängliche Einsatz externen Fachpersonals z.B. im Rahmen von Kompetenzfeststellungsverfahren oder Bewerbungstrainings zu finanzieren ist. Ehrenamtliche Ausbildungsbegleiter können dabei nur als flankierende Berater eingesetzt werden, die Hauptarbeit muss von professionellen, dafür ausgebildeten Kräften geleistet werden und darf nicht einfach den Lehrkräften zusätzlich verordnet werden.

Der Erlass verlangt, zukünftig in Klasse 7 für jede Schülerin und jeden Schüler ein individuelles Kompetenzfeststellungsverfahren mit den Schwerpunkten soziale, personale und methodische Kompetenz durchzuführen. Daraus sollen der individuelle Förderbedarf hergeleitet und Maßnahmen

zur Kompetenzentwicklung eingeleitet werden. Die Kompetenzprofile sollen mit den Schülerinnen, Schülern und Eltern besprochen werden.

Der Erlass nennt das vom Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft unter dem Namen KomPo7 entwickelte Kompetenzfeststellungsverfahren zwar nicht ausdrücklich, doch wird es an vielen hessischen Schulen erprobt. Ausgangspunkt ist eine „Potenzialanalyse“ bei Schülerinnen und Schülern ab der 7. Klasse, die „nichtsichulische Begabungen und Interessen“ messen soll (www.kompo7.de).

In ihren Stellungnahmen haben HPRL und GEW darauf hingewiesen, dass valide und qualitativ hochwertige Methoden zur Kompetenzfeststellung nicht von Lehrkräften alleine und nebenbei zu leisten sind. In einer Broschüre des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird unter Bezugnahme auf Professor Arnulf Bojanowski vom Institut für Berufspädagogik und Erwachsenenbildung der Uni Hannover herausgestellt, dass eine erfolgreiche Kompetenzfeststellung ein „aufwändiges Verfahren“ ist, das intensive Fortbildung und Ressourcen voraussetzt:

„An die Kompetenzfeststellung schließt sich die Förderplanung an, die dazu dient, den weiteren Förderweg systematisch zu beschreiben und Transparenz für alle Beteiligten herzustellen. Eine Förderplanung soll die Formulierung von Zielen (Nah-, Zwischen- und Fernziele) beinhalten, die zeitliche Planung, die Festlegung von Zuständigkeiten für die Förderschritte und die Ablauforganisation. Die Planung muss für notwendige Änderungen hinreichend flexibel sein. Bei der Kooperation mit verschiedenen an der Förderung Jugendlicher beteiligter Institutionen wird es zunehmend bedeutsam, Managementaufgaben zur Koordination der Angebote zu übernehmen. Alle Studien belegen es: Die kritischen Punkte in den Berufsbiographien benachteiligter Jugendlicher sind die Schwellen an den Übergängen zwischen Schule – (Maßnahme) – Ausbildung – Beruf. Hier betont Bojanowski die wichtige Rolle von verlässlichen, langfristigen Ansprechpartnern, die die Jugendlichen über diese Schwellen hinweg begleiten.“ (1)

Wenn der ganze Aufwand der Kompetenzfeststellungsverfahren und Fördermaßnahmen von nachhaltiger Wirkung sein soll, müssen sie mit personeller Kontinuität verbunden sein. Falls Lehrerinnen und Lehrer dies leisten sollen, müssen entsprechende Festlegungen in der Stundentafel getroffen und neue Formen des Lehrereinsatzes ins Auge gefasst werden oder es muss außerschulische Betreuungsinstitutio-

nen geben, die diese Anforderungen erfüllen. Wo die notwendige Zeit für Kompetenzfeststellung, die darauf folgende Förderplanung und individuelle Förderung herkommen soll, muss ebenfalls geklärt werden.

Mehrfach wird in dem Erlass der Begriff der „Ausbildungsreife“ verwendet. Wir kennen ihn als Kampfbegriff von Arbeitgebern und Politikern, um den Schulen und den Jugendlichen selbst die Schuld an fehlenden geeigneten Ausbildungsplätzen und am Scheitern in der Berufsausbildung in die Schuhe zu schieben. „Ausbildungsreife“ wird im Erlass lediglich in Form von allgemeinen Kompetenzen, die von den Jugendlichen erwartet werden, beschrieben. Dabei wird suggeriert, dass es so etwas wie eine generelle „Ausbildungsreife“ gäbe. Tatsache ist aber, dass in der heutigen, hochspezialisierten Berufswelt aus Sicht der einzelnen Betriebe oft sehr spezielle Anforderungen gestellt werden, auf die aber die Schule nie so speziell vorbereiten kann. Umgekehrt stellen Lehrkräfte, Schülerinnen, Schüler, Eltern und auch die Gewerkschaften immer wieder fest, dass es genügend Unternehmen gibt, bei denen man durchaus auch eine fehlende „Ausbildungsreife“ konstatieren kann (2). Zur Problematik des Begriffs und zur vorsichtigen Distanzierung der Arbeitgeberverbände sei auf die Gespräche mit *Professor Andreas Walther* (S. 16) und mit Vertretern der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (S. 10) in dieser HLZ verwiesen.

Was ist „Ausbildungsreife“?

Richtig ist ohne Zweifel die Forderung des Erlasses, dass die Jugendlichen in der Lage sein sollen, eine „fundierte Berufs- oder Studienwahlentscheidung zu treffen und die dann gestellten Anforderungen zu bewältigen“. Nur was ist mit der nicht unbeträchtlichen Zahl von Jugendlichen, die am Ende ihrer Schulzeit aufgrund von Entwicklungsrückständen, Lernschwächen, Persönlichkeitsproblemen, Motivationschwierigkeiten und relativ niedrigem Alter dazu nicht in der Lage sind und die deshalb nach wie vor Lernunterstützung und beratende, sozialpädagogische, medizinische oder psychologische Hilfen benötigen? Dazu äußert sich der Erlass nicht. So besteht die Gefahr, dass erneut die Schulen bzw. die Jugendlichen selbst für ein mögliches Scheitern verantwortlich gemacht werden. Hinzu kommt, dass Rolle und Verantwortung der Erziehungsberechtigten nirgends auch nur erwähnt werden. Viele Jugendlichen sind am Ende ihrer schulischen Laufbahn noch nicht volljährig, so dass das gesetzliche Entscheidungsrecht über ihren beruflichen Werdegang zumindest formaljuristisch bei den Eltern liegt, nicht bei den Jugendlichen, auf keinen Fall aber bei der Schule. Auch weisen alle Befragungen darauf hin, dass nach wie vor die Meinung der Eltern die größte Rolle bei der Entscheidung der Jugendlichen bezüglich der Berufswahl spielt.



Herausforderung Schweißen: Eine Woche lang setzten sich Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Realschule Am Dohlberg in Büdingen mit Schweißtechniken auseinander. In der Schweißwerkstatt der Beruflichen Schule in Nidda war höchste Konzentration gefragt, wenn die Schweißnähte eine gute Qualität haben sollten. Das Praktikum ist Teil des XENOS-Projekts zur besseren Kooperation von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (HLZ S. 13) (Foto: Aaron und Dan Löwenbein).

Gewerkschaften? Fehlanzeige!

Leider blendet der Erlass wie auch schon die OloV-Richtlinie die Arbeitnehmerorganisationen und betrieblichen Mitbestimmungsgremien vollkommen aus. Sowohl der DGB als gewerkschaftliche Spitzenorganisation als auch die Einzelgewerkschaften und die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen bieten vielfältige Hilfen und Informationen für Jugendliche im Übergang Schule - Beruf. Die Arbeit der betrieblichen Jugendvertretungen ist ein wichtiges Thema für den Unterricht im Bereich der Berufsvorbereitung und Berufsorientierung. Der Aufforderung von HPRLL und GEW, im Erlass die Gewerkschaften und betrieblichen Mitbestimmungsgremien dezidiert aufzuführen und als Thema für den Unterricht zu benennen, kam das HKM leider nicht nach.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Erlass vieles beschreibt, was an den Schulen bereits feste Praxis ist. Insgesamt werden aber die Anforderungen an die Schulen ausgeweitet, ohne dass gleichzeitig aufgezeigt wird, woher die zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen kommen sollen.

Christoph Baumann, Referat Schule im GEW-Landesvorstand

(1) Schriftenreihe zum Programm „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (BQF-Programm), Band IV, herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), S. 53f., Download: www.kompetenzen-foerdern.de

(2) Aktuelle Beispiele findet man im „Ausbildungsreport 2012“ der DGB-Jugend Hessen unter www.dgb-jugend-hessen.de

Von der Schule in den Beruf

Vertreter von GEW und Unternehmerverbänden im Gespräch

Teilnehmer an dem Streitgespräch waren auf Einladung der HLZ

- für die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU): RA Jörg E. Feuchthofen, VhU-Geschäftsführer und Herausgeber der Zeitschrift *Wirtschaft und Beruf* (Foto S.11, rechts), und Dr. Jörg Friedrich, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft (Foto S.11, links)

- für die GEW Hessen: Jochen Nagel, Landesvorsitzender (Foto S.10, links), und Christoph Baumann, Referat Schule im GEW-Landesvorstand, Lehrer und Stufenleiter an der Paul-Hindemith-Gesamtschule in Frankfurt (Foto S.10, rechts)

Die Gesprächsleitung hatte HLZ-Redakteur Harald Freiling.



HLZ: Herr Feuchthofen, Sie haben vor kurzem geschrieben, die VhU habe „die enge Fokussierung der Wirtschaft auf eine funktionale berufliche Ausbildungsreife aufgegeben“. Was heißt das? Müssen sich die Schulen von den Betrieben jetzt nicht mehr anhören, was die Schülerinnen und Schüler alles nicht können?

Feuchthofen: Im Grundsatz müssten Schulen doch erfreut sein, wenn sie von den „Abnehmern“ Hochschulen und Wirtschaft ein Feedback erhalten. Das sollte allerdings auch die positiven Leistungen umfassen und nicht nur permanente Kritik. Die VhU hat sich in diesem Sinn mit dafür stark gemacht, dass die Berufsorientierung als Teil einer ganzheitlichen Befähigung zur Gestaltung des zukünftigen privaten und öffentlichen Lebens 2011 in das Schulgesetz aufgenommen wurde. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass eine Begrenzung der Erwartungen an Schule ausschließlich auf Kulturtechniken und Ausbildungsreife zu Polarisierungen und bei den Schulen dann zur Abstumpfung führt. Auch in den Betrieben hat sich vieles verändert, nicht immer nur freiwillig. Da spielt die demografische Wende eine Rolle, aber auch die Erkenntnis, dass kreative Mitarbeiter zwar kritisch und unbequem, aber eben auch unverzichtbar sind. Fachbezogene Ausbildungsreife ist wichtig, auch Studierfähigkeit, aber sie muss im Kontext der gesamten Persönlichkeitsentwicklung des einzelnen Schülers stehen. Da unterscheiden wir uns auch von anderen Wirtschaftsorganisationen, etwa von den Industrie- und Handwerkskammern, bei denen noch immer die engere funktionale Ausbildungsreife im Vordergrund steht.

Dr. Friedrich: Kurz gesagt: „Wer fit für das Leben ist, ist auch fit für den Beruf.“ Oder konkret: Wer nicht lesen kann, wird auch sein Leben nicht in den Griff bekommen. Und wer nicht

rechnen kann, wird auch beim Handykauf keinen Kreditzinsatz berechnen können.

Feuchthofen: Berufsorientierung darf man nicht auf das Ökonomische allein verengen. Zu unserem ganzheitlichen Ansatz gehört auch die musisch-kulturelle Bildung, nicht nur am Gymnasium, sondern vom ersten Schultag in der Grundschule an. Und deshalb sind wir auch ein wenig stolz auf unseren Flyer (Kasten S.12), der eben nicht nur das Hohe Lied von Dreisatz und Rechtschreibung feiert...

HLZ: ... sondern auch die Bedeutung sozialer Kompetenzen hervorhebt. Da ist die Rede von Kreativität, Kritikfähigkeit, Kooperationsbereitschaft, Toleranz oder Freundlichkeit. Gibt es da aus Sicht der GEW noch Grund zum Streit? Was trennt die GEW von der VhU, wenn auch diese eine „umfassende Reform des hessischen Bildungswesens hin zu mehr Eigenverantwortung, individueller Förderung und mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen“ fordert?

Nagel: Natürlich nehmen auch wir wahr, dass die VhU ihre Positionen in diesen Fragen modifiziert hat und damit auf Veränderungen in den Betrieben reagiert, die umfassend gebildete und selbstbewusste Menschen benötigen, auch aus ihren Verwertungsinteressen heraus. Schwieriger wird es, wenn man ins Detail geht. Wenn ich in Publikationen der VhU lese, dass die jungen Menschen „Manager ihrer eigenen Talente“ werden sollen...

Feuchthofen: ... übrigens ein Zitat von Thomas Sattelberger, der sich als Personalvorstand der Telekom gesellschaftlich stark engagiert hat, zum Beispiel auch die Frauenquote verbindlich eingeführt hat...

Nagel: ... dann sind das doch schon rein begrifflich sehr ökonomische Vorstellungen, wie ein Mensch sein Leben gestalten soll. Für uns steht Bildung zunächst einmal nicht im Kontext des Verwertungsprozesses: Erst kommt das Leben und dann kommt die Arbeit. Und wenn die VhU nicht mehr wie die hessische CDU die Fahne des dreigliedrigen Schulsystems vor sich her trägt, ist das wohl eher den Veränderungen in den Betrieben geschuldet, denen mit dem Lob der Hauptschule wenig gedient ist, als dem Ziel größerer sozialer Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang habe ich übrigens nicht verstanden, wie die VhU ihr Plädoyer für mehr Durchlässigkeit mit der Schulzeitverkürzung in der gymnasialen Mittelstufe in Einklang bringt.

Feuchthofen: Ich bin hier strikt anderer Auffassung als Sie, Herr Nagel. Für uns kommt Leben nicht vor Arbeit, sondern

Arbeit ist Teil des Lebens. „Manager der eigenen Talente“ heißt für uns, die Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt zu stellen, die nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, ihr Leben als Bürger in die Hand zu nehmen. Berufsorientierung ist in diesem Sinn Hilfe zu Selbsthilfe, im Gegensatz zum Anspruch, alles von der Gesellschaft und damit auch der Schule zu erwarten, ohne selbst etwas zu tun. Dazu brauchen wir eine neue Debatte, auch im Bildungsbürgertum: Was ist Bildung heute, welche Ziele hat sie? Und das sind eben nicht nur Kennziffern zur Leistungsmessung.

HLZ: *Christoph, du bist in dieser Runde der einzige aktive Lehrer und als Stufenleiter 9/10 an einer Integrierten Gesamtschule in Frankfurt ganz besonders mit Fragen der Berufsorientierung befasst. Wie kommt das bei deinen Schülern an, wenn du sie aufforderst, „Manager ihrer eigenen Talente“ zu werden?*

Baumann: Wohl eher ziemliches Unverständnis! Vielleicht können selbstbewusste, aufstiegs- und erfolgsorientierte junge Menschen „Manager der eigenen Talente“ werden. Aber die Jugendlichen, die Schwierigkeiten haben, in das System hineinzukommen, haben nicht das nötige Selbstbewusstsein und die erforderlichen Strukturen. Sie befinden sich „im Abstiegsstrudel“, wie es im Bundesbildungsbericht 2012 heißt. Thomas Rauschenbach, Präsident des Deutschen Jugendinstituts, sprach bei der Vorstellung des Berichts von einer „Gruppe, die unten hängt und da nicht mehr rauskommt“, zu der 15 bis 20 Prozent der Jugendlichen gehören...

Feuchthofen: ...wir gehen sogar von 25 Prozent der Jugendlichen aus, die einen besonderen Förderbedarf haben und den Anschluss nicht ohne fremde Hilfe hin zu bekommen...

Baumann: ... auf jeden Fall eine Gruppe, die man nicht außer Acht lassen kann. Sie werden immer noch zu oft nach neun Jahren ausgeschult und landen in den Übergangssystemen ohne Aussichten auf einen höherwertigen Schulabschluss. Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund empfinden das Abspeisen mit dem Hauptschulabschluss als Diskriminierung. Deshalb fordern wir als GEW zehn Schuljahre für alle. Das hat auch etwas zu tun mit Zeit für Reifung, für Allgemeinbildung...

Feuchthofen: ... ich verstehe schon, was Sie meinen. Unser Bildungswerk hat sehr große Erfahrungen mit „schulmüden“ Jugendlichen. FAuB (Fit für Ausbildung und Beruf) ist hier sehr erfolgreich, aber da kommt eben auch ein Ausbilder bzw. Betreuer auf zwei Jugendliche. Die Erfahrungen, die wir dort machen, bestätigen, was Sie als Problem feststellen: Die Ursachen für das bisherige Scheitern sind in Sozialisationsdefiziten und mangelndem Selbstbewusstsein zu suchen, oft nicht in fehlender Arbeitsbereitschaft oder bei den Kenntnissen oder Fertigkeiten. Unterstützende und fördernde Maßnahmen müssen aber effizient gestaltet werden und da sind wir ziemlich sauer, wie viel Geld in den Sand gesetzt wird, weil die bestehenden Systeme Jugendhilfe, Schule etc. nicht oder nicht eng genug zusammenarbeiten. Damit meine ich nicht die Menschen vor Ort, sondern die Strukturen, die eine sinnvolle Kooperation im Interesse der Jugendlichen unmöglich machen. Da sollte man auch mal über die Landesgrenzen schauen, Stichwort „Hamburger Modell“...

Baumann: ...mit zehn Schuljahren für alle...

Feuchthofen: ... wo die Schulen neuerdings zu Beginn des 10. Schuljahres für alle Jugendlichen eine Meldung über die Anschlussbildungswünsche abgeben müssen und auch dazu,

welche noch unentschlossen sind. Die Schülerinnen und Schüler werden dann während des gesamten 10. Schuljahres von einer „Jugendagentur“ als konzertierte Gemeinschaftsaufgabe betreut. Diese Betreuung dauert über die Schulzeit hinaus so lange, bis der Jugendliche – wie wir sagen – eine „marktverwertbare Anschlussqualifizierung“ gefunden hat und dort auch verbleibt, Stichwort Abbrüche. Die demografische Wende führt dazu, dass immer mehr Betriebe bereit sind, auch nicht ausbildungsreife Jugendliche aufzunehmen und sie dann im Unternehmen fit zu machen, indem sie den Wert der Praxis erfahren, Kollegialität, das Miteinander, Dinge, die sie von zu Hause manchmal überhaupt nicht kennen. Das ist für uns eine der Erfahrungen von FAuB, so dass wir uns auch fragen, was da in Schule vielleicht schief läuft.

Baumann: Von einem Betreuer für zwei Jugendliche können wir ja nur träumen. Aber ich will auch gar nichts gegen einen verstärkten Praxisbezug sagen. Mit SchuB haben wir in der integrativen Form an unserer Gesamtschule gute Erfahrungen gemacht, weil hier immerhin eine halbe Sozialpädagogenstelle und zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung stehen...



Feuchthofen: ... da sind wir ganz bei Ihnen und sind besorgt, dass die Landesregierung bei der anstehenden Neukonzeption der Übergangssysteme SchuB nur fortführen will, wenn es komplett aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert wird. Auch die enge Fokussierung auf die Mittelstufenschule, von der wir nicht viel halten, missfällt uns...

HLZ: *Ich möchte gern noch einmal auf die zehn Jahre zurückkommen. Führt nicht die Tatsache, dass Schüler dieser Risikogruppe schon nach neun Jahren ausscheiden, dazu, dass die Berufsorientierung immer weiter nach vorne verschoben und ein Verfahren wie KomPo7 (HLZ S.8) dann schon im 7.Schuljahr eingesetzt wird, wo die Schüler mit dem Thema noch gar nichts am Hut haben?*

Baumann: Wir halten es für einen Fehler, dass solche Verfahren zur Kompetenzfeststellung nur im 7. Schuljahr durchgeführt werden können. Das, was ich zu diesem Zeitpunkt feststellen kann, wird sich in den nächsten zwei Jahren durch Pubertät, durch Praktika, durch Unterricht in hohem Maß verändern. Und viele Lehrkräfte sind inzwischen sauer, dass ausschließlich das von der Wirtschaft entwickelte KomPo7 angewendet werden soll und dann auch noch die erforderlichen finanziellen Mittel für die Durchführung durch Externe verweigert werden, die Schüler mit dem Blick von außen beraten können. Wir haben zum Beispiel sehr erfolgreiche

Seminare in den 8. Klassen zur Lebensplanung und Berufsorientierung gemacht, zum Teil in Kooperation mit benachbarten Betrieben, die jetzt vom Schulträger mit dem Hinweis auf KomPo7 nicht mehr finanziert werden. Wir wünschen uns da mehr Spielräume.

Dr. Friedrich: KomPo 7 wird idealerweise von externen Experten und nicht von Lehrkräften durchgeführt. Das haben wir immer wieder deutlich gemacht. Letztlich ist es aber eine Frage der Ressourcen. Entscheidend ist, was man mit den Erkenntnissen der Kompetenzfeststellung macht. Und da wäre es unsinnig, bereits im 7. Schuljahr einen konkreten Beruf zu empfehlen. Es geht darum, Kompetenzen zu erkennen und diese in die weitere Berufsorientierung einfließen zu lassen, zum Beispiel auch in die Arbeit mit dem Berufswahlpass.

Feuchthofen: Auf keinen Fall wollen wir eine isolierte Kompetenzfeststellung als einmaligen Akt und damit als „Fremdkörper“, sondern immer unterrichtsbezogen auf das Subjekt Schüler und dessen Befähigung zur Lebensgestaltung, wie es im Schulgesetz heißt. Auch beim Alter sind wir nicht festgelegt. Unsere Talentwerkstatt in Offenbach haben wir gerade vom 7. ins 8. Schuljahr verschoben. KomPo7 ist für die Schulen freiwillig, aber wenn das Land KomPo7 als Verfahren verbindlich vorgibt, dann muss es auch das Geld dafür zur Verfügung stellen.

HLZ: *Bei so viel Übereinstimmung würde ich gern noch mal auf die Frage von Herrn Feuchthofen zurückkommen, ob die große Zahl von schulmüden Jugendlichen auf ein Versagen der Schule schließen lässt.*

Nagel: Das ist und bleibt vor allem eine Frage der Ressourcen, eine Folge der Unterfinanzierung des Bildungswesens in diesem Land. Statt an den Symptomen herumzudoktern, müssen wir die Grundfrage stellen, wie viel uns die Bildung wert ist. Und da fürchte ich, sind wir uns mit Unternehmern in der Frage von Steuergerechtigkeit, der absichtlich herbeigeführten Knappheit der öffentlichen Haushalte überhaupt nicht einig. Aber es kommt auch noch etwas anderes dazu. Derzeit tun die politisch Verantwortlichen alles dafür, die Schulen als Konkurrenzsystem aufzustellen. Das soll die ökonomische Effizienz steigern, führt aber genau zu den hier beschriebenen Friktionen, weil es durch Notengebung, Vergleichsarbeiten, Auslese und Rankings Kinder und Jugendliche beschädigt, als Versager abstempelt...

Feuchthofen: ... von Rankings in und zwischen Schulen halten wir ebenfalls nichts...

Nagel: ... das höre ich gern. Aber unser Schulsystem basiert schon beim Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen auf Ausgrenzung. Selbstständige Schulen, die sich Konkurrenzvorteile verschaffen, indem sie eher solche Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die weniger Unterstützung benötigen, und andere aussortieren, verschärfen das Problem. Das kann nicht ohne Folgen für das Selbstwertge-

fühl bleiben. Und das permanente Messen bringt schon deswegen keinen Fortschritt, weil keine Ressourcen zur Verfügung stehen, um die Defizite zu beheben.

Feuchthofen: In der Tat neigen wir Deutschen gerne zu einer gewissen Testeritis und dazu kommt dann die relative Folgsamkeit eines großen Systems. Aber Sie können doch nicht bestreiten, dass durch PISA, TIMSS und andere Leistungsvergleiche einiges in Bewegung gekommen ist, dass Schule und ihre Leistung transparenter geworden sind. Schon als das IQ gegründet wurde, haben wir aber auch gesagt: Schulinspektionen machen keinen Sinn, wenn man den Schulen nicht vorher die Freiräume und die Ressourcen gibt, um Qualität zu entwickeln.

Nagel: Wie laufen denn heute die Schulinspektionen? Die Schulen werden aufgehübscht wie damals in der DDR, als Frau Honecker die Schulen besucht hat. Danach werden Berichte und Vereinbarungen formuliert – und zu den Akten gelegt. Dieses System kostet sehr viel Zeit und sehr viel Geld, und wir fordern, dass es beendet wird.

Feuchthofen: Da scheint sich doch aber bei den Parteien in Hessen ein Lernprozess zu vollziehen, dass die zu kurzen Intervalle der externen Schulinspektion zugunsten der internen Schulentwicklung und Selbstevaluierung zurückgefahren werden. Wir sind da sehr bei Ihnen in der Kritik, wenn den Schulen am Eingang mehr Selbstständigkeit versprochen wird und hinten die Lastwagen mit neuen Vordrucken und Formularen vorfahren.

Nagel: Die Selbstständigkeit von Schulen ist noch mal ein ganz besonderes Thema. Auch dieses System kostet inzwischen sehr viel Geld, das in der Pädagogik besser angelegt wäre. Und anders als die VhU kennen wir keine Belege dafür, dass Länder mit einer größeren Selbstständigkeit von Schulen bessere Ergebnisse erzielen...

Dr. Friedrich: ...was auch wir inzwischen, auch auf der Grundlage der Hattie-Studie, etwas relativieren müssen ...

Baumann: Darf ich am Ende unseres Gesprächs noch ein Problem ansprechen, das mir sehr am Herzen liegt, und damit auch noch einmal auf unser eigentliches Thema zurückkommen? Zu den Jugendlichen, von denen Jochen gesprochen hat, die durch das System immer wieder frustriert werden, gehören auch viele Migrantinnen und Migranten. Auch bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz haben sie größere Schwierigkeiten als ihre deutschen Mitschüler – und zwar unabhängig von Leistungen und Sprachkompetenz. Können Sie da nicht als VhU mehr Einfluss auf die Betriebe nehmen, um deren Chancen zu verbessern?

Feuchthofen: Die Probleme, die Sie beschreiben, sehen wir ebenfalls und müssen gemeinsam mehr tun. Wir unterstützen daher unter anderem die Start-Initiative der Hertie-Stiftung, sehen aber, dass die Kampagnen, die wir initiieren oder begleiten, vor allem die Chancen der *leistungsstarken* Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern. Das ist aus Sicht der Betriebe verständlich, hilft aber nicht wirklich weiter, wenn es um die Risikogruppe geht. Die Kunst ist es, hier insbesondere die kleinen Unternehmen zu erreichen, zu sensibilisieren und gegebenenfalls auch zu unterstützen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir in dieser Frage einmal gemeinsam an die Institutionen des Handwerks und des Mittelstands herantreten.

HLZ: *Ich danke Ihnen für das Gespräch.*

VHU-Flyer „Das Leben sucht dich“

Der Leitfaden der LAG SchuleWirtschaft der Arbeitgeberverbände soll Schülerinnen und Schülern der Klassen 8 bis 10 „Orientierung geben, was in Leben und Beruf auf sie zukommt und worauf es dabei ankommt.“ Der Flyer kann mit einer Unterrichtshilfe für Lehrende bei der LAG SchuleWirtschaft bestellt werden: schule-wirtschaft@bwhw.de

XENOS in Hessen

Gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt

Kein Abschluss ohne Anschluss: Das gilt vor allem für Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit einem Haupt- oder Realschulabschluss. Hier hat es sich der XENOS-Verbund Hessen mit Schwerpunkten im Kreis Gießen und im Wetterau-Kreis zur Aufgabe gemacht, vorhandene Schwellen in den Beruf zu minimieren und Ängsten bei Schülerinnen und Schülern vorzubeugen. Beim letzten Koordinationstreffen von allgemeinbildenden Schulen und XENOS-Projektschulen bot *Cornelia Waitz-Dahl*, Schulleiterin der gastgebenden Beruflichen Schule Butzbach, an, „Bildungsgutscheine“ zu vergeben, um Jugendlichen, die keine Ausbildungsstelle für ihren Wunschberuf gefunden haben, „eine ermutigende Perspektive zu eröffnen“. Waitz-Dahl vertraut dabei besonders auf die Einschätzungskompetenzen der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen: „Sie kennen die Leistungsbereitschaft und das Leistungsvermögen ihrer Schülerinnen und Schüler ganz genau.“

XENOS-Projektordinator *Aaron Löwenbein* verwies insbesondere auf die Angebote der Berufsfachschule in Metall- und Elektrotechnik und die vollschulischen Ausbildungsangebote in den zukunftsorientierten Assistentenberufen in der Medientechnik, Umwelttechnik und Solarthermie sowie in der Berufsvorbereitung für Metall und Ernährung.

Allgemeiner Wunsch der Schulleitungen war es, analog zu den Betriebspraktika auch Berufsschulpraktika anzubieten. So wird die Schrenzerschule in Butzbach, die auf dem Weg zur Umwandlung von einer Haupt- und Realschule in eine Integrierte Gesamtschule ist, bereits im nächsten Schuljahr für 45 Schülerinnen und Schüler ein Berufsschulpraktikum an der BBS Butzbach durchführen. „Schulmüden“ Jugendlichen, besonders mit Migrationshintergrund, helfen derartige pädagogische Maßnahmen, vorhandene Schwellenängste abzubauen.



Handlungsorientierte Methoden unterstützen das Lernen von abstrakten Zusammenhängen und wirken motivierend bei Schülerinnen und Schülern. Voraussetzung, um mit Jugendlichen zum Beispiel in der Holzwerkstatt zu arbeiten, ist der Besitz eines „Maschinenscheins“. Deshalb organisierte XENOS einen Workshop in den Werkstätten der Beruflichen Schule in Büdingen (Foto: Aaron und Dan Löwenbein).



Workshops zur Herstellung von Messern gehören zum festen Angebot des XENOS-Projekts und sind bei den Schülerinnen und Schülern ganz besonders beliebt. Beteiligt sind auch Mitarbeiter des Mittelhessischen Polizeipräsidiums, die Fragen der Faszination von Gewalt und eines respektvollen Umgangs thematisieren (Foto: Aaron und Dan Löwenbein).

Helmut Betschel-Pflügel, erster Kreisbeigeordneter und Bildungsdezernent des Wetteraukreises, sprach in diesem Zusammenhang von einem „Rettungsanker“ für benachteiligte Jugendliche. *Jörg Glasenhardt-Freyman*, XENOS-Projektordinator im Landkreis Gießen, will die Idee nun auch mit den berufsbildenden Schulen des Kreises besprechen, um auch dort ein solches Übergangssystem zu verorten.

Der „XENOS-Verbund Hessen“ wird im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS – Integration und Vielfalt“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert. Abgeleitet vom altgriechischen *xénos* – der Fremde, der Gastfreund – steht der Name des Programms für Toleranz, Weltoffenheit und zivilgesellschaftliches Engagement.

Das Bundesprogramm soll Demokratiebewusstsein und Toleranz stärken und Fremdenfeindlichkeit und Rassismus abbauen. Dabei geht es vor allem um präventive Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft. Das Bundesprogramm XENOS ist auch Träger der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Im Wetteraukreis führt XENOS unter der Trägerschaft des Kreises im Verbund mit dem Amt für Lehrerbildung und dem Landkreis Gießen Qualifikations- und Informationsveranstaltungen, berufliche Orientierungsmaßnahmen und Workshops in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zum Übergang von der Schule in den Beruf durch. Lehrerfortbildung in Kooperation mit den Studienseminaren soll Ausbilderinnen und Ausbilder, Lehrerinnen und Lehrer sowie Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst für die Themen von XENOS sensibilisieren.

• Weitere Informationen über das XENOS-Projekt findet man in dieser HLZ und im Internet: www.xenos-hessen.de



Go and find out

Gewerkschaften für arbeitsweltorientierte Allgemeinbildung

Die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen hat in den letzten Jahren eine erhebliche Aufwertung erfahren. Langsam setzt sich die Einsicht durch, wie wichtig der Übergang von der Schule in den Beruf für die Bildungs- und Erwerbsbiografie ist und dass eine berufliche Ausbildung – anders als vor einigen Jahrzehnten – heute zum Mindeststandard gehört. Der Wandel der Arbeitswelt und der Erwerbsformen erhöht die Notwendigkeit, den Übergang von der Schule in den Beruf konzeptionell und quantitativ weiter zu entwickeln. Der Anteil berufsorientierender Inhalte in den Lehrplänen wächst, auch die Zahl der Kooperationsverbände zwischen Schule und Betrieben auf Landes- und regionaler Ebene. Mittlerweile geben Bundesregierung und Arbeitsagenturen wesentliche Impulse und auch Wirtschaft und Unternehmen haben die Berufsorientierung als Handlungsfeld entdeckt.

Diese Öffnung der Schule in Richtung Wirtschaft oder Arbeitsagenturen hat eine lange Tradition und zweifellos positive Effekte, birgt jedoch auch Risiken: Wenn bei einer chronischen Unterversorgung mit Ausbildungsplätzen die Erwartungen von Unternehmen und die Systemlogik der Arbeitsverwaltung zunehmend handlungsleitend für die Berufsorientierung werden, droht diese durch konjunkturelle, wirtschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche

Interessen vereinnahmt zu werden. So fehlt vielen der aktuellen Programme und Projekte der einst umfassende Anspruch der Arbeitswelt- und Berufsorientierung, wie er in den 70er und 80er Jahren entwickelt wurde. Berufsorientierung droht – vor allem für junge Menschen mit Benachteiligungen oder Lernschwierigkeiten – zu einem Instrument der Anpassung an die Widrigkeiten des Arbeitsmarktes zu werden, um sie bestimmten Maßnahmen oder Ausbildungsplätzen zuzuführen (1).

Der allgemeinbildende Anspruch von Arbeits- und Berufsweltorientierung, eine multiperspektivische Auseinandersetzung mit der Arbeitswelt und den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Interessen der Jugendlichen geraten dadurch zunehmend aus dem Blickfeld.

Verwertbarkeitslogik oder Allgemeinbildung

Zahlreiche Kultusministerien haben in den letzten Jahren die Berufsorientierung und Fragen des Übergangs von der Schule ins Arbeitsleben gemeinsam mit der Unternehmenseite erarbeitet. Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmerperspektive sind nur selten mit im Boot. Eine ähnliche Dominanz der Unternehmenseite ist übrigens im bildungspolitischen und schulpädagogischen Diskurs über ökonomische Bildung an Schulen zu verzeichnen. Wirtschafts- und Finanzverbände, Privatunternehmen, Stiftungen, Vereine und sonstige Lobbygruppen versuchen in den letzten Jahren verstärkt, die Lerninhalte in allgemeinbildenden Schulen zu beeinflussen. Sie tun dies über kostenfreie Unterrichtsmaterialien oder auch Angebote der Berufsorientierung, zum Teil mit erheblicher öffentlicher Förderung. Mitunter wird dabei die betriebliche Mitbestimmung unterschlagen oder schlechtergredet. Gesellschaftliche Widersprüche und unterschiedliche Interessen stören, wenn Unternehmen oder Wirtschaftswissenschaftler als exklusiver Partner von Schulen auftreten oder einen Alleinvertretungsanspruch zur Erklärung der Wirtschaft erheben.

Die „ökonomische Bildung“ und die mit ihr verbundene Arbeitswelt- und Berufsorientierung werden ausgehöhlt, wenn sie ihrer persönlichkeitsbildenden, kritischen und emanzipatorischen Dimensionen entledigt werden. Berufsorientierung unter funktionalistischen, wirtschaftlichen oder technischen Vorzeichen eliminiert die Bedeutung von Lebensplanungen, Interessenlagen, Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten aus dem Schul- und Unterrichtsgeschehen (2): *„In der vorherrschenden Praxis arbeitet Berufs(wahl)orientierung (...) anscheinend eher daran, dass die Lernenden ihre eigenen Wünsche und Erwartungen an Arbeit und Beruf distanziert-selbstkritisch reflektieren, revidieren und den ‚realen‘ Verhältnissen anpassen.“*

Arbeitswelt- und Berufsorientierung sind jedoch kein Anhängsel wirtschaftlicher Denkweisen, sondern Teil des allgemeinbildenden Auftrags von Schulen, der auf Demokratiefähigkeit, Teilhabe, interessengeleitetes Handeln und Solidarität zielt.

Handreichung zur Betriebserkundung

Die Handreichung für die sozioökonomische Bildung „Go and find out“ erschien im Februar 2013. Sie wurde von den Hauptvorständen der GEW und IG Metall im Rahmen der gemeinsamen Initiative Schule und Arbeitswelt des DGB



herausgegeben und von Bettina Zurstrassen und David Becker unter Mitarbeit von Sebastian Becker verfasst. Die Broschüre enthält eine theoretische Fundierung sowie eine didaktische Begründung der Betriebserkundung als Methode, methodische Anmerkungen, Organisationshilfen und Arbeitsblätter für den Unterricht. Sie soll Lehrkräfte und Kolleginnen und Kollegen im Betrieb dazu ermutigen, die Betriebserkundung in ihrem Bereich umzusetzen.

• *Sammelbestellungen mit einer Mindestbestellmenge von 10 Exemplaren zum Preis von 2 Euro plus Versandkosten: www.gew-shop.de, Einzelbestellungen: broschueren@gew.de*

Go and find out!

Die Betriebserkundung in der Arbeitswelt
Eine Handreichung für die sozioökonomische Bildung



Betriebserkundung und Arbeitsweltorientierung

Auch die Betriebserkundung hat in den letzten Jahren eine Renaissance erfahren. Die einschlägigen Veröffentlichungen der letzten Jahre gingen vornehmlich von der Wirtschaft oder wirtschaftsnahen Kreisen aus. Infolgedessen ist die Betriebserkundung als Methode heute vielfach methodisch und fachlich verkürzt und einer eher betriebswirtschaftlichen Sicht unterworfen (3). Für Schulen und junge Menschen sind Einblicke in die Arbeitswelt oder in unterschiedliche Berufsbilder eine attraktive Methode, vor allem wenn es auf den Schulabschluss zugeht. Viele Großbetriebe bieten Betriebserkundungen vor allem im Rahmen des üblichen Besucherprogramms an. Hierbei handelt es sich zumeist um *Betriebsbesichtigungen*, die fachlich und methodisch sehr viel weniger anspruchsvoll sind als das systematische und entdeckende Lernen, das *Betriebserkundungen* zugrunde liegt. Oft gleichen die Betriebsbesuche einer Werbe- und Informationsveranstaltung und präsentieren in der Regel die offizielle Unternehmenssicht. Konflikte im Betrieb, Interessen von Auszubildenden oder auch Mitwirkungsrechte bleiben ausgespart. Eine Betriebserkundung unter „sozioökonomischer Perspektive“ öffnet hingegen auch den Blick auf die Organisation, die Hierarchie oder auf die sozialen Beziehungen im Betrieb und „sensibilisiert für den Blick auf die Menschen in der Arbeitswelt“ (4).

Aus diesem Grund hat die gewerkschaftsübergreifende „Initiative Schule und Arbeitswelt“ (<http://schule.dgb.de>) die Betriebserkundung zu einem Themenschwerpunkt gemacht. Auf der Grundlage von zwei Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer von IG Metall und GEW ist in Zusammenarbeit mit Prof. Bettina Zurstrassen von der Universität Bielefeld jetzt eine Handreichung für die sozioökonomische Bildung entstanden: „Go and find out! – Die Betriebserkundung in der Arbeitswelt“. Das hier vorgelegte Konzept vertritt einen umfassenden Ansatz, bei dem über eine rein betriebswirtschaftliche oder technische Sicht auf Betriebe und Produktionsabläufe hinaus Risiken, Widersprüche, Verände-

Die GEW diskutiert, informiert und bildet fort

Zur „Berufs- und Arbeitsweltorientierung in der Schule“ liegt dem GEW-Gewerkschaftstag ein Antrag vor, der vom Koordinierungsausschuss für Fachgremienarbeit der GEW erarbeitet wurde. Er plädiert für einen berufsorientierenden Unterricht für *alle* Schülerinnen und Schüler als Teil der Arbeitsweltorientierung und der Allgemeinbildung.

Ein Seminar der gewerkschaftsübergreifenden „Initiative Schule und Arbeitswelt“ (www.schule.dgb.de) vom 15. bis 17. April 2013 in der IG Metall-Bildungsstätte Berlin am Pichelssee dient der Diskussion bildungspolitisch und pädagogisch sinnvoller Konzepte der Arbeitswelt- und Berufsorientierung und ermöglicht den Austausch mit Praktikern aus einem Metall-Betrieb im Rahmen einer kleinen Betriebserkundung. Informationen und Anmeldung: Martina Schmerr, GEW (martina.schmerr@gew.de), und Bernd Kaßbaum, IG Metall (bernd.kassebaum@igmetall.de)

• **Buchtipps:** *Arbeitsweltorientierung und Schule. Eine Querschnittsaufgabe für alle Klassenstufen und Schulformen. Mit Beiträgen von Heinz Dederling, Gerd E. Famulla, Reinhold Hedtke, Ursula Queisser, Jörg Schudy und anderen.* GEW-Hauptvorstand, Verlag W. Bertelsmann, Bielefeld 2013, Preis 9,90 Euro



Eigen- und Fremdwahrnehmung: Mehr über sich zu erfahren, hilft, die eigenen Stärken zu erkennen und sie auszubauen, und ist Inhalt eines Fotoworkshops im Angebot von XENOS Hessen (HLZ S. 13). Schülerinnen und Schüler fotografieren sich selbst und ihre Gruppe und steigern so ihre sozialen Kompetenzen. Zusammen mit Schülerinnen und Schülern der Adolf-Reichwein-Schule in Pohlheim lässt sich hier Dirk Haas, Integrationsdezernent des Landkreises Gießen, ins rechte Licht setzen (Foto: Aaron und Dan Löwenbein).

rungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie Fragen der Interessenvertretung behandelt werden.

Im Klartext: Jugendliche sollen sich bei Betriebserkundungen auch über die politische Dimension von Arbeit und Betrieb kundig machen können. Sie sollen sich über gesundheitliche Belastungen oder Folgen der gewandelten Erwerbsarbeit für das Privatleben informieren können. Sie sollen auch etwas über die unterschiedlichen Interessen im Betrieb erfahren und darüber, wie man eigene Interessen im späteren Berufsleben verfolgen und durchsetzen kann.

Bei einer „offiziellen“ Werksführung, die derlei Dimensionen nicht berücksichtigt, ließe sich dies vielleicht im Unterricht vor- und nachbereiten. Wirksamer ist es jedoch, wenn es im Rahmen von eigenen Recherchen der Jugendlichen und „echten“ Begegnungen mit Beschäftigten, Betriebsräten, Vertrauensleuten oder Mitgliedern der Jugend- und Auszubildendenvertretungen geschieht. Dazu wollen die Gewerkschaften mit der Broschüre „Go and find out!“ ermuntern, die sich gleichermaßen an Lehrkräfte und Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben richtet.

Martina Schmerr

GEW-Hauptvorstand, Vorstandsbereich Schule

(1) vgl. Klaus Kohlmeyer, Berufsorientierung als Bildungsstandard – Status quo und Entwicklungspotenziale, in: Zukunft in die Schule holen. GEW-Hauptvorstand, Bielefeld 2009, S. 65

(2) Reinhold Hedtke, Arbeitswelt und Schule. Perspektiven sozialwissenschaftlicher Bildung, in: Arbeitsweltorientierung und Schule. GEW-Hauptvorstand, Bielefeld 2013, S. 43-66, S. 48

(3) Bettina Zurstrassen, Die Betriebserkundung in der Arbeitswelt, in: Go and find out! Die Betriebserkundung in der Arbeitswelt. Eine Handreichung für die sozioökonomische Bildung. GEW/IG Metall, 2013, S. 8

(4) ebenda, S. 10

Ist jede Ausbildung besser als keine?

Im Gespräch mit dem Erziehungswissenschaftler Prof. Andreas Walther

Professor Dr. Andreas Walther ist geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung und Leiter der Sozialpädagogischen Forschungsstelle „Bildung und Bewältigung im Lebenslauf“ im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt. Gemeinsam mit Ulrike Breier verantwortet er die im Auftrag der Stadt Frank-

furt durchgeführte Schulabgangsbefragung 2012 „Schule und was kommt dann?“. An der Befragung nahmen 795 Schülerinnen und Schüler an 17 allgemeinbildenden Schulen und zwei beruflichen Schulen in Frankfurt teil. Das Interview führten Christoph Baumann und HLZ-Redakteur Harald Freiling.

Baumann: Die Schulen bekommen immer wieder gesagt, dass viele Jugendliche, die die Schule verlassen, nicht ausbildungsreif sind. Was halten Sie von dieser Aussage?

Walther: Aussagen zur Ausbildungsreife sind immer Aussagen von konkreten Akteuren an konkreten Positionen des Übergangs von der Schule in den Beruf mit konkreten Interessen. Alle Zuschreibungen und Verallgemeinerungen wie „Schüler können weniger...“ erfolgen in einer gesellschaftlichen Arena, in der Integration und Segregation zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Machtpositionen verhandelt werden. Da geht es auch um Werte, von denen Erwachsene oder Institutionen in der Generationsabfolge fürchten, dass sie verloren gehen könnten. In der öffentlichen Diskussion spielt der Begriff der Ausbildungsreife erst seit Ende der 90-er Jahre eine Rolle. Eingeführt wurde er von den Arbeitgebern als Rechtfertigung dafür, sich schrittweise aus der dualen Ausbildung zurückzuziehen. Mit dem Sofortprogramm JUMP, mit dem Gerhard Schröder Tony Blairs „New Deal for Young People“ kopieren wollte, wurde es dann etabliert, um die Zielgruppe über den Rahmen der alten Programme zur Benachteiligtenförderung hinaus zu erweitern. Der Begriff dient im Wesentlichen als Begründung dafür, dass Jugendliche in Warteschleifen des Übergangssystems vermittelt werden können.

Baumann: Kann man den Begriff der „Ausbildungsreife“, der ja oft auch als Kampfbegriff verwendet wird, überhaupt definieren?

Walther: Es gibt einen Kriterienkatalog der Bundesagentur für Arbeit, der mit den Arbeitgebern und dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) entwickelt wurde. Der Begriff steht im Kontext der Ideologie des „aktivierenden Wohlfahrtsstaats“, die die Verantwortung für die eigene Lebensplanung, die Lebenschancen dem einzelnen Individuum überträgt. Ganz allgemein werden mit der Ausbildungsreife bestimmte schulische Leistungen verbunden, die grundlegenden Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen, aber auch die Soft Skills und die Berufsorientierung. Jugendliche sollen einen „Plan“ haben, und es wird als Defizit angesehen, wenn sie diesen Plan nicht haben.

Baumann: Ist es denn überhaupt Aufgabe der Schule, Jugendliche auf den Beruf vorzubereiten?

Walther: Dass es die vorrangige Aufgabe der Schule ist, Jugendliche auf die Zukunft im Beruf vorzubereiten, könnte man erst einmal in Frage stellen. Hat sie nicht viel mehr die Aufgabe, die Jugendlichen auf die Realitäten des *life long learning* vorzubereiten, das Lernen zu lernen, zu ler-

nen, sich in der Gesellschaft zu orientieren und zu bewegen ... Berufsorientierung ist in der Praxis oft nichts anderes als die Anpassung der Jugendlichen an die Realitäten des Ausbildungs- und Arbeitsmarkts, dass nicht jeder alles werden kann. „Optimaler“ Outcome der Berufsorientierung ist in diesem verengten Verständnis eine Orientierung an „realistischen“ Zielen, die möglichst direkt in eine Bewerbung mündet. Dieser Prozess der Anpassung wurde bisher nach der Schulzeit von der Jugendberufshilfe organisiert und wird jetzt mit Macht immer weiter nach vorne verlagert. Zugespielt heißt das, dass ein Jugendlicher, der vielleicht Kfz-Mechatroniker werden wollte, dahin gebracht werden soll, dass er am Ende der 9. Klasse mit einer Malerlehre zufrieden ist.

Baumann: Aber ist das nicht auch eine Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer, realistische Handlungsoptionen aufzuzeigen? Ist der Wunsch vieler Schüler, nach dem Abschluss der allgemeinbildenden Schule unbedingt noch weiter auf die Schule zu gehen, nicht auch ein Fluchtverhalten vor der Realität?

Walther: Ich halte die Reaktion der Jugendlichen, sich diesem Anpassungsdruck erst einmal zu entziehen, für folgerichtig, auch wenn dieses Verhalten für die institutionellen Akteure, auch für die Lehrerinnen und Lehrer nur schwer auszuhalten ist. In diesem Kreuzfeuer, realistische Berufswünsche zu erzeugen, stehen nicht nur die Lehrer, sondern auch die Eltern. Dabei ist spannend, dass sich nach unserer Schulabgangsbefragung die Schülerinnen und Schüler durchweg gut informiert fühlen, und bei den wichtigsten Personen im Prozess der Berufsorientierung kommen die Eltern mit 24,3% noch vor den Lehrern, die mit 13% die zweitwichtigsten sind...

Baumann: Das hat uns überrascht. Wir haben als Lehrer oft den Eindruck, dass sich die Eltern nur sehr wenig kümmern...

Walther: Das ist eine klare Frage der Perspektive: Vielleicht wird es von den Jugendlichen gerade als hilfreich wahrgenommen, wenn sich die Eltern dem Anpassungsdruck entziehen und ihr Kind auch bei „unrealistischen“ Zielen unterstützen. Schule muss sich bei allem Druck, der auf ihr lastet, bei allen noch so verfeinerten Verfahren zur Kompetenzfeststellung, OLOV, Kompo7 und was es in Hessen so alles gibt, darüber klar werden, dass sie – um mit dem verstorbenen Sozialpädagogen Michael Galuske zu sprechen – zwar vielleicht die Reihenfolge in der Schlange vor dem Zugang zum Arbeitsmarkt verändern kann, nicht aber die Länge der Schlange. Es ist für jeden einzelnen, der in der Schlange vorrückt, biografisch von Wert, löst aber nicht das Problem.

Baumann: Kommen diese Verfahren zur Kompetenzfeststellung nicht viel zu früh?

Walther: Jede Verengung, jede Standardisierung ist gefährlich, vor allem wenn die Instrumente der Berufsorientierung auch noch die Mechanismen der Auslese verfeinern, wenn zu der 3 oder 5 in Mathe dann noch Punkte für Sozialkompetenz in der Gruppenarbeit kommen. Das hat mit mehr Chancen auf Teilhabe nichts zu tun. Vor allem geht es doch immer vorrangig um die Jugendlichen, die mit Hauptschulabschluss abgehen. Daher kommt der Druck, mit der Berufsorientierung schon im 7. oder 8. Schuljahr zu beginnen, zu früh. Das sind auch die Schüler, die nicht die Ressourcen haben, zu sagen, dann mache ich erst ein Freiwilliges Jahr oder eine Weltreise und dann sehe ich weiter. Natürlich wissen auch die Hauptschüler schon in der 5. Klasse, dass sie nicht Zahnarzt werden können, aber sie verhalten sich doch sehr marktconform, wenn sie nach der 9. Klasse versuchen, ihren Abschluss und ihre Qualifikationen zum Beispiel an der zweijährigen Berufsfachschule zu verbessern. Oft gegen den erheblichen Widerstand gerade der Lehrer und Sozialpädagogen: „Du schaffst das nicht! ... Nachher hast du immer noch keine Lehrstelle...“ Aber die Jugendlichen halten sich nicht daran und das finde ich spannend. Mit dieser Wende muss sich das Bildungssystem auseinandersetzen.

Baumann: Aber haben die Lehrer mit ihren Warnungen nicht recht, wenn sie vor biografischen Sackgassen warnen?

Walther: Natürlich ist es immer gut, Alternativen aufzuzeigen, aber ohne das andere abzuwerten. Sicher ist diese Abstimmung mit den Füßen auch eine Provokation für die Lehrer und Sozialpädagogen, vor allem wenn der Erfolg der Berufsorientierung an der Zahl der Übergänge ins duale System gemessen wird. Eine solche Tendenz zur Entschleunigung von Bildungsprozessen ist in Zeiten von G8 und Bologna schwer auszuhalten. Pädagogik hat viel mit Ungewissheit zu tun, aber nur im alten fordistischen Schulsystem konnte man sich einbilden, dass man mit einem bestimmten Programm auch sicher ein bestimmtes Ergebnis erzeugt. Für mich ist es ganz zentral, dass die Unterscheidung, was realistische und was unrealistische Berufswünsche sind, vom Tisch kommt. „Unrealistisch“ heißt ja im Klartext: „Der oder die kann das nicht“. Aber wir sehen ja jetzt, wie sich das durch die demografische Wende verändert. Da müssen die Betriebe auch die Bewerber nehmen, die bisher als nicht ausbildungsreif galten, weil es eben keine besseren gibt. Jeder Berufswunsch entwickelt sich im gesellschaftlichen Kontext: Was ist ein guter Beruf, ein gutes Leben, gute Arbeit?

Baumann: Brauchen wir nicht eher eine längere gemeinsame Schulzeit statt vielfältiger Übergangssysteme? Die GEW fordert 10 Jahre für alle...

Walther: Ich würde noch weiter gehen: Schule bis 18 für alle. Allerdings muss sich die Schule dann auch was einfallen lassen, wie sie die Jugendlichen bei der Stange hält, damit ihr nicht alles um die Ohren fliegt. Wir brauchen vor allem mehr anerkannte Anschlussoptionen, die unabhängig von der dualen Berufsbildung sind, die von der Konjunktur abhängig ist und inzwischen nicht mehr zwei Drittel, sondern nur noch ein Drittel eines Altersjahrgangs aufnimmt. Das duale System verfolgt eben andere Interessen als die Integration der Jugendlichen. Der Übergang Schule – Beruf funktioniert in Deutschland ausschließlich über Selektion



tion und Standardisierung. In Österreich ist das System der schulischen Berufsausbildung inzwischen genauso groß wie das duale System, ohne die Warteschleifen. Gerade die neuen Ausbildungsberufe im IT-Bereich hätte man auch staatlich machen können, wollte man aber nicht.

Baumann: Lehrer machen die Erfahrung, dass sich die Sichtweise der Schüler durch Praktika verändert – positiv wie negativ. Brauchen wir im Rahmen der Schule größere Praxisanteile, um Schülerinnen und Schülern besser gerecht zu werden?

Walther: Unsere Studie hat gezeigt, dass die Jugendlichen Praktika gut finden und dass sie mehr wollen. Da geht es ihnen aber vor allem um Einblicke in das Berufsleben (35,0%), die Hilfe bei der Berufsorientierung folgt schon mit großem Abstand auf dem zweiten Platz (20,8%). Es geht ihnen ums Ausprobieren, um das Kennenlernen. In der Schulrealität haben die Praktika schon oft wieder eine Selektionsfunktion, weil damit die Hoffnung verbunden ist, dass sich der Jugendliche dort bewährt und in dem Praktikumsbetrieb auch eine Lehrstelle bekommt.

Baumann: Das entspricht auch unseren Erfahrungen in der Schule, dass noch mehr oder noch längere Praktika nichts bringen. Geeigneter scheinen mir gezielte Betriebserkundungen, Gespräche mit Ausbildern oder Auszubildenden. Die Jugendlichen wollen schnuppern...

Walther: ... erfahren, wie sich dieses oder jenes anfühlt, kann ich mich da in drei oder fünf Jahren selbst sehen – als „Ich“ mit meinen Lebensentwürfen und nicht als entfremdete Rolle. Die Ratschläge im BIZ oder sonstwo, ob mich andere da sehen können, bringen nur wenig. Die Aussage „Jede Ausbildung ist besser als keine“ ist ja richtig, aber für die Jugendlichen und ihre persönliche Sicht auf ihr eigenes Leben ist sie falsch. ... Bestimmte Berufe sind für Jugendliche einfach nicht mehr attraktiv und auch die Berater sind hier aus einer privilegierten Rolle heraus nicht glaubwürdig. Vielleicht bräuchte man auch mehr ausbildungsbegleitende Hilfen, nicht nur für die Berufsschule, sondern auch im Betrieb, um diese Welten zusammenzubringen, ein Art Coach, gerade in den Betrieben, die keine pädagogisch geschulten Ausbilder haben. Unterm Strich: Auch die Ausbildung muss sich verändern, um mit der größeren Heterogenität von Jugendlichen zurecht zu kommen.

HLZ: Vielen Dank für das Gespräch.

Zwölf Jahre Erfahrung

Produktionsschule am Abendstern in Gießen erhält Qualitätssiegel

Bereits im Jahr 1999 hat die Theodor-Litt-Schule Gießen den Produktionsschulgedanken aufgegriffen und zusammen mit der Jugendwerkstatt Gießen in der Produktionsschule Erdkauter Weg umgesetzt. Die positiven Erfahrungen mit dem Produktionsschulkonzept und die Auswertungen von vier Jahren produktionsorientierter Arbeit im Übergang Schule – Beruf führten nach der Beendigung des gemeinsamen Projektes beim Team der Theodor-Litt-Schule zu der Überzeugung, auch in einer trägerunabhängigen Organisationsstruktur die Idee der Produktionsschule in der Stadt Gießen umzusetzen und somit einen weiteren Baustein im Rahmen der Berufsvorbereitung anzubieten.

Das öffentliche Bildungssystem hat eine Verantwortung für Jugendliche mit brüchigen Bildungsbiographien und vielfältigen Misserfolgen. Hier gilt es nach wie vor, mit geeigneten Konzepten Jugendliche neu zu motivieren und sie in die Lage zu versetzen, ihre Schullaufbahn erfolgreich abzuschließen sowie den Übergang in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt zu meistern.

Mit großer Unterstützung der Stadt Gießen unter Beteiligung der Bürgermeister der Westkreisgemeinden Wettenberg, Heuchelheim und Biebertal, des Staatlichen Schulamtes Gießen/Vogelsberg sowie des Landkreises Gießen und begleitet durch großes öffentliches Interesse entstand im Jahr 2005 in Heuchelheim auf einem Firmengelände „Am Abendstern“ eine neue Produktionsschule als Außenstelle der Theodor-Litt-Schule Gießen. Grundlagen einer qualitativen Neuorientierung des Konzepts waren

- die Erfahrungen in der Umsetzung des produktionsorientierten Ansatzes im Rahmen der schulischen Berufsvorbereitung und
- die Frage, wie es gelingen kann, die Elemente der Berufsvorbereitung passgenauer auf die Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen abzustimmen und die Sinnhaftigkeit und Transparenz von Bildungsprozessen zu erhöhen.



Aufträge mit Ernstcharakter

Im Rahmen des praktizierten produktionsorientierten Unterrichtsansatzes sind die Lern- und Bildungsprozesse in reale Auftragsituationen eingebettet und stellen eine Verbindung zwischen Arbeit und Lernen dar. Der Ansatz fördert die Chance auf neue Lernmotivationen und somit auf eine Stabilisierung und Qualifizierung der Jugendlichen. Der Erfolg ist wesentlich von der Qualität der Produkte und des Arbeitsprozesses abhängig. Im Zentrum stehen wertschöpfende Produktions-, Wartungs- oder Dienstleistungsaufträge mit Ernstcharakter, die sich nicht an einer bestimmten gewerblichen Fachrichtung festmachen lassen.

Die Bearbeitung von Aufträgen ist somit Lernanlass und -gegenstand und darf nicht betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet werden. Die allgemein bildenden Unterrichtsinhalte werden in hohem Maße in den Planungs- und Durchführungsprozess integriert und stehen damit in einem direkten inhaltlichen Zusammenhang. Diese Vorgehensweise ermöglicht Jugendlichen zu erkennen, dass theoretische Arbeit notwendig und sinnvoll ist, weil sie hilft, die Probleme zu meistern, die sich während der Arbeit am Produkt ergeben. Über die Fertigung des Produktes im eigentlichen Sinne werden im Rahmen einer vollständigen Handlung durch die Organisation und Abwicklung des gesamten Produktionsprozesses von der Planung bis zur Qualitätskontrolle ganz unterschiedliche Kompetenzen angesprochen.

Ein historischer Rosenpavillon

Als Beispiel eines solchen ganzheitlichen Ansatzes soll ein Kundenauftrag des Freundeskreises Busecker Schlosspark e.V. zur Planung, Fertigung und Montage eines historischen Rosenpavillons für den Schlosspark in Buseck dienen.

Das Projekt beinhaltete eine Vielzahl von Qualifizierungsaspekten im Bereich der Berufsvorbereitung: vom Kommunikationsprozess mit dem Kunden, in dem alle Details des Auftrags zu klären waren, über die technische Planung, in der Konstruktionszeichnungen, statische Berechnungen, Materialauswahl und Verbindungstechniken zu bestimmen waren, und die konkrete Fertigung, die Montage und Qualitätskontrolle bis zur Übergabe und Rechnungserstellung. Einige Anforderungen überstiegen die Möglichkeiten der Berufsvorbereitung und waren eher im Qualifizierungsbereich des Metallbaus anzusiedeln. An dieser Stelle kam der Produktionsschule zugute, dass sie Teil eines großen gewerblich-technischen Berufsschulenzentrums ist. Durch eine innerschulische Kooperation zwischen angehenden Facharbeitern und den Schülern der Produktionsschule konnte das Gesamtprojekt in unterschiedliche Fertigungsbereiche unterteilt und den verschiedenen Qualifizierungsorten zugewiesen werden.

Während die Schüler der Produktionsschule unter Leitung ihrer Fachlehrer *Simon Reinl* und *Jörg Metz* die Geländerfelder entworfen und gefertigt haben, haben die von *Marco Schlapp* betreuten Berufsschüler im Rahmen des be-



rufsbezogenen Lernfeldunterrichts die Fertigung der Stütz- und Dachkonstruktion in Form eines realen Kundenauftrags durchlaufen (Foto: oben). Innerhalb ihrer Arbeitsfelder hatten die verschiedenen Gruppen die Möglichkeit, unterschiedliche konstruktive Lösungen zu entwickeln und zu diskutieren, ihre konstruierten Teile zu fertigen und auf Funktion zu überprüfen. Hierdurch wurden sowohl die berufliche Handlungskompetenz als auch die Sozialkompetenz gefördert. Dabei mussten immer wieder neu auftauchende Probleme vor dem Hintergrund eines fest vereinbarten Fertigstellungstermins von den Schülern kooperativ in Teams gelöst werden.

Stolz auf die eigene Leistung

Die Übergabe des Pavillons an den Kunden ist einer der wichtigsten Projektabschnitte. In seiner Ansprache im Rahmen einer kleinen Feierlichkeit brachte der Bürgermeister der Gemeinde Buseck seinen Respekt und seine Anerkennung für die Qualität der Arbeit und die Leistung der Schüler zum Ausdruck. Hierbei erfahren die Jugendlichen, manchmal zum ersten Mal in ihrem Leben, dass sie mit Kopf, Herz und Hand ein Produkt hergestellt haben, das sinnvoll ist, das andere brauchen, für das es einen Markt gibt. Erfahrungen wie Ehrgeiz, Stolz auf die eigene Leistung und Anerkennung sind die Ba-

„Ein wichtiger Baustein“

Die Produktionsschule am Abendstern ist ein wichtiger Baustein im System des Übergangs von der Schule in Ausbildung und Beruf. Damit stellt sich schulische Berufsvorbereitung der Herausforderung, den sehr unterschiedlichen Bedingungen, Voraussetzungen und Zielsetzungen von Jugendlichen, die nicht unmittelbar nach Abschluss der allgemein bildenden Schule in Ausbildung einmünden, gerecht zu werden. Das differenzierte didaktisch-methodische Konzept ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, die eigenen berufsbezogenen und persönlichen Stärken und Interessen herauszufinden, sich gleichzeitig wieder auf systematische Bildungsprozesse einzulassen und weitere Schulabschlüsse zu erwerben. Die Produktionsschule am Abendstern stellt damit auch unter Beweis, dass schulische Rahmenbedingungen dazu taugen, die Produktionsschuldidaktik in der Beruflichen Schule umzusetzen und Schule und Unterricht so zu verändern, dass reale Situationen Ausgangspunkt von ganzheitlichen Lernprozessen sind.

Astrid Eibelschäuser

Schuldezernentin der Universitätsstadt Gießen

sis, auf der Lernen, sich qualifizieren, etwas für sich selbst zu wollen erst wieder in Gang gesetzt werden kann.

Logische Konsequenz einer langjährigen erfolgreichen Entwicklungsarbeit der Produktionsschule am Abendstern war zweifellos der Erfolg, nach einem umfangreichen Zertifizierungsverfahren als erste Produktionsschule in Deutschland mit dem Qualitätssiegel des Bundesverbandes Produktionsschulen e.V. zertifiziert worden zu sein.

Qualitätssiegel Produktionsschule

Das Qualitätssiegel Produktionsschule weist in weiten Bereichen Parallelen zur hessischen Schulinspektion auf, die Teilnahme an dem Verfahren ist für die Produktionsschulen allerdings freiwillig, gleichzeitig aber auch mit Kosten verbunden. Nach einer schriftlichen Bewerbung zur Teilnahme an dem Siegelverfahren, die einstimmig von dem Team der Produktionsschule am Abendstern (PaA) beschlossen wurde, wurde der Rahmen für das Siegelverfahren durch einen Vertrag zwischen dem Bundesverband Produktionsschulen und der PaA geregelt.

Inhaltlicher Ausgangspunkt des Zertifizierungsverfahrens war die Erstellung eines Selbstreports. In einem zweitägigen Audit hat sich das Auditorenteam des Bundesverbandes durch Hospitationen und Beobachtungen, durch Analyse von Dokumenten sowie zahlreiche Interviews und Befragungen einen Überblick über die Arbeit in der PaA verschafft und die Ergebnisse mit den Ausführungen im Selbstreport verglichen, kontinuierlich begleitet durch die vom Bundesverband in Auftrag gegebene wissenschaftliche Begleitung des Verfahrens durch die Universität Hannover.

Das Ziel der Teilnahme an dem Siegelverfahren bestand für das Team der Produktionsschule darin, die Auseinandersetzung über die didaktische Ausrichtung und pädagogische Arbeit zu intensivieren und bereits bestehende konzeptionelle Strukturen und Arbeitsgrundlagen weiterzuentwickeln, auch und besonders in Verbindung mit den Rückmeldungen externer Beobachter bzw. der Auditoren. Neben der Überprüfung der bestehenden Qualitätsstandards und der damit verbundenen Qualitätssicherung und -entwicklung auf institutioneller Ebene war somit gleichzeitig eine Form der Organisations- und Teamentwicklung verbunden. Mit dem Erreichen des Siegels verbunden ist die Erkenntnis, dass es gelungen ist, den Produktionsschulgedanken in einem originär schulischen System umzusetzen.

Joachim Scheerer und Till Mühlhaus



Mehr Sachlichkeit und Respekt

Läuft die Diskussion über Bildungskonzepte aus dem Ruder?

In den letzten Jahren habe ich oftmals für die GEW Vorträge gehalten und mich an vielfältigen Diskussionen zu unterschiedlichen Themen der gegenwärtigen Bildungsdebatte beteiligt, über Bildungsstandards, Kompetenzorientierung, G8/G9, Lehrerbildung, Unterrichtsmethodik und vieles mehr. Auch an der Vortragsreihe an der Philipps-Universität Marburg zum Thema „Ökonomisierung oder Demokratisierung?“, die unter anderem auch von der GEW veranstaltet wird, habe ich mich mit der Teilnahme an der einführenden Podiumsdiskussion am 1. 11. 2012 (HLZ 12/2012) und einem Vortrag „Der Bluff der Bildungsstandards – Was verbirgt sich hinter den neuen Zauberwörtern der bildungspolitischen Debatte?“ beteiligt. Dabei habe ich den Eindruck gewonnen, dass viele meiner Argumente und die der *Gesellschaft für Bildung und Wissen* (GBW) unter den GEW-Mitgliedern einen gewissen Konsens gefunden haben, sicherlich nicht in allen Punkten, sicherlich nicht bei allen. Und das ist auch gut so: Bildungskonzepte waren umstritten, sind umstritten und werden immer umstritten bleiben. Daher sollen sie ja in der Marburger Vortragsreihe einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion vorgestellt werden. In den letzten beiden Ausgaben der HLZ muss ich nun leider feststellen, dass eine sicherlich begrüßenswerte Diskussion um schulische Bildungsfragen aus dem Ruder läuft, weil es nicht mehr um die Argumentation in der Sache geht, sondern eher darum, Personen zu diskreditieren, die möglicherweise gegenteilige Argumente und Meinungen zu den eingeleiteten Veränderungen im Bildungswesen vertreten. Dies gilt für die „Gegenrede“ von Prof. Dr. Rainer Lersch (HLZ 12/2012) und für den Beitrag von Dieter van Holst (HLZ 1-2/2013). Bei allen Meinungsverschiedenheiten ist diese Form absolut ungewöhnlich, da selbst die hoch kontroverse Debatte zum Beispiel zwischen unserer GBW und Teilen der empirischen Bildungsforschung oder des PISA-Konsortiums auf sachlicher Ebene und ohne jede personenbezogene Kritik geführt wird und so auch in den entsprechenden Publikationen

erscheint. Dies ist bei allen ernstzunehmenden Zeitschriften der Fall, und ich erwarte auch vom Redaktionsteam der HLZ, auf die Einhaltung dieser grundlegenden Kriterien für eine sachorientierte Argumentation zu achten und diese auch von den Autoren einzufordern. Dieter van Holst verschärfte die Argumentation des Kollegen Lersch gegen meine Person („selbst ernannter Superpädagoge“) und überschritt damit eine akzeptable Grenze. Seine mir in den Mund gelegten „unsäglichsten Äußerungen“ bei der Podiumsdiskussion in Marburg sind sachlich völlig falsch wiedergegeben, wie auch das Transkript der Diskussion belegt (siehe Kasten). Keinesfalls habe ich gegen mehr schülerzentriertes Lernen und für den Frontalunterricht argumentiert. Die durchaus kontroverse Diskussion wurde mit Stil und Respekt geführt. Dass die Gegenseite unterrepräsentiert war, lag nicht an den Veranstaltern, sondern an einer kurzfristigen Absage des Leiters des Instituts für Qualitätsentwicklung, der sich auch trotz mehrfacher Bitten der Veranstalter außerstande sah, einen Vertreter zu entsenden. Im Nachhinein soll dies jetzt wohl dazu genutzt werden, die Ergebnisse der Veranstaltung, die sicher bei zahlreichen Zuhörern zu einer noch größeren Nachdenklichkeit geführt hat, als nicht akzeptabel auszuweisen.

Selbstverständlich halte ich die vielleicht einmal positiv angedachten Konzepte von Bildungsstandards und Kompetenzorientierung in ihrer Form der derzeitigen Durchführung auch in Hessen für den völlig falschen Weg, eine angemessene Bildung und Erziehung in den Schulen zu entwickeln, und ich versuche dies in vielfältigen Publikationen auch entsprechend zu begründen (www.bildung-wissen.eu). Die Kritik der GBW an den derzeitigen Entwicklungen im Bildungssektor wird mittlerweile verbandsübergreifend von einer ständig wachsenden Zahl von Fachkollegen, Fachleitern, Schulleitern und auch Kollegen aus den Bildungswissenschaften getragen, wenn es sicherlich in Einzelheiten auch hier durchaus Diskussionsbedarf gibt. Aus meinen Gesprächen mit vielen

Mitgliedern der GEW weiß ich, dass viele dort die derzeitigen Entwicklungen ebenso skeptisch beurteilen, wie wir das tun. Dies bedeutet wiederum nicht, dass es nicht auch Befürworter der in den letzten Jahren dem Bildungssystem verordneten Neuorientierung gibt, und das ist ja auch gut so. Auch das Beharren auf eigenen Vorstellungen ist völlig in Ordnung. Nicht in Ordnung und in keiner Weise akzeptabel ist, so zu tun, als seien die eigenen Argumente für Bildungsstandards, Kompetenzorientierung oder eine stärker konstruktivistische Unterrichtsgestaltung alternativlos und über jede Kritik erhaben, und als käme es einer Art Gotteslästerung gleich, hier Gegenpositionen zu beziehen. Genau gegen diese Verfahrensweise richtete sich die schon 2005 als „Frankfurter Einsprüche“ bekannt gewordene Kritik. Auch die Marburger Vortragsreihe hat mit ihrem Thema „Ökonomisierung oder Demokratisierung?“ klar zum Ausdruck gebracht, dass Bildungskonzepte einer breiten demokratischen Diskussion unterzogen werden müssen und nicht *top down* nach unten durchgereicht werden dürfen: Dies ist in der Vergangenheit flächendeckend gescheitert, in allen Demokratien, weltweit.

Hans Peter Klein

Der Autor lehrt Didaktik der Biowissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt.

Podiumsdiskussion in Marburg

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsdiskussion, mit der die GEW Marburg die Vortragsreihe „Ökonomisierung oder Demokratisierung? Was wird aus unserem Bildungssystem?“ eröffnete, waren Ralf Hartung, langjähriger Abteilungsleiter im Kultusministerium, GEW-Vorsitzender Jochen Nagel, Landeschülersprecher Laurien Simon Wüst (Foto: rechts), Birgit Eggers als langjähriges Mitglied des Landeselternbeirats (Foto: Mitte) und Professor Klein (Foto: links). Bernd Schreier, Leiter des Instituts für Qualitätsentwicklung, hatte seine Teilnahme abgesagt. Das Transkript der Diskussion findet man unter www.gew-hessen.de (Suche: Podiumsdiskussion Marburg).

Bildungsstandards und Kompetenzen

Plädoyer für eine sachliche Diskussion



Seit August 2010 unterrichte ich an einem Frankfurter Gymnasium Biologie und Chemie und verfolge die Diskussion um die Implementierung der Bildungsstandards und damit die Umsetzung kompetenzorientierter Ansätze für Unterricht in Hessen sowohl in der HLZ als auch in der allgemeinen Presse. Ich bin in Berlin in der ersten wie auch der zweiten Phase ausgebildet worden und war zu Beginn meiner Tätigkeit in Hessen (und damit auch meiner Mitgliedschaft in der GEW Hessen) vor über zwei Jahren zunächst sehr verwundert über die hessische Debatte in Bezug auf kompetenzorientierten Unterricht und den damaligen „Entwicklungsstand“ der Implementation der Bildungsstandards in Schule und Unterricht. Sehr schnell habe ich dann – insbesondere über Beiträge in der HLZ und in der FLZ des GEW-Bezirksverbands Frankfurt – erfahren, wie vehement große Teile der in Hessen an Schule und Unterricht beteiligten Akteurinnen und Akteure gegen die Einführung von kompetenzorientierten Herangehensweisen argumentierten. Die Art und Weise, wie diese „Gegen-“Argumentation geführt wurde, zeigt für mich, dass die meisten Kritiker, die einen Unterricht auf der Grundlage von Bildungsstandards und Kompetenzen ablehnen, noch gar nicht verstanden haben, was Kompetenzorientierung meint. Schlagworte

wie „Methoden statt Inhalte“, „Inhaltsleere“ oder „Nivellierung der Ansprüche“ sprechen dafür, dass sie sich nur wenig mit dem auseinander gesetzt haben, was Kompetenzen bedeuten, so dass ihre Argumentation eher politisch-ideologisch als inhaltlich-pädagogisch geprägt ist.

Aus meiner anfänglichen Verwunderung ist inzwischen eine Verärgerung geworden.

Zu viel „träges Wissen“

Gerade in den Naturwissenschaften ist meines Erachtens ein Umdenken bei der Planung, Durchführung und Reflexion von Unterricht dringend notwendig. Insbesondere im Fach Chemie erhalten die Schülerinnen und Schüler aus meiner Sicht zwar drei Jahre lang in der Sekundarstufe I einen durchaus fachlich fundierten Unterricht auf einem hohen Niveau. Doch spätestens in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe zeigt sich dann, dass die Schülerinnen und Schüler nur wenig von dem, was jahrelang mühsam unterrichtet wurde, tatsächlich können. Im Biologieunterricht ist es ähnlich, doch fällt dies dort weniger deutlich auf, weil durch Auswendiglernen ein noch nicht erreichter Grad in der Kompetenzentwicklung zunächst noch gut kaschiert werden kann.

Noch viel zu oft wird „träges“ Wissen produziert, das kontextlos und nicht anwendungsorientiert erworben wurde und somit auf Dauer nicht kumulativ vernetzt werden kann.

Von daher ist dem Kollegen *Professor Lersch* aus Marburg zu danken, dass er durch seine Gegenrede in der HLZ 12/2012 klar gestellt hat, dass die derzeit in der GEW kommunizierte Ablehnung der Kompetenzorientierung nicht von allen Mitgliedern getragen wird. Seine deutlichen und kritischen Worte in Bezug auf die Rolle von „Kritikern“ wie des Biologiedidaktikers *Professor Klein* von der Goethe-Universität Frankfurt sollten dabei besondere Beachtung finden, weil eine Position des ständigen „Nein-Sagens“ – so wie in der HLZ inzwischen re-

gelmäßig publiziert – nicht konstruktiv ist. So besteht zum Beispiel in der Biologiedidaktik nahezu Einigkeit darüber, dass Biologieunterricht in der Schule nicht allein durch die Inhalte der Wissenschaft Biologie strukturiert werden kann, sondern dass es in der Planung und Durchführung von Unterricht eines didaktischen Rekonstruktionsprozesses bedarf, der als sogenanntes „fachdidaktisches Triplet“ die für Lernen bedeutsamen Elemente Alltagsvorstellungen, fachwissenschaftliche Konzepte sowie didaktische Strukturierung sinnstiftend und lernwirksam zueinander in Beziehung setzt und zum Ausgangspunkt der Initiation von Lernprozessen im Biologieunterricht – und den anderen naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächern – macht.

Auch die Berufung auf die „Hattie-Studie“ ist schlichtweg falsch. Hatties Plädoyer vom „Visible Learning“ ist geradezu eines für den kompetenzorientierten Unterricht, weil dieses Konzept die Bedeutung von Elementen der Diagnose, Förderung und einer damit verbundenen Binnendifferenzierung in den Mittelpunkt schulischen Lernens stellt. Solchen Vorstellungen von Lehr- und Lernprozessen wird zum Beispiel das (vom hessischen Afl) entwickelte Förderkreismodell gerechter. Das handelnde Wissen der Lernenden wird dabei stärker als bisher in den Mittelpunkt von Schule und Unterricht gerückt und der tatsächliche Lernstand wird zum Ausgangspunkt für Unterricht, wobei im Laufe der Lehr- und Lernprozesse immer wieder evaluiert wird, inwieweit sich dieser Lernstand den Unterrichtszielen genähert hat und wie der Unterricht darauf reagieren muss. Hattie plädiert für eine systematische Verbindung von direkter Instruktion und selbstreguliertem Lernen – und genau dies ist das zentrale Charakteristikum für kompetenzorientierten Unterricht, von dem in den Studien, die Hatties Meta-Studie zugrunde lagen, überhaupt noch keine Rede war.

Auch sind die Entwicklung und An eignung von Kompetenzen durch die Lernenden per se nicht inhaltslos: Der Erwerb von Kompetenzen kann nur



an dafür geeigneten fachlichen Inhalten erfolgen. Gleichzeitig bedeutet dies auch, dass Inhalte nicht dauerhaft gelernt werden können, wenn für deren Erwerb nicht auf bestimmte Kompetenzen zurückgegriffen wird. Wissen und Können bedingen einander gegenseitig. Die HLZ drückt diesbezüglich immer wieder Artikel und Positionen ab, die auf diese Argumentation zurückgreifen. Damit wird gleichzeitig indirekt denjenigen, die seit geraumer Zeit versuchen, unter den nicht zu beschönigenden Bedingungen in Hessen Konzepte für kompetenzorientiertes Lehren und Lernen zu entwickeln und dafür viel Arbeit und Energie investieren, unterstellt, keinen lernwirksamen Unterricht zu machen.

Als Lehrer verhöhnt

Damit fühle ich mich in meiner Rolle als Lehrkraft an einem hessischen Gymnasium nicht ernst genommen und zum Teil sogar verhöhnt. Diese offenkundige, permanente Unterstellung, dass die

Schülerinnen und Schüler in einem Unterricht wie dem meinigen, der zugegebenermaßen bei weitem noch nicht in allen Teilen stringent kompetenzorientiert ist, weil die Rahmenbedingungen seitens der Landespolitik dafür nicht gegeben sind, weniger oder gar nichts lernen würden, ist kaum noch zu ertragen. Leider finden diese „Kritikerinnen“ und „Kritiker“ derzeit viel Gehör unter den Lehrerinnen und Lehrern an hessischen Schulen. Wenn – wie *Joachim Euler* in derselben Ausgabe der HLZ behauptet – mehr als 50.000 Lehrkräfte in Hessen weiterhin nicht kompetenzorientiert unterrichten würden und die meisten Lehrkräfte und Ausbilderinnen und Ausbilder den Kompetenzbegriff nicht erklären könnten, dann liegt das daran, dass nur völlig unzureichende zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen seitens der Landesregierung zur Verfügung gestellt werden, um die Grundzüge kompetenzorientierten Unterrichts nachhaltig in den Schulen zu implementieren. Die affektive Ablehnung dieses als „Paradigmenwechsel“

bezeichneten Perspektivwechsels auf Lehr- und Lernprozesse ist eine logische Folge verfehlter Umsetzung seitens der Bildungsverwaltung. Das macht es nicht einfach in Fachschaften und Gesamtkonferenzen eine Auseinandersetzung und eine Reflexion bezüglich bisheriger Unterrichtspraxen im Rahmen der Entwicklung eines Schulcurriculums zu erwirken.

Wenn die GEW Hessen die ablehnenden Positionen unreflektiert wiedergibt, sich zu eigen macht und die darin verwendeten nicht haltbaren Argumente, Ansichten und Unterstellungen reproduziert, ist dies bitter und nur schwer auszuhalten, weil ich die GEW Hessen bisher als Plattform kennengelernt habe, in der Diskussionen um Veränderungen in Schule und Unterricht zur Verbesserung des Lehrens und Lernens im Sinne einer gesteigerten Zufriedenheit der an Schule beteiligten Akteurinnen und Akteure kollegial, offen, ehrlich, wertschätzend und produktiv geführt werden können. *Alexander Lotz, Frankfurt*

Wolfgang Klafki und die Kompetenzorientierung

Die Kompetenzorientierung wird seit einigen Jahren massiv propagiert und nicht ungeschickt „implementiert“. Doch unwidersprochen ist sie nicht. So veranstaltete die GEW in Marburg im Winter eine viel beachtete Ringvorlesung „Ökonomisierung oder Demokratisierung? Was wird aus unserem Bildungswesen?“, die sich unter anderem kritisch damit auseinandersetzte – auch bei der Podiumsdiskussion zum Auftakt der Reihe (HLZ 12/2012). In einer darauf bezogenen „Gegenrede“ in derselben Ausgabe der HLZ berief sich *Prof. Dr. Rainer Lersch*, ausgewiesener Vertreter des kompetenzorientierten Unterrichts, auf Wolfgang Klafki, der „mit der

kritisch-konstruktiven Didaktik ein letztlich kompetenzorientiertes Bildungskonzept entwickelt“ habe. Das kann man nun allerdings so nicht stehen lassen. Wie *Wolfgang Klafki*, der große Marburger Erziehungswissenschaftler, den Stellenwert instrumenteller Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten – heute meist unpräzise „Kompetenzen“ genannt – im Rahmen einer emanzipatorischen, an humanistischen und demokratischen Prinzipien orientierten Pädagogik einschätzte, kann man u.a. in seinen „Neuen Studien zur Bildungstheorie und Didaktik“ nachlesen.

Bernd Georgy

„Sinnvolles und ertragreiches Lehren und Lernen im Sinne der angesprochenen Zielperspektiven einer ‚neuen Allgemeinbildung‘ schließen immer ein erhebliches Maß sehr schlichter, sozusagen handfester Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten ein – Lesen und Schreiben, sachlich treffendes und kommunikativ verständliches Sprechen, grundlegendes Rechnen, Genauigkeit des Beobachtens, handwerklich-technische Grundfertigkeiten, Informationstechniken, usw., zugleich aber Tugenden wie Selbstdisziplin, Konzentrationsfähigkeit, Anstrengungsbereitschaft, Rücksichtnahme usw. Es ist aber entscheidend wichtig, den Stellenwert solcher Momente richtig zu bestimmen: Es handelt sich um instrumentelle Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und um Sekun-

därtugenden, die als solche nichts über ihre begründbare, verantwortbare Verwendung sagen und ebensowohl in den Dienst humaner, demokratischer, friedlicher, mitmenschlicher Ziele und Handlungszusammenhänge gestellt wie zum Konkurrenzkampf, zur Herrschaft über andere Menschen und zu ihrer Ausnutzung, zur Vermehrung von Friedlosigkeit, zur Verhinderung von Aufklärung, Mitbestimmung, Chancengleichheit usw. benutzt werden können. Daher ist es verfehlt, und es könnte verhängnisvolle Folgen haben, wenn man sie zu Voraussetzungen anspruchsvollerer Bildungsziele und -prozesse erklärt und ihnen sachliche und zeitliche Priorität zuspricht, wie das seit der sog. bildungspolitischen Wende – so auch in den Bonner Thesen ‚Mut zur Erziehung‘

(1978) – nicht selten geschieht, einer Wende zum Konservatismus, zur Restauration. Demgegenüber wähle ich bewusst die Formulierung, dass sinnvolles und ertragreiches Lehren und Lernen, Allgemeinbildung im hier vertretenen Sinne solche Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Sekundärtugenden einschließt. Das will besagen: Sie sollten im Zusammenhang mit emanzipatorischen Zielsetzungen, Inhalten und Fähigkeiten erlernt werden, so nämlich, dass sie von den Lernenden als instrumentell notwendig eingesehen werden können, nicht aber losgelöst von begründbaren, humanen und demokratischen Prinzipien.“

Wolfgang Klafki: Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Weinheim 1985, S. 74-75.

Eine katastrophale Bilanz?



Ein Jahr Durchführungsverordnung zum HLbG

Im Sommer 2011 trat die letzte größere Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) in Kraft, die zugehörige Durchsetzungsverordnung (HLbG-DV) löste die Umsetzungsverordnung (HLbG-UVO) ab. Inzwischen bereitet die Landesregierung zur Einführung eines Praxissemesters eine erneute Novel-

lierung vor, die noch vor der Landtagswahl durchgesetzt werden soll (HLZ S. 24).

Kai Sennewald, Ausbilder am Studienseminar für Berufliche Schulen in Frankfurt, zieht seine persönliche vorläufige Bilanz.

Eine erste Bilanz der HLbG-Novellierung und der neuen DV kann nur im Vergleich mit der Umsetzung der vorherigen „Reform“ (UVO) gezogen werden, die unter entscheidender Mitwirkung der GEW erfolgreich bekämpft wurde. In der neuen DV wurden die massivsten Verschlechterungen bei der Arbeitszeit der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) und der Berechnung der Staatsexamensnoten, die Überfrachtung der Module und die Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse gelindert. Entscheidender und nachhaltiger waren aber die Verbesserungen, die in den einzelnen Lehrämtern und durch Seminare umgesetzt wurden. So wurden der fachdidaktische Anteil erhöht, die aus der alten Ausbildungs- und Prüfungsverordnung (APVO) geschätzte Kontinuität der Ausbildung mindestens teilweise wiederhergestellt und der Anteil von Unterrichtsbesuchen in nicht bewerteten Modulen erhöht.

Insofern kann eine Bilanz der Umsetzung der DV nur sehr differenziert für die Lehrämter und teilweise nur seminarspezifisch gezogen werden. Aus Sicht der Studienseminare für berufliche Schulen lässt sich m.E. folgendes konstatieren:

- Im Vergleich zum Einführungssemester der UVO wurde die **Einführungsphase** durch die Verlegung des Einstellungstermins auf den 1.5. und 1.11. um drei Monate verkürzt. Die GEW verband mit dieser Verkürzung die Erwartung, die Reduktion des eigenverantwortlichen Unterrichts der LiV und vor allem eine Anrechnung für die Mentorentätigkeit zu „finanzieren“. Diese Erwartung hat sich überraschenderweise (?) nicht erfüllt. Es bleibt als Ergebnis eine sehr hektische Einführungsphase in den Seminaren und – vor allem im Sommersemester – eine viel zu kurze Zeit für eigene Unterrichtsversuche und Mentorensuche. Die im Mai 2012 eingestellten LiV machten

in den rund 20 (!) Tagen, die sie bis zu den Sommerferien an den Schulen waren, die leidvolle Erfahrung, dass Klassen nach der schulischen Prüfung nicht mehr anwesend sind, dass noch Klassenarbeiten geschrieben und Noten besprochen werden müssen. Die Mentorensuche wurde zum Lotteriespiel.

- Im **ersten Hauptsemester** sind 16 Unterrichtsbesuche innerhalb der acht bewerteten Module zu leisten, im Rahmen der UVO waren es mindestens 12. Diese Erhöhung ist für die LiV – vor allem nachdem sie in der kurzen Einführungsphase kaum Gelegenheit hatten, Unterrichtsversuche durchzuführen – eine erhebliche Belastung. Sie führt vor allem in den kurzen Sommersemestern zusätzlich zu erheblichen Terminproblemen.

- Im **zweiten Hauptsemester** ist neben den dort anstehenden sechs Unterrichtsbesuchen die Pädagogische Facharbeit zu erstellen. Der weit in das Prüfungssemester verlegte Abgabetermin verkürzt den Zeitraum für die Bewertung der Arbeiten erheblich und birgt das Risiko, dass die Prüfungsvorbereitung für die LiV sehr kurz wird.

- Auch noch im **Prüfungsemester** finden zwei Unterrichtsbesuche im Rahmen von bewerteten Modulen statt. Die Sinnhaftigkeit einer weiteren Bewertung im Prüfungssemester erschließt sich nicht. Ob die Erweiterung des Prüfungsausschusses durch eine von der LiV zu wählende „Lehrkraft des Vertrauens“ nur mit beratender Stimme zu einer Verbesserung führt, muss sich noch zeigen. Auf jeden Fall hat sich das Gewicht der am Prüfungstag zu erbringenden Leistungen mit 40% der Gesamtnote im Vergleich zur UVO (30%) deutlich erhöht:

- An den meisten Seminaren werden **seminarspezifische Ausbildungsveranstaltungen** (zu UVO-Zeiten „nicht bewertete Wahlpflichtmodule“) wegen des zeitgleich mit der Einführung der

DV verschlechterten Zuweisungsfaktors und der daraus resultierenden Arbeitsverdichtung der Ausbilderinnen und Ausbilder nicht mehr angeboten. Die zu UVO-Zeiten erfreuliche Vielfalt und Qualität der Angebote wurde erheblich beschnitten oder ganz ausgemerzt.

- Die **Kürzung des Zuweisungsfaktors** hat zu einer erheblichen Reduktion der Ausbildungsaufträge und damit zu einer deutlichen Verschlechterung der Möglichkeiten zur Personalentwicklung an den Seminaren geführt. Gleichzeitig sind die verbliebenen Ausbilderinnen und Ausbilder, auch durch die faktische Erhöhung der Unterrichtszeit an den Schulen, die teilweise an zwei Tagen abgeleistet wird, mit bis zu 40 Unterrichtsbesuchen konfrontiert. Dies erzwingt, dass an manchen Tagen zwei oder gar drei Besuche durchgeführt werden. Eine positive Auswirkung auf die Ausbildungsqualität ist so nicht erreichbar.

- Die um 25% **erhöhte Anrechnung der LiV an der Schule** senkt deren Ausbildungsbereitschaft, verschlechtert die ausbildungsgerechten Einsatzmöglichkeiten der LiV und die Möglichkeit der „Doppelsteckung“ mit Mentorin oder Mentor sowie die Einstellungsmöglichkeiten nach der Prüfung.

All diese Maßnahmen führen zu erheblichen Einsparungen im Haushalt des Landes Hessen, nicht aber zu einer Verbesserung der Ausbildungsqualität. Insgesamt wird die Ausbildung nach meinem Eindruck kürzer, schlechter und billiger! Wie sich dies mit der Einschätzung verträgt, die hessische GEW dürfe „mit dem Ergebnis zufrieden sein, weil etwa 90% ihrer (...) Forderungen Rechtskraft erlangt“ hätten (LiV-Spektrum 2012, S. 32), mögen die Leserinnen und Leser selber beurteilen. Kai Sennewald, Ausbilder am Studienseminar für Berufliche Schulen in Frankfurt



„Sparmodell“ Praxissemester

CDU und FDP legen Gesetzentwurf vor

Noch kurz vor Ende der Legislaturperiode haben die Fraktionen von CDU und FDP einen Entwurf zur Änderung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) in den Landtag eingebracht. Damit wollen sie die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung einlösen, die Lehrerausbildung durch ein Praxissemester praxistauglicher zu gestalten. Danach sollen vier hessische Hochschulen Regelungen zur Erprobung eines Praxissemesters vorlegen, die im Wintersemester 2014/2015 in Kraft treten sollen:

- die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt für das Studium für das Lehramt an Gymnasien
- die Justus Liebig-Universität Gießen für das Studium für das Lehramt an Förderschulen
- die Universität Kassel für das Studium für das Lehramt an Haupt- und Realschulen sowie
- die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt für das Lehramt an Gymnasien im Fach Musik

Dieses Praxissemester soll an diesen Hochschulen die bisherigen Praxisphasen ersetzen:

„Das Praxissemester beginnt frühestens nach dem Ende der Vorlesungszeit des zweiten Fachsemesters und endet spätestens am letzten Vorlesungstag des vierten Fachsemesters.“

Die Erprobung soll unter Einbeziehung der Lehrkräfte, die die Studierenden in der Schule betreuen, wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden.

Curriculare Kritik

Der Entwurf enthält keinerlei Aussagen zu Rahmenbedingungen, Finanzierung, personeller Ausstattung der Praktikumsbetreuung an den Universitäten, Organisation an den Schulen oder Einbeziehung der Studienseminare. Er entspricht weder curricular noch strukturell-organisatorisch den Anforderungen für die Entwicklung von Professionalität im Lehrerberuf.

Das Praxissemester ersetzt die bisherigen sequenziell und curricular aufeinander aufbauenden Praxisphasen

(Orientierungspraktikum, Betriebspraktikum, schulpraktische Studien), die je nach Ausbildungsstand einen spezifischen Beitrag zur Entwicklung von Lehrerprofessionalität leisten. Es bedeutet daher einen Rückschritt im Vergleich zu den bisherigen Praxisphasen.

Der Gesetzentwurf vermengt das Ziel der Eignungsüberprüfung mit dem der Erweiterung und Vertiefung von Praxiserfahrung. Eine Ausrichtung am Konzept des forschenden Lernens, dem Spezifikum von Praxisphasen im Studium, ist nicht zu erkennen. Erweiterung und Vertiefung von Praxiserfahrung ist dagegen ein Spezifikum des Referendariats.

Der frühe Zeitpunkt des Praxissemesters im Studienverlauf steht im Widerspruch zur Praxis und den Erfahrungen anderer Bundesländer und der Expertisen zu Praxisphasen (1). Es besteht die Gefahr, dass unter dem Handlungsdruck der Praxis Theorieabstinentz entsteht und professionelle Reflexionsfähigkeit geradezu verhindert wird.

Struktur und Organisation

Die Organisation des Praxissemesters ist in einem Flächenland wie Hessen eine organisatorische Herausforderung. Wenn diese Organisation nicht gelingt, besteht die Gefahr, dass die Schulen an den genannten Hochschulstandorten eine enorme Anzahl von Praktikanten zu verkraften haben und der Schulbetrieb empfindlich gestört wird.

Die Praktikantinnen und Praktikanten werden in einem sehr frühen Stadium ihres Studiums an den Schulen unterrichten. Zu diesem Zeitpunkt haben sie weder hinreichend fachliche und fachdidaktische Kompetenz noch professionelle Reflexionsfähigkeit ausgebildet, um den Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden, die zu Versuchsobjekten bildungspolitisch unausgegorener Reformen werden.

Zum Gelingen des Praxissemesters sind institutionelle und personelle Rahmenbedingungen unabdingbar. An den Universitäten sind Dauerstellen zur Sicherung der Kontinuität der Kooperati-

on mit den Schulen notwendig. Mentorinnen und Mentoren an den Schulen müssen qualifiziert werden und Anrechnungsstunden für ihre Ausbildungsarbeit erhalten. Stattdessen sieht Artikel 2 des Gesetzesentwurfs vor, dass „die an der Evaluierung der Erprobung des Praxissemesters beteiligten Lehrkräfte“ die gleiche Zulage erhalten wie die Ausbildungsbeauftragten an Studienseminaren. Diese beträgt lumpige 76,69 Euro. An den hessischen Schulen würde es damit zwei Sorten von Mentorinnen und Mentoren geben: die lächerlich schlecht entschädigten Praktikumsbetreuerinnen und -betreuer und die ohne jede Anrechnung ausbildenden Mentorinnen und Mentoren der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV). Wie unter diesen Umständen die Ausbildungsbereitschaft an hessischen Schulen gefördert werden soll, bleibt schleierhaft.

Dieses Sparmodell steht in eklatantem Widerspruch zur Finanzierung des Praxissemesters in anderen Bundesländern. Dort erhalten Mentorinnen und Mentoren Anrechnungsstunden und Fortbildung von Seiten der Universitäten und Studienseminare, weil man erkannt hat, dass gute Lehrerausbildung gute Bedingungen braucht.

Scheitern vorprogrammiert

Auch wenn der vorliegende Entwurf zur Veränderung des Lehrerbildungsgesetzes „nur“ die genannten Hochschulen und Studiengänge betrifft und ausdrücklich auf „Erprobung“ des Praxissemesters gerichtet ist, so ist doch ein Scheitern des Vorhabens auf Kosten der Studierenden, der betreuenden Lehrkräfte an den Schulen sowie der Schülerinnen und Schüler vorprogrammiert. Die Regierungskoalition tut der Lehrerausbildung in Hessen mit diesem unausgegorenen, übereilt verfassten Gesetzesentwurf keinen guten Dienst.

Franziska Conrad, Referat Aus- und Fortbildung im GEW-Landesvorstand

(1) Weyland, Ulrike, Wittmann, Eveline: Expertise. Praxissemester im Rahmen der Lehrerbildung. Berlin: DIPF 2010.

Ein ziemlicher Murks



Schlagabtausch zum Praxissemester

Heftiger Schlagabtausch zum Praxissemester im hessischen Landtag am 30. Januar. Zum dritten Mal soll das curricular, strukturell und rechtlich verkorkste Hessische Lehrerbildungsgesetz (HLbG), eine Hinterlassenschaft von Ex-Kultusministerin *Karin Wolff* (CDU), überarbeitet werden. Bereits ihre Nachfolgerin *Dorothea Henzler* (FDP) musste die schlimmsten Auswüchse im Referendariat, wie die alle rechtlichen Vorgaben sprengenden Arbeitszeiten für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, beseitigen – auch aufgrund hartnäckigen Insistierens der GEW Hessen mit einem eigenständigen Organisationsmodell. Der jüngste Gesetzentwurf zielt auf das Lehramtsstudium. Bundesweit ist unbestritten, dass diese Lehrerausbildung insgesamt nur noch begrenzt geeignet ist, junge Menschen auf ihre Aufgaben in unserer künftigen Gesellschaft vorzubereiten und auf die veränderten Ziele einer zunehmend selbstständig handelnden Schule einzugehen. Neben vielen erheblichen Mängeln, beispielsweise die weitgehende Abschottung von erster und zweiter Phase voneinander, springt der insgesamt fehlende Praxisbezug während des Studiums geradezu ins Auge. Daher wollen (fast) alle irgendwie ein Praxissemester beziehungsweise vergleichbare kürzere oder längere schul- und unterrichtspraktische Ausbildungsanteile. Grundsätzlich. Sobald es aber konkret wird, scheiden sich die Geister erheblich.

Probetrieb ab 2014/15

Die Fraktionen von CDU und FDP haben einen Gesetzentwurf eingebracht, um mit einem Praxissemester einen erheblichen Mangel zu beseitigen. Der Entwurf sieht – in Kurzform – vor, dass mit einem „Probetrieb“ (Die Grünen) zum Wintersemester 2014/15 in einem Modellversuch an drei Universitäten und nur in ausgewählten Lehrämtern begonnen werden soll. „Der Berg kreiße und gebe eine Maus“, so die bildungspolitische Sprecherin *Heike Habermann* (SPD) zu diesem blut- und inhaltsleeren Rumpf- und Schrumpfwurf, der Aussagen zu

allen relevanten Rahmenbedingungen vermeidet: zu Finanzierungskosten, zur Rolle der Studienseminare, zum Status der Praxis-Betreuer an den Universitäten oder zur Organisation an den Schulen. Die bildungspolitische Sprecherin *Barbara Cárdenas* (Die Linke) befürchtet, „dass die nicht mehr tragbare Belastung der Mentorinnen und Mentoren durch ein solches Praxissemester die Grenzen des Leistbaren sprengt“. Für diese Belastung soll es ein monetäres Äquivalent geben. Wie die Ausbildungsbeauftragten an den Studienseminaren sollen die am Praxissemester beteiligten Lehrkräfte eine monatliche Zulage in Höhe von 76,69 Euro erhalten. So erfreulich dies im Einzelfall sein mag, ist dies in keiner Weise nachzuvollziehen. Denn bei der gerade vollbrachten Reform des pädagogischen Vorbereitungsdienstes lehnte die CDU-Landtagsfraktion – und namentlich der damals noch als ihr bildungspolitischer Sprecher agierende *Hans-Jürgen Irmer* – eine Mentorentlastung in Form von einer Anrechnungsstunde aus finanziellen Gründen kategorisch ab. Dieses zweierlei Maß ist ein totaler Widerspruch.

Mario Döweling möchte als bildungspolitischer Sprecher der FDP, dass den Studierenden die Möglichkeit gegeben wird, „durch eine kriteriengeleitete Selbstreflexion zu überprüfen, ob sie für die Ausübung des Lehrberufs geeignet sind“. Irmer geht es um mehr als das Praxissemester. Sein Gegner ist die SPD. Sie will die Lehrerausbildung prinzipiell ändern und steuert längerfristig die Einphasigkeit mit integrierem Praxisbezug und Berufseingangsphase an. Nach meiner Meinung ist das SPD-Konzept noch zu unpräzise, widersprüchlich, nicht überzeugend und so nicht zu vermitteln. Praxissemester, Referendariat und Berufseingangsphase sind kaum zu finanzieren und zu organisieren. Das passt nicht: entweder Praxissemester und Berufseinführungsphase oder Status quo.

Immers Presseerklärung am Tag des Schlagabtausches orientiert sich dagegen an den ideologischen Grundsatzfragen der 1970er und 1980er Jahren: „Den abstrusen Forderungen des Linksblocks nach einem Einheitslehrer für alle

Schulformen und der Abschaffung des Referendariats und der Fachlehrer setzen wir als CDU-Fraktion mit dem Praxissemester eine Optimierung unserer praxisnahen und passgenau an den Bedürfnissen der Lehramtsstudenten orientierten Lehrerbildung entgegen. (...) Nicht einmal vor den unterschiedlichen Anforderungen einzelner Fachwissenschaften machen die Steinzeit-Ideologen um Schäfer-Gümbel halt. Es soll (...) lediglich noch einen Einheitslehrer für alle Schülerinnen und Schüler (geben) – gegenüber diesem ideologischen Fundamentalismus der SPD mutet die Bildungspolitik von Margot Hoenecker beinahe noch fortschrittlich an.“

Irmer dekvriert sich reflexartig mit nicht mehr zu verhüllender „Kalter Kriegsbildungsideologie“. Rollen wirklich demnächst Panzer der NVA, der Nationalen Volksarmee der Ex-DDR, unterstützt von Einheiten der Roten Armee der Ex-UdSSR, in die hessische Landeshauptstadt ein? Hessisches Absurdistan im Jahre 2013!

Übrigens: Der ehemalige Kultusminister *Hartmut Holzapfel* (SPD) scheiterte 1998/99 auch am Widerstand der GEW mit dem Versuch, in Hessen ein Praxissemester einzuführen. Holzapfels Modell war immerhin diskussions- und kritikwürdig. Was jetzt CDU und FDP mit ihrem Praxissemester vorgelegt haben, ist nur ein ziemlicher Murks.

Joachim Euler

Protest gegen LiV-Anrechnung

Die Vollversammlung der Ausbilderinnen und Ausbilder am Studienseminar für berufliche Schulen in Frankfurt fordert die Rücknahme des Faktors, mit dem Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) den Schulen angerechnet werden. Die Erhöhung von 6,4 auf 8,0 Stunden führe „rein rechnerisch zu einer besseren Versorgung der Schulen, ohne dass sich die reale Zuweisung auch nur um eine Stunde verbessert“. Sie erschwere die Doppelbesetzung von LiV und Mentoren und beeinträchtige die Qualität der Ausbildung und die Bereitschaft der Schulen, auszubilden.

Das Amt ist tot. Es lebe ...

Jahresende 2012. Das Amt für Lehrerausbildung (AfL) hat aufgehört zu existieren. Es wurde aufgrund des – sprachlich kabarettreife – Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetzes (SchVwOrgRG) in das neue Landesschulamts (LSA) eingegliedert (HLZ 12/2012) und teilt damit das Schicksal des Instituts für Qualitätsentwicklung (IQ). Politisch einzigartig dürfte sein, dass das LSA, ein neues „Superamt“, grundsätzlich keine neuen, anderen Aufgaben und Ziele als AfL, IfQ und die Staatlichen Schulämter zu erfüllen hat. Die 15 Staatlichen Schulämter werden zu Dienststellen degradiert, über ihnen thront ab Jahresbeginn 2013 das LSA mit Hauptsitz in Wiesbaden.

Die GEW kritisierte die Einrichtung dieser neuen Superbehörde umfassend (HLZ 6 und 7-8/2012). Der neue LSA-Präsident wird nach B 6 mit rund 8.000 Euro brutto besoldet, finanziert mit der ersatzlosen Streichung einer gleich dotierten Abteilungsleiterstelle im Hessischen Kultusministerium (HKM).

Gelungen – misslungen

Bevor näher auf die Gründe des Misslingens des AfL eingegangen wird, muss seriöserweise festgehalten werden, dass dort auch gute Arbeit geleistet wurde. Maßstab für die GEW ist stets der Umfang an Unzufriedenheit und (fachlicher) Kritik gewesen, mit der sie konfrontiert und wie damit (dienst-) rechtlich umgegangen wurde. Recht wenig Kritik gab es im Bereich der 1. Phase der Lehrerausbildung, ebenso im Bereich der Einstellung in den Lehrervorbereitungsdienst. Die (dienst-) rechtliche Behandlung von Personalproblemen bei den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV), Ausbilderinnen und Ausbildern kann im Wesentlichen als korrekt und zufriedenstellend beurteilt werden. In allen anderen Tätigkeitsbereichen war die Arbeit jedoch lediglich aus Sicht der Dienststelle gut. Objektiv ist das AfL auch daran gescheitert, dass es die ihm durch das HKM übertragenen zusätzlichen Aufgaben nicht anforderungsgemäß erfüllen konnte. Dazu trug auch seine Unterfinanzierung bei. Nicht minder bedeutsam sind die „hausgemachten“ Fehler

Mit dem Gesetz zur Errichtung des Amtes für Lehrerausbildung vom 2. April 2001 wurde der Prozess zur Stabilisierung der 2. Phase abgeschlossen. Bis dahin lag die unmittelbare Aufsicht über die Studienseminare bei den drei Regierungspräsidien (RP). Im Wesentlichen arbeiteten die Studienseminare eigenständig. Der Zusammenhalt in den drei Lehramtsbereichen wurde auf Dienstversammlungen der RP erstellt, etwa dreimal jährlich. Einmal im Jahr, in der Adventszeit, beglückte zudem das HKM auf einer Dienstversammlung die Leiterinnen und Leiter mit Zeigefinger und Bottschaften. Dann herrschte wieder Ruhe.

Die neue rot-grüne Landesregierung löste in den 1990er Jahren die Schulabteilungen bei den Regierungspräsidien auf, übertrug deren Aufgaben auf die Staatlichen Schulämter. Wer sollte fortan die Fach- und Dienstaufsicht über die Studienseminare ausüben? Man entschied sich für fünf Staatliche Schulämter, bei denen Studienseminare aller Lehrämter zwecks lehramtsübergreifender inhaltlicher Kooperation regional gebündelt wurden. Diese Organisationsreform führte weder zu einer Stärkung der Studienseminare und ihrer Arbeit noch zu einer stärkeren Position der „De-Luxe-Ämter“. Im Gegenteil: Infolge der eher intransparenten Struktur gab es kaum noch Interesse der Schulen am Verwaltungshandeln dieser Ämter.

Eine weitere Organisationsreform folgte. Ziemlich parallel zur Auflösung des Hessischen Instituts für Lehrerfortbildung (HILF) und seiner Neugründung als Hessisches Landesinstitut für Pädagogik (HeLP) mit erweiterten Zielen und Aufgaben wurde das Amt für Lehrerausbildung (AfLA) mit vier Abteilungen mit dem Schwerpunkt 2. Phase errichtet. In der GEW gab es eine durchaus beachtenswerte Skepsis gegenüber diesem AfLA, weniger aus inhaltlichen Gründen, sondern aus Erfahrungen mit Zentralbehörden. Rund eine Dekade später erwies sich diese Skepsis als zutreffend. War das Amt für Lehrerausbildung (AfLA) zu Beginn noch eine Einrichtung mit überschaubaren Regelungen und spärlichem Hineinwirken in die Studienseminare, expandierte mit seiner Aufgabenerweiterung (Eingliederung und Ausweitung von Lehrerfort-

und -weiterbildung) zu einem Amt für Lehrerbildung (AfL) die Bürokratisierung mit all den sattsam bekannten negativen Auswüchsen. Eine Verfügung folgte der anderen, selten formal, sprachlich und rechtlich fehlerfrei. Zu Beginn wurde sogar die Beteiligung nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz übergangen. Formblätter wurden „am laufenden Meter“ durch scheinbar bessere ersetzt. Die überbordenden täglichen E-Mails wurden zunehmend kaum noch gelesen oder „bearbeitet“, oft auch nicht mehr ernst genommen, weil sie mit mehreren vielseitigen Anhängen bestückt waren. Auf den jeweiligen Versammlungen, Ausschusssitzungen, gelegentlich auch Fortbildungsveranstaltungen, machten sich angesichts indiskutabler PowerPointPräsentationen und inhaltlicher Diskussionen, die Bildung nur noch entfernt tangierten, allmählich Überdross, Verdruss und Ärger breit. Auch ging es um die eigene Gesundheit: Sitzung abgesessen, Schmerzen im Kreuz. Ärger gab es bei den Studienseminaren, wenn zunehmend und verstärkt in die eigene Personalentwicklung hineinregiert wurde, und in den Schulen, wenn das AfL „das Sagen in der Lehrerausbildung“ beanspruchte.

All dies hat das AfL erst zur Kenntnis genommen, als es fast schon zu spät war. In einer repräsentativen Befragung des Deutschen Instituts für Pädagogische Forschung (DIPF) bewerteten Studienseminare und Ausbildungsschulen dessen Arbeit ernüchternd schlecht, gerade noch ausreichend (HLZ 4/2009). So wundert kaum, dass sich kein Studienseminar, keine Ausbildungsschule, kein Mensch für die Beibehaltung des AfL einsetzte, als Mitte 2012 seine Abwicklung politisch beschlossen wurde.

Der Personalentwicklung von Führungskräften in der Bildungsverwaltung maß das AfL große Bedeutung zu. Gegen die Qualifizierungsprogramme für Leiterinnen und Leiter von Studienseminaren, für Fach- bzw. Ausbildungsleiterinnen und -leiter lässt sich formal-strukturell, auch inhaltlich grundsätzlich wenig einwenden. Die Problematik lag auf der Ebene der Verfahren. Für die Leiter-Qualifizierungsmaßnahmen wurden mögliche Aspiranten angesprochen, die sich in der Regel

dann auch bewarben. Bekundete eine weitere Person Interesse, die bis dahin nicht im Fokus des AfL stand, wurden „geringe Erfolgsaussichten“ signalisiert. Eine tatsächliche Chance hatten diese Menschen nie. Dies konnte in allen Fällen unstrittig rekonstruiert werden. Bei der Bestallung der hauptamtlichen Ausbilderinnen und Ausbilder wurde ähnlich verfahren. Die erfolgreiche Qualifizierung von Ausbildungsbeauftragten machte es Außenbewerberinnen und Außenbewerbern nahezu unmöglich, auf eine A14- oder A15-Stelle befördert zu werden. Ausgewählt wurde, wer in das System passte. Stimmt den AfL und Leiterin oder Leiter des Studienseminars nicht überein, entschied die AfL-Stimme aufgrund der Zuständigkeitsverordnung. Fazit: Das Personalsystem blieb in sich weitestgehend geschlossen, eine fast perfekte Selbstrekrutierung.

Im neuen Landesschulamt wird das AfL zur Ausbildungsbehörde umfirmiert (§ 4 Abs. 2), werden ihre Aufgaben durch zentrale Einrichtungen oder regionale Niederlassungen wahrgenommen. Diese regionalen Niederlassungen, so die Legaldefinition im Gesetz, sind die Studienseminare. Dies ist ein erheblicher, zumindest sprachlicher Bedeutungsverlust für sie. In welchem Umfang sie künftig vollständig, teilweise oder gar nicht mehr rechtlich selbstständig sind, dürfte eine brisante Frage nach den nächsten Landtagswahlen werden.

Publikationen und Sprache

Neben der Personalentwicklung war die Informationspolitik der zweite Hebel, um die Bildungspolitik zu beeinflussen. Bis 2008 war die Informationspolitik eine Katastrophe. Von 2002 bis 2004 wurden die Amt für Lehrerbildung-News herausgegeben, schwarz-weiß, geheftet oder gefaltet, mit geradezu unsäglich vielen Fotos der AfL-Leitungskräfte in schlechter Fotokopierqualität und einem abenteuerlichen Pseudo-Logo. Ab 2005 bis 2007 erschienen die AfL-News im Vierfarbendruck mit wechselnden Logos und häufig nichtssagenden Fotos von Fachtagungen und Ereignissen mit begrenztem Erkenntniswert. Die Beiträge waren ausschließlich deskriptiv.

Seit 2008 erscheint die Vierteljahreszeitschrift BILDUNG BEWEGT als mediales Print-Aushängeschild des AfL, medientechnisch im positiven Sinne professionell gestaltet. Texte und Ge-



sprache sind qualitativ anspruchsvoll und in neuester Zeit auch kritisch. Dies war lange Zeit nicht der Fall. Als beispielsweise im Jahre 2009 ein kritischer Beitrag eines Studienseminars gegen die technokratischen und vom AfL bevorzugten Bewertungsraster in der Lehrerbildung zur Veröffentlichung eingereicht wurde, stieß das Ansinnen mit der Begründung auf Ablehnung, Kritik an den Vorstellungen des AfL würde nicht abgedruckt. Ende Gelände.

Nicht nur in diesen Publikationen war die Sprache vom technologisch und ökonomisch geprägten Neusprech überflutet, der – selbstverschuldet – Zug um Zug die pädagogischen Anliegen, Gedanken und Ziele in den Hintergrund drängte. Dies kann durchaus als sprachlicher Angriff auf die Identität als Lehrkraft gewertet werden.

Substantive wurden durchgängig mit den Attributen innovativ, kreativ, professionell, ganzheitlich begleitet und sinnentleert. „Glanzleistungen“ waren dann Begriffsschöpfungen und Satzkonstruktionen wie Aufsteller (für Wandtafel), Design (für Veranstaltungsablauf), Vernissage der Ergebnisse, ressourcenorientierte Beratung auf systemisch-lösungsorientierter Basis, Vermittlung lernstilorientierter Strategien, mentorieren (als Mentor tätig sein), erhoffte harmonische Zusammenklänge der Teilbefähigungen komponieren (für Unterrichtsplanung). Konnte das AfL auf Dauer so noch ernst genommen werden?

Die Überflutung der Studienseminare mit Papieren des AfL nahm orgiastische Züge an. Allein 680 Seiten Modulbeschreibungen, wofür das Amt zuständig war, fast 40 Seiten Formblätter für die 2. Staatsprüfungen, wo zuvor weniger als 15 erforderlich waren, von den Studienseminaren halbjährlich angeforderte Arbeitsplanungen, die etwa 50 Seiten umfassten und

vom Amt kaum noch (angemessen) begutachtet wurden – all dies eine Spitze mehrerer bürokratischer Eisberge...

Demokratiedefizite

„Critical friends“ – unbekannt oder ein Tabu für das AfL – wurden eher als lästige, störende Geister wahrgenommen. Möglicherweise lässt sich dies darauf zurückführen, dass zunehmend Nicht-Pädagogen die Arbeit im Amt bestimmten, Verwaltungs- und Medienfachleute, IT-Experten, Betriebswirtschaftler, Controller. Angesichts zahlreicher Verschlechterungen in der 2. Phase wählten Studienseminare zwei Wege, um Kritik und Protest kundzutun, den Dienstweg und den politischen mit Schreiben an Parteien und Ministerin. Prompt wurden sie „in den Senkel gestellt“, sie mögen den Dienstweg einhalten. Disziplinar- und arbeitsrechtliche Konsequenzen wurden angedroht (HLZ 10-11/2009). Der GEW-Protest führte zur Rücknahme dieser „AfL-Maulkorb-Verfügung“. Heftig waren auch die Proteste zur „Unterrichtsgarantie plus“. Ministerin Wolff wollte mittels Handreichungen durchsetzen, dass LiV prinzipiell, also nicht nur im Ausnahmefall, Vertretungsunterricht ableisten sollten. Dagegen wandten sich moderat mehrere Studienseminare, sehr kritisch eine Leiterin und vier Leiter, darunter drei GEW-Mitglieder. Das AfL leitete deswegen gegen sie Disziplinarverfahren ein. Ein Leiter zeigte sich als „uneinsichtiger Beamter“ und legte Widerspruch ein. Die Disziplinarkammer gab ihm abschließend in allen Punkten recht. Die inhaltliche Kritik auch in der Form sei durch die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit gedeckt (HLZ 10/2008).

Wird die neue Ausbildungsbehörde wieder daran anknüpfen? Dann könnte man sagen: Es lebe das (neue) Amt.

Joachim Euler



Bildung und Ökonomie

Schulen in freier Trägerschaft gegen Outputsteuerung

Insgesamt stehen wir in unserer Gesellschaft vor enormen Zukunftsaufgaben. Unsere menschlichen und materiellen Ressourcen sind begrenzt, und die Frage ist, wie wir vor diesem Hintergrund die Aufgaben bewältigen können.

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben führte bei Post und Bahn zwar zur Entlastung öffentlicher Haushalte, aber auch zu verschlechterten Dienstleistungen und Lohnsenkungen für die Beschäftigten. Die (Spät-)Folgen einer zunehmenden Privatisierung des Bildungsbereichs bleiben zwar abzuwarten. Die *Private Public Partnerships* kommunaler Schulträger und das Projekt „Selbstständige Schule“ werfen jedoch Fragen auf. Denn die zunehmende Ökonomisierung des Bildungswesens, wie sie sich in der Implementierung von Management, Wettbewerbselementen und Output-Orientierung zeigt, führt de facto zu einer schleichenden Aushöhlung des Bildungsbegriffs. Wenn sich die Gestaltungsfreiheit im Projekt „Selbstständige Schule“ auf die Beschaffung zusätzlicher Mittel, die Mobilisierung von Eltern und Ehrenamtlichen sowie zunehmende „Qualitäts“-Kontrollen und steigenden Konkurrenzdruck beschränkt, stellt sich die Frage, welchen Interessen diese „Selbstständigkeit“ dienen soll. Im Interesse einer guten Bildung aller Kinder und Jugendlichen sind sie sicher nicht. Denn: Gute Pädagogik und Innovation entfalten sich nur, wenn alle Beteiligten nicht gegängelt, geregelt und kon-

trolliert werden, sondern einen freien Gestaltungsraum sowie und vor allem die erforderlichen materiellen Ressourcen für gute, qualitativ hochwertige Arbeit erhalten.

Schulen in freier Trägerschaft profitieren von dieser Freiheit und ihrer mobilisierenden Kraft, falls die finanziellen Belastungen nicht zu hoch sind und diesen Prozess behindern. Die Erfahrungen der Freien Waldorfschulen bestätigen das: In mehr als tausend Waldorfschulen in über fünfzig Ländern wird nach einem gemeinsamen Lehrplan unterrichtet, dieser wird jedoch höchst unterschiedlich konkretisiert. Obwohl Waldorfschulen in Favelas, Townships und Slums völlig andere Arbeitsbedingungen haben als die in Diplomatenvierteln und jede Freie Waldorfschule autonom ist, haben diese Schulen eine ausreichende Einheitlichkeit bewahren können. Das zeigt, dass bei größerer „Selbstständigkeit“, die vor allem pädagogische Selbstständigkeit bedeuten muss, nicht etwa mehr zentrale (und immer mehr auch pädagogische) Steuerung erforderlich ist, sondern mehr Vertrauen in Schüler, Pädagogen und Eltern.

Vertrauen statt Gängelung

Die aktuellen Konzepte in Hessen laufen jedoch auf das Gegenteil von pädagogischer Freiheit und Vertrauen hinaus. Die aus der Wirtschaft stammende Überlegung, bei freier Gestaltung der Produktion durch die Endkontrolle eine einheitliche Qualität zu gewährleisten, ist für den Bildungsprozess unsinnig. Lernstandserhebungen, Vergleichsarbeiten und zentrale, „output“-orientierte Prüfungsverfahren sind, wo es um Lernen und Persönlichkeitsentwicklung geht, vollends kontraproduktiv.

Wie jüngst eine Untersuchung der Bildungsforscher *Maag Merki* (Zürich) und *Eckhard Klieme* (DIPF) am Beispiel von Bremen und Hessen zeigte, hat sich die Unterrichtsqualität durch die Einführung des Zentralabiturs nicht verbessert. Für die Gleichwertigkeit der Abituraufgaben war der Selbstregulie-

rungsprozess durch die Beteiligten auf Schulumtsebene über Jahrzehnte erfolgreich. Die Motivation der Kollegen und Schüler durch die lerngruppenbezogenen Aufgabenstellungen sowie deren Leistungsanforderungen waren höher als durch die jetzige Nivellierung auf Landesdurchschnittsniveau. Der Eingriff in die fachliche Kompetenz und die Entscheidungsfreiheit der Kollegen durch Vorgabe von Lektürekannons und die Vorbereitung von Prüfungsthemen beschränkt eine aktuelle, flexible Themenwahl und vor allem die Motivation. Eine Entwicklung hin zu mehr pädagogischen Freiräumen und Innovationen wird auf diese Weise nicht nur für die Freien Waldorfschulen indirekt beschnitten. Solche Freiräume sind zunehmend in Gefahr.

Ein Schulsystem, das Leistungserwartungen mit Noten und Versetzungsängsten verknüpft, ist nicht geeignet, Bildungsreserven zu mobilisieren. Wenn wir einem Menschen helfen wollen, seine Potenziale optimal zu entwickeln, müssen wir die Verschiedenheit der Individuen nicht nur respektieren, sondern diese auch als Chance für die Zukunft betrachten. Ein wirklich individueller Bildungsprozess muss daher zwingend ergebnisoffen sein.

Bezeichnend ist übrigens, dass die Erfahrungen der Schulen in freier Trägerschaft bei der Gestaltung der so genannten „Selbstständigen Schule“ in Hessen durch das Kultusministerium nie gefragt gewesen sind. Freie Waldorfschulen verstehen sich wie viele andere freie Schulen eben nicht als outgesourcte, „privatisierte“ Schulen (auch wenn sie den Staat weniger kosten), sondern setzen auf die freie Gestaltungskraft des Individuums, das sich zum Wohl der *Gemeinschaft* und nicht nur zum Wohle der späteren „Abnehmer“ seiner Arbeitskraft oder etwa des eigenen engagierte.

Norbert Handwerk

Der Autor ist Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen Hessen e.V., Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft freier Schulen in Hessen sowie Vorstandsmitglied des Ganztagschulverbands Hessen.



Foto: Klaus Petri

Neues aus dem Amt

Das Landesschulamt hat mit der Arbeit begonnen

„Kennst Du ‚K2r‘?“, fragt mich neulich die Kollegin. Rückfrage: „Was soll das sein?“ Sie klärt mich auf. Das ist das Waschmittel, das den Gilb entfernt. Im Internet gibt es dazu jede Menge Werbung und Tipps. Richtig vergilbte Wäsche würde aber nicht mehr weiß werden! Was das mit meiner Arbeit im neuen Landesschulamt zu tun hat, will ich wissen. Erneute Aufklärung:

„Drei der vier Abteilungsleiter gehören doch der ‚Fast Drei Prozent-Partei‘ an. Und zwei weitere Männer, der amtierende Präsident und sein Vertreter, sind auch FDP-Mitglieder, wenn auch zurzeit nur ‚m. d. W. d. G. b.‘ – mit der Wahrnehmung der Geschäfte betraut, also kommissarisch, somit fünf von sechs Spitzenkräften in gelber Hand. Das ist Spitze, sogar erfolgreicher als die SED in ihren DDR-Hochzeiten. Der Präsidenten-Job, fürstlich nach B 6 bezahlt, muss jetzt aber bundesweit ausgeschrieben werden. Die Hauruck-Besetzung mit einem FDPler zu Jahresbeginn scheiterte wegen schwerwiegender rechtlicher Bedenken.“

Im Verlauf des Gesprächs streiten wir über die Abkürzung für das neue Amt. Ich finde LSA für die neue Behörde Landesschulamt grundfalsch. „Stimmt“, meint die Kollegin, „das neue Amt heißt ja Landesschulamt und Lehrkräfteakademie, die Abkürzung müsste richtigerweise LSA+LKA sein.“ Geht doch nicht, LKA ist schon vergeben für Landeskriminalamt. Nur LVS sei richtig, ergänze ich. Jetzt blickt die Kollegin nicht mehr durch, und ich kläre auf: „LVS steht für Landesversorgungsamt“. „Landesversorgungsamt?“ Zweifel in der Frage. „Ja, natürlich, ein LVS für die FDP. Und Dein ‚K2r‘ nützt dann auch nichts, weil der Gilb nie ganz rausgeht.“

Unser Frühstücksgespräch geht weiter. Die Zeiten sind aufregend, wo kommt wer hin. Aufstieg oder Karriereknick? Die „m. d. W. d. G. b.-Führung“ beruhigt. Alles wird weiterlaufen wie bisher. Das ist nicht schlecht. Wozu dann aber diese neue Superbehörde? Stellen sollen doch eingespart werden. Im Augenblick aber sind davon nur ein paar Abordnungen betroffen, die nicht mehr verlängert würden. Vielleicht werden auch ein paar hohe Funktionsstellen im alten AfL, dem

Amt für Lehrerbildung, künftig geringer besoldet. Die drei ehemaligen Abteilungsleiter für die Studienseminare, Leitende Direktorinnen und Direktoren im AfL, werden künftig „downgraded“. Aus Abteilungsleitern werden Sachgebietsleiter wie in den Industriebetrieben. Fahrstuhl nach unten, von A 16 nach A 15. Unverkennbar ein durchaus wohlwollendes Schmunzeln auf der Gegenseite. Bei uns im Schulamt bleibt eigentlich alles beim Alten.

„So richtig selbstständig sind wir aber nicht mehr, nur noch Dienstsitz. Die Arbeit läuft weiter, wie bisher. Unsere Personalratsvorsitzende kann uns auch nicht sagen, was unser alter Chef Neues weiß. Der meint, auch er wisse nicht, was die neue Abteilungsleiterin für die Schulaufsicht im LSA, also die Oberchefin, nicht der oberste Chef, das ist ja der LSA-Präsident, zukünftig zu tun hat.“

Übrigens ist diese Frau kein Mitglied der FDP.

Da hätten es die Leiterinnen und Chefs der Studienseminare aber viel einfacher, wende ich ein und fahre fort: *„Die müssen viel von ihren Führungsaufgaben abgeben, direkt nach oben. So eine Arbeitsverringerung, die hätte ich auch einmal gerne. Ungeschoren kommen sie trotzdem nicht davon. Die Studienseminare werden jetzt Niederlassungen, ähnlich wie Filialen. In der letzten Kaffeerunde waren ein paar Leute von uns richtig kreativ wegen der neuen Bezeichnungen.“*

In einem Rundschreiben des LSA wurde deshalb ausführlich erläutert, wie die „inhaltliche Textgestaltung im Landesschulamt und Lehrkräfteakademie“ zu erfolgen habe. Denkbar ist nach der neuen Schreibempfehlung, dass Texte zum Beispiel so formuliert werden:

„Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben teile ich Ihnen als Leiter des Landesschulamtes und der Lehrkräfteakademie, Studienseminar für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen in Oberursel (im Folgenden: Landesschulamt) mit, dass ...“

Besagte kreative Sprachkaffeerunde hat sodann für die Zweigstellen Studienseminare prägnante Kurzbezeichnungen entwickelt: für die Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen PENNY, für die gymnasialen REWE und für die beruflichen ALDI, ersatzweise OBI. Un-

klar sei noch, ob der Personalrat einen Initiativantrag stellen soll. Intern rede man ohnehin nur noch von PENNY, REWE oder ALDI, alternativ OBI. ALDI oder OBI soll anschließend in der Projektgruppe 08/15 entschieden werden.

Die Kollegin meint daraufhin relativ kritisch, das sei zwar lustig, doch ziemlich albern. Nach dem Modulchaos würden die Seminare doch eh nicht mehr ganz ernst genommen werden. Sie höre schon deren Totenglöckchen läuten. Da habe ich sie aber wirklich beruhigen können: „Liebe Kollegin, Du weißt doch, Totgeglaubte leben länger. Das gilt nicht nur für die FDP.“

Griechenland und die Eurokrise sind diesmal ausnahmsweise kein Thema gewesen, aber das Geld, und wie man im neuen LSA sparen könnte. Das ist bekanntermaßen auch ein Ziel des neuen Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetzes gewesen.

„Jetzt müssen in allen Niederlassungen des LSA die Außenbeschreibungen geändert werden. Das kostet doch Geld.“

Ich entgegne:

„Peanuts, das wird doch verrechnet mit Kosteneinsparungen anderswo. In diesem Sommer geht nämlich eine weitere Frau in der Kantine des ehemaligen AfL in Frankfurt in Rente. Dann soll die Kantine geschlossen werden. Da werden Euro eingespart.“

Wo die Kantinenbesucher dann hingehen? „Vielleicht zum Hauptbahnhof. Das kurbelt die Wirtschaft an. Ist doch FDP-Programm.“

Tilly Teddy

Auch wenn einige uns gerne abschreiben würden, machen unsere Ideen in Hessen Schule.

Schuljahr erfolgreich gestartet!

www.fdp-fraktion-hessen.de





Im Fadenkreuz

Israelisch-palästinensische Konfrontationen

Pädagogen und Soldaten zielen gleichermaßen auf den Mensch, freilich in fundamental unterschiedlicher Absicht: hier zum Zweck der Entfaltung der gesamten Persönlichkeit, dort der Blick durch das Visier zum Zweck der Vernichtung menschlicher Individualität. Am 15.11.2012 war es nur eine kleine Notiz am Rand der Titelseite der Frankfurter Rundschau. Die gezielte Tötung des Führers des militanten Hamas-Flügels durch israelische Streitkräfte markiert den Beginn militärischer Aktionen im Gazastreifen.

„I can't believe the news today. Oh, I can't close my eyes and make it go away. How long, how long must we sing this song?“ (U2: Sunday, Bloody Sunday. 1983)

Fortlaufender Raketenbeschuss israelischer Grenzorte aus dem Gazastreifen erzwingt eine entsprechende Gewaltreaktion. Zwar ruft die besorgte Weltgemeinschaft sogleich beide Seiten zur Mäßigung auf, doch habe Israel „selbstverständlich das Recht, sich selbst zu verteidigen“, so Außenminister Westerman. (FR, 16.11.12)

Die schrecklichen, machtvollen Bilder, die mehr als tausend Worte sagen, sind es, die unsere Aufmerksamkeit einfordern. Verzweifelt schreiende Mütter und klagende Väter mit ihren verblutenden Kindern in ihren zitternden Armen, diese Dokumente des Grauens gehen uns nicht aus dem Kopf, lassen uns zu Recht nicht ruhen, fordern Parteinahme. Die Erleichterung über eine Waffenruhe nach einwöchigen Gefechten entpuppt sich als trügerischer Schein: „Etwas aufräumen und planen für die nächste Schlacht“, schreibt *Inge Günther* verbittert (FR, 23.11.2012). *Jakob Hessing* schrieb schon am 20.7.2006 in der ZEIT, als ebenfalls Menschen im Gazastreifen starben:

„Die Völkergemeinschaft zeigt sich erschrocken über die Kriegshandlungen im Nahen Osten. Doch Raketen über Israel sind nicht die Ausnahme, sondern gehören seit langem zum Alltag dieses Landes. Wir haben diese Realität nur verdrängt.“

Sari Nusseibeh spricht im Gespräch mit *Carsten Hueck* von der Frustration auf beiden Seiten, bei Juden und Palästinensern:

„Ich glaube, wir müssen noch lange warten, bevor es wieder zu einem Umschwung kommt. Wir spiegeln uns im anderen. Wenn die Israelis durchdrehen, tun wir das auch. Wenn eine Seite vernünftig wird, wird es auch die andere. Es ist eine Synchronbeziehung. Man sollte nicht der Illusion verfallen, dass sich eine Seite irrational, die andere aber rational verhalten kann. (...) Ich weiß nicht, ob ich die Hoffnung oder das Vertrauen habe, aber ich glaube daran, dass die Dinge sich irgendwie lösen werden. Warum? Weil es für Menschen das einzig Logische ist. (...) Was heute in Gaza und in Israel passiert, ist der Beweis dafür, dass man mit Gewalt nichts erreicht.“ (FR, 24./25.11.2012)

*Und wieder ist es Schlafenszeit,
Ein grauer Tag zerrann.
Und morgen legst du Müh und Kleid
Gehorsam wieder an.
Und wenn du manchen Morgen so
Dich in den Tag gefügt,
kaum traurig, aber selten froh,
sagt Gott wohl: Es genügt.*

Richard von Schaukal

Verantwortliche in Politik und Militär wollen uns weismachen, dass es die Sachzwänge erfordern, dass es keine Alternativen gäbe, die Gewaltspiralen in den weltweiten Brandherden zu durchbrechen. Weil die anderen so sind, müsse man so handeln. Während fortlaufend Bilder und Worte nach einem Ende des Kriegswahnsinns schreien, werden diese gleichzeitig als Ursache für weiteres Abschlagen aus Rache missbraucht. Im System der Militärs ist dies die Bildersprache, die jegliche menschliche Regungen im zarten Keim ersticken lässt. Wer sich der Schlachtbank ausgesetzt fühlt, glaubt nur allzu verständlich den trügerischen Verheißungen der Militärs, der fortgesetzten Lebensbedrohung mit Waffengewalt ein endgültiges Ende bereiten zu können. Ein Apparat, der nach Befehl und Gehorsam strukturiert ist, kann nur so funktionieren.

„In the fields of bodies burning, as the war machine keeps turning. Death and hatred to mankind, poisoning their brainwashed minds.“ (Black Sabbath: War Pigs. 1970)

Von uns, die wir uns im sicheren Abstand vor den abscheulichen Abgründen des Krieges wähen, verlangt man dezente Zurückhaltung. Einer müsse schließlich den notwendigen Job machen. Mit welch menschenverachtenden Formulierungen angesichts tausendfachen Leids müssen wir uns zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch immer auseinandersetzen? Es ist eben die Sprache der Militärs, die dem eigenen Denken scheinbar keinen Raum lässt.

„Come you masters of war, you that build all the guns, you that build the death planes, you that build the big bombs, you that hide behind walls, you that hide behind desks, I just want you to know, I can see through your masks.“ (Bob Dylan: Masters of War. 1963)

Hier der Soldat, dort der Pädagoge: Hier der Empfänger von Weisungen, abgerichtet in vernichtender Absicht, verblendet, da der Feind systematisch zur Fratze entstellt ist. Sonst funktioniert das Abschalten der Tötungshemmung nicht. Dort die Person, die Bildung in Gang setzt. Sie eröffnet dem Heranwachsenden Erfahrungsräume zur eigenen Entwicklung, getragen von der Vorstellung einer mündigen Person.

In diesem Subjekt könnte jene menschliche Überzeugung heranreifen, die die immer gleiche Aufteilung der Gattung in Gut und Böse als mörderischen Trugschluss aufzudecken und im Fadenkreuz der scheinbar computerexakten Treffsicherheiten als elende Propaganda zu entlarven vermag.

Diese Individualität der Hoffnung ist allerdings nichts gegen die Wucht der einmal in Gang gesetzten Kriegsmaschinerie. Und doch ist ihre Humanität alles, um deren Ausbrüche mit weltweit Gleichgesinnten zu verhindern, um das Wüten der entfesselten Gewaltpotenziale zu bändigen. Dazu braucht es beherzter Kämpfer, „denn Worte und Mitgefühl sind die besseren Waffen“, so *Nicole Kidman* in dem Film „Die Dolmetscherin“ von *Sydney Pollak* (2005).

Mit dem Song „Russians“ auf seinem Debütalbum erwies sich 1985 der geniale Rocksänger *Sting* als Unbeirrbarer, dessen Visionen das Undenkbare antizipierten:

„We share the same biology. Regardless of ideology. Believe me when I say to you: I hope the Russians love their children too.“

Es ist die Freiheit der Kunst, die in Gestalt des Literaten, des Musikers, des Malers oder des Film- und Theaterregisseurs den Apologeten des Untergangs Positives entgegenzusetzen vermag. Als träumerische, weltfremde Utopie wird deren Botschaft gemeinhin verunglimpft, obgleich sie dem Menschen als Lebenselixier im Urvertrauen innewohnt. Wie die real existierenden Schreckensbilder, die uns zu anfänglicher Schockstarre und anschließender Rache verdammten, gibt es andererseits jene Bilder, die zum Aufbruch, zum Überwinden menschenverachtender Grenzen ermutigen. Ohne sie wäre zukunftsgerichtetes pädagogisches Handeln undenkbar, würde das intergenerative Verhältnis in Zynismus erstarren.

Meiner Generation bleiben die gewaltigen Grenzanlagen des eisernen Vorhangs trennend zwischen Ost und

West in Erinnerung. Und doch: Die auf der Mauer tanzenden Berliner markieren das Ende menschenverachtender Zäune. Ihr Freudentaumel setzt sich gleichermaßen im Gedächtnis fest.

Daniel Barenboim, ebenfalls ein unbeugsamer Künstler, dem es trotz Widerständen und Sachzwängen mit seinem *West-Eastern Divan Orchestra* gelingt, durch Musizieren Vertrauen zu initiieren, nationale und kulturelle Grenzen zu überwinden und schließlich gegenseitige Annäherung durch Arbeit an einem gemeinsamen Projekt auszulösen. Der inszenierte Bühnenauftritt israelisch-arabischer junger Menschen begeistert Zuschauer weltweit als gelebte Vision. „*What might save us, me and you, is if the Israelis and Palestinian love their children too*“, könnte Sting fast 30 Jahre später seinen Song in 2013 leicht verändert erklängen lassen.

Frank Krämer
Frankfurt, Dezember 2012



Globale Bildungskampagne 2013

„Gesucht: Weltklasse! Lehrer für alle“ lautet das Motto der Aktionswochen 2013 der Globalen Bildungskampagne vom 21. April bis zum 9. Juni. Dass immer noch 62 Millionen Kindern weltweit der Zugang zu Bildung verschlossen ist und viele Kinder nur unzulänglich Bildung erfahren können, liegt zum Großteil an dem katastrophalen Mangel an gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern.

Laut UNESCO Bildungsbericht 2012 fehlen weltweit 1,7 Millionen Lehrkräfte, wenn man von einem Lehrer-Schüler-Verhältnis von 1 zu 40 ausgeht. Wie ist es möglich, gute Lernergebnisse zu erzielen, wenn eine in einem einwöchigen Kurs ausgebilde-

te Lehrkraft achtzig und mehr Kinder mit unzureichendem oder gar ohne Material in engen räumlichen Bedingungen, provisorischen Gebäuden oder auch unter freiem Himmel unterrichten muss? Dies ist leider keine Ausnahmesituation in den armen Ländern dieser Welt.

Die Globale Bildungskampagne legt deshalb ihr Augenmerk in diesem Jahr auf den Mangel an Lehrerinnen und Lehrern, die Defizite in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie deren oft schlechte Bezahlung in den Entwicklungsländern.

Die Globale Bildungskampagne, an der sich die GEW gemeinsam mit zehn Nichtregierungsorganisationen seit 2003 in Deutschland beteiligt, setzt sich erfolgreich für die Verwirklichung des Schwerpunkts „Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit“ ein. Die Unterrichtsmaterialien zu den Aktionswochen 2013 mit Länder- und Fallbeispielen aus Argentinien, Nigeria und den Philippinen sind unter www.bildungskampagne.org herunterzuladen. Lehrkräfte erfahren dort auch, welche Bedingungen sie erfüllen müssen, um das „Weltklasse-Siegel“ für die Klasse oder die ganze Schule zu erhalten.

GEW-Workshop: fair childhood

Bildung statt Kinderarbeit
Freitag, 26. April 2013,
10.30 bis 16 Uhr
Geschäftsstelle der GEW Hessen,
Zimmerweg 12, Frankfurt

Der Workshop findet statt im Rahmen der gleichnamigen Initiative, die im April 2011 zusammen mit der Gründung der GEW-Stiftung *fair childhood* gestartet wurde. Parallel zur Arbeit der Stiftung, die vor Ort Projekte zur Überwindung der Kinderarbeit fördert, wollen wir versuchen, hierzulande auch in Hessen Schritte zu einer unterstützenden „entwicklungspolitischen Inlandsarbeit“ zu gehen.

Wir wollen besprechen, was wir – jeder für sich und wir alle gemeinsam – gegen die millionenfache Verletzung von Kinderrechten tun können und wie wir die Thematik in die Bildungseinrichtungen tragen können. Ziel des Workshops ist es im Besonderen, ein unterstützendes Netzwerk innerhalb der GEW Hessen zu begründen.

Die Akkreditierung ist beantragt. Teilnahmegebühren werden nicht erhoben. Ein Fahrtkostenzuschuss kann auf Antrag gewährt werden.

• Weitere Infos: www.gew-hessen.de,
Anmeldeformulare und Anmeldungen per
E-Mail: fairchildhood@gew-hessen.de



„Schulverweis für Andi!“

Unterrichtsmaterial des Verfassungsschutzes zum „Extremismus“

Seit 2004 drängt der Verfassungsschutz (VS) in die schulische Bildungsarbeit. Mit dem Bildungscomic „Andi“ versuchen die Verfassungsschutzämter, Schülerinnen und Schüler über „Rechts-“ und „Linksextremismus“ sowie Islamismus aufzuklären und ein ausschließlich auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung (FdGO) basierendes Demokratieverständnis zu vermitteln. Dies ist aus verschiedenen Gründen zu kritisieren.

Andi ist Demokrat und Held der drei vom VS Nordrhein-Westfalen herausgegebenen Comics gegen „Rechtsextremismus“, „Islamismus“ und „Linksextremismus“. Sie zeigen auf, wie die Extremismustheorie nach *Uwe Backes* und *Eckhard Jesse*, staatlich geförderten Extremismusforschern, ihren Eingang in den Alltag findet und seit 2005 per „Bildungscomic“ als staatstragende Propaganda an Schulen verbreitet wird. Erschienen sind die Comics als Schulmaterial in der Reihe „CoDeX – Comic für Demokratie und gegen Extremismus“ und bundesweit gratis erhältlich. Im ersten Comic kämpft Andi gegen Nazis. Als „Glatzen“ die Klassenkameradin Ayshe angreifen, zeigt sich Andis couragiertes Einmischen gegen rechts: *„Kanakenfreund? Ich kenn keine ‚Kanaken‘. Aber ist ja auch egal. Ayshe, ich will dich einladen zu einer Party.“*

Im zweiten Comic gerät Ayshes Bruder Murat in die Fänge eines islamistischen „Hasspredigers“ und im dritten Comic wird Ben „linksextrem“. Als auf einer Demonstration gegen Neonazis Autos brennen, checkt Ben, dass er sich den „edlen Kampf gegen das System“ anders vorstellt, und kehrt zu seinen verfassungstreuen Freunden Andi, Ayshe und Murat zurück. Die drei Verteidiger

Die DGB-Jugend Hessen-Thüringen organisiert eine Veranstaltungsreihe mit den Autorinnen und Autoren des Buches. Die Plattform *Extrem Demokratisch* wird von zahlreichen Jugendverbänden unterstützt, spricht sich für die Abschaffung der Extremismusklausel aus und fördert die kritische Auseinandersetzung mit dem dahinter stehenden Extremismusmodell.

- Termine: www.extrem-demokratisch.de

der FdGO wussten, dass mit den „Linksextremisten“ etwas nicht stimmt. Mit Gewalt scheinen diese zu glauben, alles durchsetzen zu können. Gewalt ist aber sehr undemokratisch, geradezu verfassungsfeindlich. Da böse Extremistinnen und Extremisten, sind sie nun rechts oder links, gewalttätig sind und das aus Selbstzweck, ist für Andi und Co. klar: *„die reden voll den gleichen Quark ... und aussehen tun sie auch gleich“.*

Lechts = Rinks

Damit scheint der VS den Nerv der gesellschaftlichen Mitte zu treffen. Wozu brauchen wir diesen kruden Antifaschismus, wir leben ja in einer Demokratie! Rechte ideologische Weltanschauungen werden außer Acht gelassen, während sogenannte Linksextremistinnen und -extremisten undifferenziert und verfälscht dargestellt werden, sodass linker Gesellschaftskritik eine strukturelle Nähe zu extrem rechten Gruppen unterstellt wird. Neben der stereotypen, rassistischen Darstellung der Charaktere ist vor allem die Referenz auf die in der kritischen Wissenschaft umstrittene Extremismustheorie zu bemängeln. Mit Hilfe dieser Theorie wird linke Ideologie *de facto* mit rechter gleichgesetzt und auf eine Ablehnung der FdGO reduziert. Für *Thomas Grumke*, Mitarbeiter des VS NRW und geistiger Vater Andis, ist genau das jedoch gelungene Aufklärung und Demokratieförderung für Jugendliche. Er attestiert den Comics „subver-

sive Verunsicherung“ und witzige „Columbo-Taktik“.

Andi fungiert dabei in Abgrenzung zu Extremistinnen und Extremisten als lupenreiner Demokrat – ein klarer Widerspruch zu seinen bagatellisierenden Verhaltensweisen gegenüber den Neonazis im ersten Comic. Außerdem ist zu diskutieren, mit welchem Interesse und auf welcher juristischen Grundlage der VS gezielt Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche betreibt. Geht es hier nicht faktisch darum, einen ideologischen Zugriff auf Schul- und Bildungspolitik zu etablieren? Mit ihrer verkürzten und inhaltsleeren Darstellung rechter Ideologien sowie dem skizzierten Verständnis von „Extremismus“ trägt die Arbeit des VS nicht zu demokratischer Bildung von Schülerinnen und Schülern bei. Diese Bildungsoffensive ist Geldverschwendung und sogar kontraproduktiv im Kampf gegen Nazis und ihre Ideologien.

Auch in hessischen Schulen

Nichtsdestotrotz sollen Andis Botschaften über Demokratie und „Extremismus“ auch in Hessen massiv Verbreitung finden: Das Sozialministerium plant die Verteilung des Comics auch an hessischen Schulen. Das bedeutet eine ideologische Beeinflussung von Jugendlichen zu Gunsten des Extremismus-Verständnisses des VS. Mit demokratischer, differenzierter und antifaschistischer Bildungsarbeit haben diese Comics nichts zu tun!

Der AK Extremismusbegriff fordert: „Schulverweis für Andi!“ und veröffentlicht ein gleichnamiges Buch.

Arbeitskreis Extremismusbegriff



Sicher nicht zum Verfassungsschutz...

...führen die folgenden Links:

- Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin: www.apabiz.de
- Netzwerk für Demokratie und Courage: www.netzwerk-courage.de
- Initiative Extrem Demokratisch: www.extrem-demokratisch.de
- Initiative gegen jeden Extremismusbegriff: <http://inex.blogspot.de>
- Arbeitskreis Extremismusbegriff: <http://arbeitskreisextremismusbegriff.blogspot.eu>

Begrenzte Dienstfähigkeit

Neue Zuschlagsregelung in Kraft

Am 12. Dezember 2012 wurde die neue Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags zu den Dienstbezügen bei begrenzter Dienstfähigkeit verkündet (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 659). Damit wurde die bisherige „Hängepartie“ zumindest weitgehend beendet.

Hintergrund der neuen Verordnung ist das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) vom 6.4.2011 (Aktenzeichen: 1A 2375/09), das die damals geltende Verordnung vom 6. 12. 2002 (zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. März 2009) für nichtig erklärte. Auf Grundlage einer bereits im Jahr 2005 ergangenen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts bemängelte der VGH die Verordnung in drei Punkten:

- Begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamten müssen auf jeden Fall eine Besoldung erhalten, die höher ist als das „fiktive Ruhegehalt“.
- Die Höhe des Zuschlags darf sich nicht nach der Arbeitszeit in einem bestimmten Zeitraum vor Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit richten.
- Die in der (alten) Verordnung enthaltene „Hürde“ der Arbeitszeitreduzierung um mindestens 20% ist nicht gerechtfertigt.

Die neue Verordnung beseitigt diese Kritikpunkte und ist insoweit zu begrüßen. Allerdings führt die konkrete Ausgestaltung dazu, dass begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte, deren Besoldung entsprechend der Arbeitszeit („Teilzeitbezüge“) höher ist als das fiktive Ruhegehalt plus Zuschlag, keine höhere Besoldung erhalten als diejenigen, deren Arbeitszeit „freiwillig“ und nicht aus gesundheitlichen Gründen reduziert ist. Dies hat die GEW Hessen in ihrer Stellungnahme kritisiert, ohne damit Gehör zu finden.

Wie hoch ist die Besoldung?

Die Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit (BDF) führt zu finanziellen Einschränkungen. Wie viel begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte „verdienen“, muss in mehreren Stufen auf Grundlage des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) ermittelt werden:

1. Anteilige Besoldung („Teilzeitbezüge“): Selbstverständlich erhalten begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte mindestens die anteilige Besoldung, die ihrer Arbeitszeit entspricht (§ 72a Abs. 1 Satz 1 BBesG).

2. Fiktives Ruhegehalt: In einem zweiten Schritt wird berechnet, wie hoch der Versorgungsanspruch bei einer vorzeitigen Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit wäre. Ist dieses fiktive Ruhegehalt höher als die anteilige Besoldung, besteht ein Anspruch auf eine Besoldung in Höhe dieses fiktiven Ruhegehaltes (§ 72a Abs. 1 S. 2 BBesG).

3. Zuschlag: Nach § 72a Abs. 2 BBesG sind der Bund und die Landesregierungen berechtigt, durch Rechtsverordnung Zuschläge zu regeln. In Hessen existieren aus oben genanntem Grund zurzeit faktisch zwei verschiedene Zuschlagsregelungen: für Beamtinnen und Beamte, deren begrenzte Dienstfähigkeit vor dem 1.4.2011 festgestellt wurde, und für diejenigen, bei denen dies danach erfolgte.

„Neufälle“ nach dem 1.4. 2011

Für „Neufälle“ wird der Zuschlag in Höhe von 5% der Vollzeitdienstbezüge zusätzlich zum fiktiven Ruhegehalt gezahlt, er beträgt mindestens 220 Euro.

Im Ergebnis erhalten also nur diejenigen einen Zuschlag, die im Vergleich zu ihren „Teilzeitbezügen“ einen relativ hohen Versorgungsanspruch erworben haben. Die anderen erhalten die Besoldung, als ob sie sich in einer „normalen“ Teilzeit befinden würden.

Beispiele:

- 1.) Besoldung Vollzeit: 4.000 €, BDF: 50%, fiktives Ruhegehalt: 1.800 €
- anteilige Besoldung: 2.000 €
 - Zuschlag: $4.000 \text{ €} \times 5\% = 200 \text{ €}$, mindestens 220 €
 - fiktives Ruhegehalt + Zuschlag = $1.800 \text{ €} + 220 \text{ €} = 2.020 \text{ €}$

Dies sind 20 Euro „mehr“ als die Teilzeitbezüge.

- 2.) Besoldung Vollzeit: 4.500 €, BDF: 70%, fiktives Ruhegehalt: 2.880 €

- anteilige Besoldung: 3.150 €
- Zuschlag $4.500 \text{ €} \times 5\% = 225 \text{ €}$
- fiktives Ruhegehalt + Zuschlag = $2.880 \text{ €} + 225 \text{ €} = 3.105 \text{ €}$

Dies ist kein „Mehr“ gegenüber den Teilzeitbezügen.

- 3.) Besoldung Vollzeit: 4.400 €, BDF: 60%, fiktives Ruhegehalt: 2.700 €
- anteilige Besoldung: 2.640 €
 - Zuschlag: $4.400 \text{ €} \times 5\% = 220 \text{ €}$
 - fiktives Ruhegehalt + Zuschlag = $2.700 \text{ €} + 220 \text{ €} = 2.920 \text{ €}$

Dies sind 280 Euro „mehr“ als die Teilzeitbezüge.

Einige Beamtinnen und Beamte haben zwischen April 2011 und Dezember 2012 „versehentlich“ den Zuschlag nach der alten Verordnung erhalten, obwohl diese bereits für nichtig erklärt wurde. Hier prüfen wir zurzeit, inwieweit sich die Betroffenen auf Vertrauensschutz berufen können.

„Altfälle“ vor dem 1.4. 2011

Beamtinnen und Beamte, die bereits nach der alten Verordnung einen Zuschlag erhalten haben, wird dieser im Ergebnis zunächst in bisheriger Höhe weitergezahlt. Für diese „Altfälle“ wurde eine Übergangsregelung geschaffen. Sofern sich der Zuschlag nach der jetzt geltenden Regelung verringert, wird die Differenz zum alten Zuschlag in Form einer Ausgleichszulage gezahlt. Die Ausgleichszulage vermindert sich bei jeder Erhöhung der Dienstbezüge um die Hälfte des Erhöhungsbetrags. Dies gilt allerdings nur solange, bis „die bisherigen Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung des Zuschlags weiterhin unverändert erfüllt sind“. Wir verstehen diese Regelung so, dass in den Fällen, in denen sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit ändert, also die Arbeitszeit neu festgesetzt wird, dieser Bestandschutz wegfällt.

- Aufgrund der neuen Verordnung wurde die bisherige Information aus der Landesrechtsstelle zum Thema „Teildienstfähigkeit“ überarbeitet. Diese ist unter dem Titel „Beamtinnenrecht – begrenzte Dienstfähigkeit“ unter gew-hessen.de > Service Recht > Mitgliederbereich abrufbar.

Dienstrechtsreformgesetz

Information und Kritik der DGB-Gewerkschaften

Die Fraktionen von CDU und FDP haben am 28.11.2012 im Hessischen Landtag mit Drucksache 18/6558 den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Dienstrechtes in Hessen (2. DRModG) eingebracht (HLZ 1-2/2013). Mit dem Artikelgesetz werden Änderungen in mehreren Gesetzen vorbereitet, unter anderem im Hessischen Beamtengesetz (HBG), im Hessischen Besoldungsgesetz (HBesG), im Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG) und Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG). Nach dem derzeitigen Stand könnte es frühestens am 1. April 2014 in Kraft treten. Der Innenausschuss des Landtags hat eine öffentliche mündliche Anhörung beschlossen.

Den vollständigen Gesetzentwurf findet man auf der Homepage des Hessischen Landtags: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/18/8/06558.pdf>.

Derzeit befassen sich die beamtenpolitischen Gremien des DGB und der GEW intensiv mit dem Thema. Der GEW-Landesvorstand hat sich am 31.1.2013 mit dem Gesetzentwurf befasst. Die DGB-Gewerkschaften haben eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet, die man auf der GEW-Homepage findet: www.gew-hessen.de.

Die HLZ fasst die wichtigsten Regelungen und die Positionen der GEW und des DGB Hessen zusammen.

Dienstrecht

Begrenzung der Fachrichtungen

Der Gesetzentwurf reduziert die über 100 Fachrichtungen auf 11, darunter die Laufbahnen „gehobener und höherer Schuldienst“ und „gehobener und höherer wissenschaftlicher Dienst“. Der Entwurf eröffnet die Option, „fachspezifisch ausgerichtete Laufbahnzweige“ zu bilden. Wenn es zukünftig „nur“ elf Laufbahnen, aber möglicherweise 99 „Laufbahnzweige“ gäbe, wäre dies nicht nachvollziehbar.

Dienstliche Beurteilung

Der DGB lehnt es ab, dass das Instrument einer regelmäßigen dienstlichen Beurteilung erstmals gesetzlich verankert werden soll.

Lehramtsbefähigungen

Bei einem anderen Dienstherrn erworbene Laufbahnbefähigungen sollen grundsätzlich anerkannt, im Einzelfall von Einführungs- und Fortbildungsmaßnahmen abhängig gemacht werden. Das Gesetz trägt damit den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz Rechnung, die gegenseitige Anerkennung der Lehramtsabschlüsse durch die Bundesländer zu erleichtern.

Mehrarbeit

Mehrere Gerichte haben in den letzten Jahren unmissverständlich klargestellt, dass die unentgeltliche Mehrarbeit im Umfang von 5 Stunden (3 Unterrichtsstunden für Lehrkräfte) von Teilzeitbeschäftigten nur anteilig zu erbringen ist. Die GEW begrüßt, dass dies jetzt auch im Gesetz verankert wird. Unabhängig davon vertritt der DGB die Auffassung, dass Mehrarbeit ohne Besoldung abzulehnen ist.

Freistellung aus familiären Gründen

Der DGB begrüßt die geplante Verlängerung der unterhältigen Teilzeitarbeit von 15 auf 17 Jahre und der Beurlaubung aus familiären Gründen von 12 auf 14 Jahre, ebenso wie die Absicht, dass auch Beamtinnen und Beamte auf Widerruf, d.h. auch die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, aus familiären Gründen Teilzeitarbeit mit mindestens einer halben Stelle beantragen können.

Dienstbefreiung für Tarifbeschäftigte

Der DGB kritisiert den geplanten Wegfall der bisherigen Regelung, dass die beamtenrechtlichen Regelungen zur Dienstbefreiung u. a. zur Ausübung politischer und/oder gewerkschaftlicher Tätigkeit analog auch auf den Tarifbereich des Landes anzuwenden sind, sofern es keine günstigeren tariflichen Vorschriften gibt.

Besoldung

Zulage bei Dienstherrwechsel

Der Gesetzentwurf sieht die Zahlung einer Zulage vor, wenn an der „Einsetzung“ von Beamten ein besonderes dienstliches Interesse besteht und diese vorher eine höhere Besoldung erhalten haben. Die Zulage wird mit künftigen Besoldungserhöhungen verrechnet. Damit soll beispielsweise die Anwerbung von Lehrkräften mit Mangelfächern aus anderen Bundesländern erleichtert werden. Der DGB Hessen lehnt dies ab. Es würde dazu führen, dass Beschäftigte, die über eine gleichwertige Ausbildung verfügen und dieselbe Tätigkeit in derselben Dienststelle ausüben, unterschiedlich bezahlt werden.

Versorgungsrücklage

Die 1999 eingeführte und in Hessen seit 2003 ausgesetzte Versorgungsrücklage soll bis zum 31.7.2017 wieder eingeführt werden. Bei jeder Besoldungserhöhung werden 0,2% in ein Sondervermögen überführt. Die Mittel dieses Sondervermögens dürfen nur zur Finanzierung künftiger Versorgungsausgaben verwendet werden. Dies ist angesichts der Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren nicht hinzunehmen.

Neue Besoldungsstruktur

Die neue Besoldungstabelle gliedert sich in die Besoldungsgruppen A4 bis A16 und jeweils acht Grundgehaltsstufen. Die Stufen bilden die Berufserfahrung ab, wobei man in der Stufe 1 zwei Jahre verbleibt, in den Stufen 2, 3 und 4 jeweils drei Jahre und in den Stufen 5, 6 und 7 jeweils vier Jahre. Damit wird das Endgrundgehalt nach 23 Jahren erreicht.

Im Vergleich mit anderen Bundesländern, die bereits ein solches auf Berufserfahrung basierendes System eingeführt haben, ergeben sich keine signifikanten Unterschiede im Tarifverlauf. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Jahressonderzahlungen ist das Lebenseinkommen beispielsweise in der Besoldungsgruppe A 13 in Hessen um 2,25% höher als in Hamburg und um 0,34% niedriger als in Baden-Württemberg.

Die neue Besoldungsstruktur orientiert sich an dem in Hessen seit 2010 geltenden Tarifvertrag Hessen (TV-H). Für die nach Inkrafttreten des Gesetzes in Hessen neu eingestellten Beamten und Beamtinnen ergibt sich – gerechnet bis zum 67. Lebensjahr – ein geringeres Lebenseinkommen als für die derzeit

beschäftigten. Eine wesentliche Ursache liegt darin, dass das in den neuen Tabellen unterstellte Einstiegsalter in das Beamtenverhältnis für den Bereich der Schulen zu niedrig angesetzt ist.

Der DGB Hessen kritisiert in diesem Kontext einmal mehr die „Rosinenpickerei“ des Landes: Für die Beschäftigten ungünstige tarifliche Regelungen werden für die Beamten übernommen, während ihnen günstigere Tarifregelungen wie die seit 2010 geltende Wochenarbeitszeit von 40 Stunden verweigert werden. Dazu gehört auch, dass der Gesetzentwurf – anders als der TV-H – für die Stufe 1 keine Berücksichtigung des Referendariats vorsieht.

Berücksichtigungsfähige Zeiten

Für die Stufenzuordnung werden Zeiten einer gleichwertigen hauptberuflichen Tätigkeit im öffentlichen Dienst anerkannt. Dies entspricht den Regelungen des TV-H. Anders als im Tarifbereich besteht bei Zeiten einer gleichwertigen Berufstätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes kein Rechtsanspruch auf eine Berücksichtigung, sondern diese läge im Ermessen des Dienstherrn. Dies kritisiert der DGB. Für die Laufzeit der Stufe 1 fordert der DGB eine Anrechnung des Vorbereitungsdienstes im Umfang von einem Jahr. Für die sonstigen Möglichkeiten der Anerkennung von Vordienstzeiten und „förderlichen Tätigkeiten“ fordert der DGB klare, transparente Regelungen an Stelle von Ermessensentscheidungen.

Besoldung von Schulleitungen

Die Direktorenämter an reinen Grundschulen werden aufgewertet. Abhängig von der Schulgröße bewegten sie sich bisher zwischen A 12 plus Amtszulage und A 14, zukünftig zwischen A 13 und A 15. Der DGB begrüßt diese Anhebung, da damit ein Schritt getan wird, einer aufgabengerechten Bezahlung näher zu kommen. Einen entsprechenden Handlungsbedarf sieht der DGB aber auch in anderen Bereichen.

Überleitung der bisher Beschäftigten

Die Überleitung der bisherigen Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen erfolgt nach dem Grundsatz der Besitzstandswahrung. Die Überprüfung aller möglichen Fallgruppen und der detaillierten Regelungen des Überleitungsrechts durch die Gewerkschaften ist sehr kompliziert und noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Überprüfung ergab in vielen Fallvarianten eine maximale Reduzierung des Lebensinkommens

von 0,2%. Ab der Lebensaltersstufe 45 sind Unterschiede kaum noch auszumachen. Andererseits gibt es in A 12 bis zur heutigen Stufe 8 auch leichte Verbesserungen. Der DGB fordert Nachbesserungen im Überleitungsrecht für die (wenigen) Fallkonstellationen, bei denen die Verluste beim Lebensinkommen oder die temporär auftretenden Verluste bemerkbar über dem Durchschnitt liegen. Eine Übersicht findet man in der DGB-Stellungnahme.

Versorgungsempfänger

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sollen – nach Einschätzung des DGB aus rein praktischen Gründen – ebenfalls in das neue Stufensystem übergeleitet werden. Eine Zulage gleicht dann gegebenenfalls unterschiedliche Stufenbeträge aus. Es ändert sich also nichts am festgesetzten Ruhegehalt.

Versorgung

Altersgeld

Durch das Gesetz soll „im Interesse eines verbesserten Austausches zwischen der freien Wirtschaft und öffentlichem Dienst und zur Stärkung der Mobilität der Beschäftigten“ ein sogenanntes „Altersgeld“ eingeführt werden. In der Tat haben Beamtinnen und Beamte, die sich für ein Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis entscheiden, derzeit erhebliche Nachteile bei der Altersversorgung. Die Ansprüche aus der Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung sind wesentlich niedriger als die bis zum Ausscheiden erworbenen „Anwartschaften“ im Bereich der Beamtenversorgung. Insofern ist eine Neuregelung zu begrüßen. Die GEW kritisiert, dass Ausbildungszeiten und die Probezeit bei der Berechnung des Altersgeldes nicht berücksichtigt werden. Weiter fordert die GEW eine grundsätzliche Wahlfreiheit zwischen Altersgeld und Nachversicherung.

Vordienstzeiten und Ausbildungszeiten

Die Tätigkeit als Lehrkraft vor Beginn des Beamtenverhältnisses soll nur noch ruhegehaltfähig sein, wenn sie nach Erwerb der Lehrbefähigung ausgeübt wurde. Die GEW lehnt diese Regelung ab, begrüßt aber, dass die Hochschulbildung weiter im Umfang von drei Jahren anerkannt wird.

Teilzeitbeschäftigte

Regelungen, die eine Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten darstellen,

werden nun aus dem Versorgungsrecht entfernt. Damit wird das Versorgungsrecht der Rechtsprechung der letzten Jahre endlich weitgehend angepasst.

Beamte mit Rentenansprüchen

Beamtinnen und Beamte, die vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden und außerdem einen Anspruch auf gesetzliche Rente haben, sollen in der Regel nur die Mindestversorgung erhalten, auch wenn sie die gesetzliche Rente erst Jahre später zusätzlich zur Mindestversorgung beziehen. Die GEW lehnt diese Regelung ab, insbesondere im Hinblick auf die positive Änderung, dass der Bezug der gesetzlichen Rente nicht mehr zu einer Kürzung der Mindestversorgung führen soll.

Kindererziehungs- und Pflegezeiten

Die Berücksichtigung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten soll vereinfacht werden. Versorgungsansprüche, die in dieser Zeit durch Erwerbstätigkeit erworben werden, sollen nicht mehr angerechnet werden. Für ab dem 1.1.1992 geborene Kinder soll die Kindererziehungszeit von drei Jahren zu einem Zuschlag von 80 Euro monatlich für das erste Kind führen. Für das zweite Kind beträgt er 85 Euro, ab dem dritten Kind 90 Euro. Der DGB Hessen fordert, dass diese Beträge bei den zukünftigen Besoldungs- und Versorgungserhöhungen dynamisiert werden. Der DGB fordert außerdem eine bessere Regelung für Kinder, die vor dem 1.1.1992 geboren sind.

Erwerbseinkommen und Versorgung

Die Hinzuverdienstgrenzen bei Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit und bei Inanspruchnahme der Antragsaltersgrenze für Schwerbehinderte werden gestrichen. Die GEW begrüßt die Angleichung der Hinzuverdienstgrenzen und den Wegfall der Anrechnung von Einkünften nach Erreichen der Regelaltersgrenze.

Mitbestimmung

Der DGB Hessen lehnt die geplanten Änderungen des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) ab:

- Die Mitbestimmung bei einer Entlassung soll entfallen, sofern sie „kraft Gesetzes erfolgt“.
- Die Mitbestimmung bei der „Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung“ soll auf deren „Grundsätze“ beschränkt werden.

Rüdiger Bröhling und Annette Loycke

Wechsel im Zimmerweg

Im letzten halben Jahr gab es in der Landesgeschäftsstelle der GEW Hessen im Zimmerweg in Frankfurt eine Reihe von Veränderungen.

Dr. Hans-Joachim (Hajo) Dröll wechselte bereits im Sommer 2012 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Er gehört zu denen, die man gern als ein „Urgestein der GEW“ bezeichnet. Seit mehr als 20 Jahren engagiert er sich für die Belange der Angestellten, vor allem im Weiterbildungsbereich, zunächst ehrenamtlich als Vorsitzender des Landesangestelltenausschusses und Leiter des Referats Weiterbildung und Bildungsmarkt. Von 2000 bis 2012 war er dann als Referent für Weiterbildung und Bildungsmarkt Beschäftigter der GEW Hessen. Er gab die legendäre Zeitung „prekär“ heraus und organisierte – immer im direkten Kontakt mit den Mitgliedern – unzählige Tarifausschüsse und Streiks, von den Berlitz Schulen über den Internationalen Bund bis zur Lehrervereinigung. In den letzten Jahren unterstützte er die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas bei den Tarifausschüssen um den TVöD.

Karola Stötzel hat im November 2012 die Stelle der Referentin für Weiterbildung übernommen, die nun auch explizit um die Zuständigkeit für die sozialpädagogischen Berufe erweitert wurde. Aufgrund ihrer eigenen langjährigen Erfahrung im Weiterbildungsbereich – zum Beispiel als Dozentin an der Volkshochschule – und als stellvertretende Landesvorsitzende wird es ihr mit Sicherheit gelingen, die vielfältigen Aktivitäten der GEW in diesen Bereichen erfolgreich weiterzuführen.

Auch **Marion Paul**, langjährige Mitarbeiterin der Landesgeschäftsstelle, wechselte zum Jahresende 2012 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Seit 1990 wachte sie als Sekretärin über die Termine der Landesvorsitzenden und der Gremien. Nie verlor sie den Überblick über die vielfältigen Anträge, Beschlüsse und Stellungnahmen, die in der Arbeit der GEW einen hohen Stellenwert haben. Kein noch so schlechtes Wetter konnte sie hindern, bei Demonstrationen und Kundgebungen den In-

stand der GEW zu betreuen. Als Betriebsrätin setzte sie sich engagiert für die Beschäftigten der Landesgeschäftsstelle ein. Wichtig war ihr aber immer der Kontakt mit den Mitgliedern, indem sie telefonischen Fragestellern weiterhalf oder entsprechende Kontakte vermittelte.

Claudia Mühlbeck hat seit Januar nun die Nachfolge im Sekretariat Vorsitz/Geschäftsführung angetreten. Sie hat langjährige Erfahrungen in den verschiedenen Bereichen der Büroorganisation, so dass wir sicher sind, dass die von Marion Paul betreute wichtige Nahtstelle für die GEW-Arbeit in guten Händen sein wird.



Die GEW Hessen hat in den letzten Jahren beständig neue Mitglieder gewonnen und zum Jahresende 2012 die Marke von 24.000 Mitgliedern deutlich überschritten.

Mit diesem erfreulichen Wachstum geht auch ein Zuwachs an Arbeit einher, vor allem in den Bereichen Rechtsschutz, Mitgliederverwaltung und Kommunikation. Um den Anforderungen der Mitglieder gerecht werden zu können, hat der Landesverband deshalb zum Januar 2013 zwei zusätzliche Stellen geschaffen:

Katrin Schmidt, die eine Ausbildung als Rechtsanwaltsfachangestellte hat und seit dem letzten Oktober als Krankheitsvertretung bereits befristet beschäftigt war, konnte nun in eine unbefristete Stelle übernommen werden.



Elke Hoefft hat ebenfalls im Januar ihre Arbeit als Referentin für elektronische Kommunikation aufgenommen. Sie hat vielfältige Kenntnisse und Erfahrungen in der Gestaltung von Internetauftritten, im Layouten von Publikationen und im Verfassen von Texten. Die GEW Hessen will damit nicht nur die neuen Medien schneller für die Verbreitung von Informationen nutzen, sondern auch die Untergliederungen bei ihrer ehrenamtlichen regionalen Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.



- Wir bedanken uns bei den ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen allen viel Glück für ihren neuen Lebensabschnitt.
- Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den neuen Kolleginnen.

Helga Sperling †

Wir trauern um unsere ehemalige Kollegin in der Landesgeschäftsstelle. Helga Sperling ist am 2. Dezember 2012 im Alter von 69 Jahren gestorben.

Helga Sperling war von 1982 bis 2001 im Zimmerweg in der Landesgeschäftsstelle tätig. Als Sachbearbeiterin in der Mitgliederverwaltung hat sie sich um die Aktualität der Daten und die Zahlung der Beiträge gekümmert.

Mit vielen Mitgliedern und Funktionärinnen und Funktionären hat

te sie in diesen Fragen telefonischen und schriftlichen Kontakt. Wegen ihres fröhlichen, stets freundlichen Auftretens wurde sie von Mitgliedern ebenso wie von allen Kolleginnen und Kollegen der Landesgeschäftsstelle geschätzt.

Wir werden Helga Sperling als stets hilfsbereite und freundliche Kollegin in Erinnerung behalten.

Ulrich Märtin

Landesgeschäftsführer der GEW Hessen

Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

Sendungen für die Schule

Montag bis Freitag, 11 bis 11.30 Uhr

Der Hessische Rundfunk sendet von Montag bis Freitag mit „Wissen und mehr“ eine 30-minütige Sendestrecke, die nach § 47 Urheberrechtsgesetz für die Vorführung im Unterricht verwendet werden darf. Genaueres hierzu sowie das ausführliche und kommentierte Programm erhalten Sie auf der Internetseite: www.wissen.hr-online.de.

- **GRIPS:** Zeichensetzung, Getrennt- und Zusammenschreibung (4.3.), Satzarten, Wortfelder (5.3.), Satzglieder, Rechtschreibstrategien (6.3.), Vorgangsbeschreibung, Erzählen & Beschreiben (7.3.), Diktat-Training, Referat (8.3.) Medienarten (11.3.)
- **Die Hitmacher:** Hinter den Kulissen der Musikindustrie: Künstler, Plattenfirma (13.3.), Produzent, Konzert (14.3.), Fans, Medien (15.3.)
- **Schau in meine Welt:** Lea tanzt (18.3.), Sarah gibt Gas! (19.3.), Das Römerexperiment: 25. bis 28.3.

Freinet-Fortbildung

Die Freinet-Kooperative bietet unter der Schirmherrschaft von *Enja Riegel* eine zweijährige berufsbegleitende Weiterbildung „Theorie und Praxis der Freinet-Pädagogik“ an. Sie beginnt im November 2013.

- **Infos und Anmeldung:** Freinet-Kooperative e.V., Siehwall 45, 28203 Bremen, Tel. 0421-344 929, mail@freinet-kooperative.de, www.freinet-kooperative.de

Die rechte Szene in Hessen

Das DGB-Bildungswerk lädt vom 22. bis 26. 4. 2013 zu einem Wochenseminar über die rechte Szene in Hessen ein. Das Seminar gibt einen Überblick über aktuelle Tendenzen in der Neonaziszene in Deutschland und Hessen zwischen rassistischem Terror und „antikapitalistischer“ Rhetorik. Anhand der Auseinandersetzung mit deren ideologischen Grundlagen werden entsprechende Gegenargumente und Strategien entwickelt. Gemeinsam wollen wir zudem Handlungsmöglichkeiten gegen den geplanten Großaufmarsch in Frankfurt am 1. Mai 2013 diskutieren.

- **Der Teilnahmebeitrag beträgt 120 Euro (ohne Übernachtung und Verpflegung); Infos und Anmeldung:** Tel. 069-273005-61, Fax: -66, www.dgb-bildungswerk-hessen.de, E-Mail: info@dgb-bildungswerk-hessen.de

Wir gratulieren im März ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Dr. Kathrin Appel, Gießen
Heribert Becker, Langenselbold
Dr. Wolfgang Busch, Kronberg
Anna Büttner, Ahnatal
Christa Czech, Wächtersbach
Wolfgang Czech, Wächtersbach
Herta Dehnen, Gelnhausen

Peter Ebel, Rosdorf
Ingeborg Eidner, Hofheim
Klaus Fenner, Marburg
Hella Goffin, Frankfurt
Hans-Jörg Gudenau, Frankfurt

Lothar Hoffmann, Kassel
Susanne Hooss-Biehl, Buseck
Wolfgang Hubert, Driedorf
Brunhilde Joost, Fulda
Ilse Karrenberg, Kronberg
Karlfried Klingel, Frankfurt
Renate Leihner, Darmstadt

Regina Lenz, Grünberg
Erich Lipp, Weiterstadt
Helga Maß-Linne, Frankfurt
Beate Metz, Homberg
Heike Pfeiffer, Grebenstein
Hanne Rinker-Protzek, Kassel
Barbara Rosenboom, Kassel
Walter Schmidbauer, Kelkheim
Burkhard Schröder, Wiesbaden

Annemarie Schulz, Gießen
Ilse Schwalm, Heuchelheim
Prof. Gert Sommer, Marburg
Dorothea Stöver, Wiesbaden
Dr. Dieter Vaupel, Baunatal

Jutta Vehof, Darmstadt
Werner Welsch, Korbach
Gerhard Wenz, Groß-Gerau
Dieter Werner, Volkmarsen
Walter Wolf, Dillenburg

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Wolfgang Löwer, Kassel
Georg Sarrach, Johannesburg

Ingrid-Anna Schmidt, Weilrod
Werner Traut, Michelstadt

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Jürgen Hein, Rödermark
Heinz Kunzendorf, Egenhausen
Emilie Röder, Bad Orb

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Hans Schulz, Schwalmstadt

... zum 75. Geburtstag:

Christl Ade, Frankfurt
Prof. Gertrud Beck-Schlegel, Ottrau
Volker Bielefeldt, Kronberg
Ehrhard Demper, Gießen
Dieter Eckhardt, Bad Hersfeld
Karl Fischer, Ober-Ramstadt
Dieter Gaussmann, Itenstadt
Manfred Gruber, Baunatal
Elisabeth Heigl, Hanau
Klaus Krohmann, Frankfurt
Heide Laufer, Taunusstein
Ernst Schmadel, Kassel
Anita Schnapka, Hanau
Brigitte Sell, Frankfurt
Hedwig Volk-Händler, Gießen

... zum 80. Geburtstag:

Karl Müller, Dieburg
Dr. Dietrich Sperling, Potsdam
Elisabeth Uhr, Langen

... zum 85. Geburtstag:

Manfred Grabe, Kassel

... zum 90. Geburtstag:

Eva-Maria Krauskopf, Kassel
Marija Vukic, Frankfurt

... zum 91. Geburtstag:

Adelheid Schultz, Darmstadt

Pfingsttreffen schwuler Lehrer

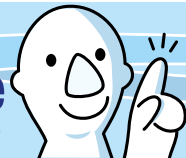
Vom 17. bis zum 20. Mai 2013 findet im Waldschlösschen bei Göttingen das deutschlandweite Pfingsttreffen schwuler Lehrer zum 34. Mal statt. Kollegen aus allen Bundesländern, vom Studenten über den Lehramtsanwärter bis hin zum Pensionär, kommen zusammen, um sich über ihre Situation als (un-)geoutete Lehrer an Schulen auszutauschen und sich untereinander zu vernetzen. Auf dem Programm

stehen neben den traditionellen Gesprächsrunden zur individuellen Situation der Teilnehmer Workshops zu Themen wie Homosexualität und Religion, Lesben und Schwule in Schulbüchern oder Schwulsein im Sport und Kurse zur Stressbewältigung und vieles mehr.

- **Die Teilnahme kostet 202 Euro. Anmeldungen auf der Internetseite <https://www.waldschloesschen.org> > Kalender oder unter www.schwulelehrer.de**



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-0404041

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt · Prall-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
 Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
 Es. 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178189-25
 Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Ltz. 7 Jahre, mitl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldersicherung.

Das bewährte Standardwerk auf CD!

Enthält das komplette DuS-Grundwerk, kinderleicht recherchierbar, Dokumente können ausgedruckt und in die Textverarbeitung übernommen werden.

Aktualisierung
 1 - 2 mal jährlich.

Auch ohne Handbuch sofort bedienbar, intuitive Benutzerführung.



Hiermit bestelle ich

Expl. DuS-CD

zum Preis von 39,- EUR

für GEW-Mitglieder sogar nur 29,90 EUR!

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

_____ Datum / Unterschrift

Bestellungen an: Mensch und Leben Verlagsgesellschaft, Postfach 1944, 61289 Bad Homburg

Fax: 06172 - 958321, Email: mlverlag@wsth.de

Wissenswert in hr2-kultur

Radiosendungen für die Schule
Montag bis Freitag: 8.40 bis 8.55 Uhr

Naturwissenschaft und Technik

- Strom aus dem Ozean (15.3.)
- Gartenliteratur (25.3.)
- Zum 350. Geburtstag des Dr. Eisenbarth (27.3.)
- Gefährdete Arten: Sumpfschildkröte (18.4.), Blindschleiche (19.4.)
- Harald Lesch über die Physik des Klimawandels (11.3.), der Klimageschichte (12.3.), der Ökonomisierung (13.3.), der Globalisierung (14.3.)
- Albrecht Beutelspacher erzählt aus der Geschichte der Mathematik: Der Punkt (2.4.), Das Quadrat (3.4.), Die Kugel (4.4.)

Politik und Wirtschaft

- Konfuzius und Moloch: Warum Chinas Megastädte so sicher sind (18.3.)
- Besessen von Afrika: 200. Geburtstag von David Livingstone (19.3.)
- „Breaking the Silence“: Israelische Soldaten sprechen von ihren Einsätzen (22.3.)

Kunst

- Christa Näher - Grand Dame der Malerei (20.3.)
- Meilensteine der Pop-Musik (8. bis 12.4.)

Literatur und Sprache

- Luftschiifer und Titan: Jean Paul zum 250. Geburtstag (21.3.)
- Von Paukern und Problemen: Der neue deutsche Schulroman (5.4.)

Schulfach Glück

Die Weiterbildung „Schulfach Glück“ geht in Kassel in die zweite Runde. Anfang April startet der nächste Kurs. Das erfolgreiche Team um *Dominik Dallwitz-Wegner* ist auch dieses Mal wieder mit an Bord. Und das sind nur einige der Ziele und Inhalte des „Schulfachs Glück“: Freude am Leben, ein stabiles gesundes Selbstbild, Lust zu positiver Anstrengung und Spaß an der eigenen Leistung, Achtsamkeit, gemeinsames Lachen, gesunder Ehrgeiz und keine Angst zu scheitern. Ein Informationsabend findet am 15.3. um 16 Uhr in Kassel statt. Anmeldung ist erforderlich: info@gluecksstifter.de

- Weitere Infos: www.gluecksstifter.de und www.fritz-schubert-institut.de.

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, Essstörungen, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Für Segelfahrten in Holland schauen Sie ...



Für Klubs,
Schul-/
Jugendgruppen,
Incentives oder
Einzelteilnehmer

www.segeln.nl

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND
Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

Klassenfahrt nach Madrid

Viele Flüge ab Frankfurt!

5 Tage Flugreise schon ab **228 €**



Tel. 05261 2506-8170 | spanien@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de



Klinik am
Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht
es aufwärts!

HOTLINE: 07221/39 39 30

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not



Spuren...

... hinterlässt jeder Krieg bei den Menschen.
Kinder sind die Hauptleidtragenden: Sie erleben Trennung und Flucht, Angst und Gewalt. Auch wenn sie dem Krieg entkommen sind, tragen sie schwer an seinem Erbe. Unterstützen Sie diese Kinder auf dem Weg in den Frieden!

www.tdh.de

Die nächste



erscheint am
8. April 2013.

Sind Sie dabei?
Dann beachten
Sie bitte den Anzeigenschluss
am
14. März 2013.

Schulfahrt.de

Klasse Reisen

Katalog mit über 300 Seiten
gratis bestellen!

☎ 0 35 04/64 33-0

info@schulfahrt.de

Angebot sofort

lea bildet...

Was Lehrerinnen und Lehrer stark macht | 18-03-13, Frankfurt |

Vorbereitung auf Projektprüfungen | 20-03-13, Gießen |

Innovatives Methodentraining für NaWi-Fächer | 04 u. 05-04, 15 u. 16-04-13, Seeheim-Jugenheim |

Basisworkshop Mediation | 11-04, 18-04, 25-04, 02-05, 24-05, 25-05 u. 26-05-13, Wiesbaden |

Filzen für Anfänger | 11-04-13, Seeheim-Jugenheim |

Wie bleibe ich bei Stimme? | 13-04-13, Frankfurt |

Führung Kunsthalle Schirn: Yoko Ono - Retrospektive | 16-04-13, Frankfurt |

Cajón-Klassenmusizieren | 17-04-13, Friedberg |

Aufbau eines Schulsanitätsdienstes: Wie geht das? | 17-04-13, Gießen |

Songbegleitung und praxisbezogenes Klavierspiel für Einsteiger | 17-04-13, Frankfurt |

Qualitätsrahmen für ganztägig arbeitende Schulen in Hessen | 18-04-13, Kassel |

Vorbereitung auf das 2. Schuljahr | 23-04-13, Kassel |

Streiten will gelernt sein: Spiele zum Umgang mit Aggressionen | 23-04-13, Gießen |

Tanzen in der Grundschule | 24-04-13, Mörfelden-Walldorf |

Elterngespräche führen, Elternabende moderieren | 24-04-13, Hanau |

Der Körper lügt nicht: Körpersprache und eigene Autorität | 24-04-13, Offenbach |

The American Dream in Film: Myth or Reality? | 24-04-13, Offenbach |

Faszination Stille | 25-04-13, Gießen |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de